

ПОНЕДЕЛНИК 22 СЕПТЕМБРИ 2008 Г.
LUNES 22 DE SEPTIEMBRE DE 2008
PONDĚLÍ, 22. ZÁŘÍ 2008
MANDAG DEN 22. SEPTEMBER 2008
MONTAG, 22. SEPTEMBER 2008
ESMASPÄEV, 22. SEPTEMBER 2008
ΔΕΥΤΕΡΑ 22 ΣΕΠΤΕΜΒΡΙΟΥ 2008
MONDAY, 22 SEPTEMBER 2008
LUNDI 22 SEPTEMBRE 2008
LUNEDI' 22 SETTEMBRE 2008
PIRMDIENA, 2008. GADA 22. SEPTEMBRIS
2008 M. RUGSĒJO 22 D., PIRMADIENIS
2008. SZEPTEMBER 22., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 22 TA' SETTEMBRU 2008
MAANDAG 22 SEPTEMBER 2008
PONIEDZIAŁEK, 22 WRZEŚNIA 2008
SEGUNDA-FEIRA, 22 DE SETEMBRO DE 2008
LUNI 22 SEPTEMBRIE 2008
PONDELOK 22. SEPTEMBRA 2008
PONEDELJEK, 22. SEPTEMBER 2008
MAANANTAI 22. SYYSKUUTA 2008
MÅNDAGEN DEN 22 SEPTEMBER 2008

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 4. September 2008, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

2 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3 - Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4 - Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

5 - Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

1-009

6 - Erklärung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus - Bekämpfung des Kinderhandels (schriftliche Erklärungen): siehe Protokoll

1-010

7 - Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

1-011

8 - Übermittlung von Gemeinsamen Standpunkten des Rates: siehe Protokoll

1-012

9 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-013

10 - Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-014

11 - Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

1-015

12 - Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

1-016

13 - Petitionen: siehe Protokoll

1-017

14 - Mittelübertragungen: siehe Protokoll

1-018

15 - Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

1-019

16 - Erklärung des Präsidenten

1-020

Der Präsident. – Gestern Abend hat die terroristische Organisation ETA erneut gemordet. Ein 46-jähriger Militäroffizier, Luis Conde de la Cruz, ist in Nordspanien durch eine Autobombe ums Leben gekommen. Es war dies die dritte Autobombe, die innerhalb von 24 Stunden in Spanien explodierte. Bei den drei Anschlägen wurden mehrere Menschen verletzt, einer davon schwer. Das Europäische Parlament verurteilt diese terroristischen Akte aufs Schärfste und möchte seiner tiefen Besorgnis Ausdruck verleihen.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich der Familie und allen Verwandten des Offiziers Luis Conde de la Cruz mein tiefempfundenes Beileid aussprechen sowie unsere Solidarität mit Spanien, seinen Behörden und insbesondere den spanischen Sicherheitskräften bekunden. Auch den bei den Anschlägen Verletzten und ihren Familien möchte ich unsere Unterstützung und unser aufrichtiges Mitgefühl aussprechen.

Wir müssen in aller Deutlichkeit immer wieder zum Ausdruck bringen: Terrorismus ist ein direkter Anschlag auf Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Wir können nicht oft genug wiederholen, dass es keinerlei Rechtfertigung für den Terrorismus gibt. Deshalb müssen wir in unserem Kampf gegen den Terrorismus immer auf der Grundlage des Rechtsstaats und mit der ganzen Kraft des Gesetzes gemeinsam vorgehen. Die Europäische Union ist eine Solidargemeinschaft. Ein terroristischer Anschlag in einem Mitgliedsland der Europäischen Union ist ein terroristischer Anschlag gegen die gesamte Europäische Union, gegen jeden Einzelnen von uns.

Ich bitte das Parlament, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

1-021

17 - Arbeitsplan

1-022-500

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 18. September 2008, gemäß Artikel 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Montag, Dienstag und Donnerstag:

Keine Änderungen

Mittwoch:

Die liberale Fraktion beantragt, die Frist für die Einreichung von gemeinsamen Entschließungsanträgen und Änderungsanträgen zu den Prioritäten des Europäischen Parlaments für das Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission bis morgen, Dienstag, 23. September 2008, um 10.00 Uhr zu verlängern.

Die Abstimmung soll am Mittwoch, 24. September 2008, stattfinden.

1-023

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – Herr Präsident! Letztes Wochenende kam in der irischen Presse heraus, dass es möglicherweise eine Verbindung zwischen den Finanziers der Nein-Kampagne in Irland und dem amerikanischen Pentagon und der CIA gibt. Das war eine sehr interessante Geschichte mit der Begründung, Europa solle nicht zu stark werden. Meine Bitte wäre, den Präsidenten aufzufordern, das zu klären. Wir sollten auch den Rat auffordern, uns das nächste Mal darüber Informationen zu geben, Rat und Kommission. Denn es wäre ja interessant, bestätigt zu bekommen, was hinter dieser ganzen ominösen Nein-Kampagne in Irland steckt, die mit 1,2 Millionen Euro finanziert wurde. Ich bitte also den Präsidenten, dem so nachzugehen, dass wir dann Informationen und Transparenz darüber bekommen, was dahintersteckt.

1-024

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Cohn-Bendit! Ich darf Ihnen sagen, dass ich diese ganze Entwicklung bereits seit einiger Zeit sehr aufmerksam verfolge. Wir müssen absolute Transparenz darüber haben, denn die Leute, die uns angreifen, verlangen ja von uns Transparenz – da müssen sie sich natürlich auch selbst diesen Maßstäben unterwerfen. Wir brauchen absolute Transparenz darüber, wie viele Gelder diese Organisation, die von Herrn Ganley vertreten wird, nämlich Libertas, erhalten hat und woher das Geld kommt.

Wir haben den irischen Medien entnommen – ich zitiere das, was wir in der letzten Woche in Irland gelesen haben –, dass Herr Ganley in der Vergangenheit behauptet hat, die Spenden kämen von ganz normalen Bürgern und es seien kleine Spenden. Jetzt hat er eingeräumt, dass er selbst seiner Organisation aus privaten Mitteln 200 000 Euro zur Verfügung gestellt hat, und es ist mittlerweile auch bestätigt, dass Herr Ganley mit dem Pentagon zumindest Verträge über die Abwicklung militärischer Aufträge in einer Größenordnung von 200 Millionen – ich glaube – Dollar geschlossen hat. Andere Größenordnungen gehen noch sehr viel weiter.

Wir müssen diese Dinge in aller Klarheit weiter verfolgen, und die Dinge müssen auf den Tisch. Wir können es nicht erlauben, dass Europa Schaden nimmt, weil Leute, die Transparenz fordern, sich selbst diesen Maßstäben nicht unterwerfen wollen.

(Beifall)

Ich möchte mit allem Nachdruck sagen: Ich habe große Bewunderung für den irischen Europaminister, Dick Roche, der es sich zu seinem persönlichen Anliegen gemacht hat, diesen Dingen nachzugehen, und ich möchte Dick Roche ausdrücklich darin unterstützen, dass er weiter so konsequent vorgeht.

Meine Damen und Herren, ich entnehme dem Beifall, den Sie mir gegeben haben, dass wir an der Seite derjenigen stehen, die eine absolute Transparenz in all diesen Fragen wollen, um Schaden von Europa abzuwenden.

(Beifall)

1-025

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE). – Mr President, on a point of order, this concerns the agenda on Thursday where we made a late request – I am sorry it was late – it is a proposal to change slightly the agenda for Thursday where currently there is a vote proposed for the social package resolution.

At the moment, individual groups have tabled their own separate resolutions. With the best will in the world and good faith on all parts we tried to negotiate collectively a compromise resolution. We have not managed to do that, so at the moment what is likely is individual resolutions will be voted and each resolution would be voted down, which would not give a very good message. Therefore, collectively the majority of political groups thought it was a good idea if I just stood up and made the case that perhaps it would be tactful not to have a vote at all on the resolution.

This is not because it is not important: it is because it *is* important. We did not want to give the wrong message and it was better to give *no* message following the debate that we had, very fully covering the various points, last time. So the proposal, supported by a majority of groups, is that we do not have a vote this Thursday.

1-026

Der Präsident. – Wir werden diese Frage noch einmal reflektieren. Ich bitte die Fraktionen, untereinander noch einmal Kontakt aufzunehmen, ob es da eine Lösung geben kann. Wir nehmen das jetzt zunächst einmal so zur Kenntnis, wie der Kollege Philip Bushill-Matthews das gesagt hat.

1-026-500

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)¹

1-027

18 - Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

1-028

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-029

Rareș-Lucian Niculescu (PPE-DE). – Săptămâna trecută a avut loc chiar aici, la Bruxelles, primul Summit european privind integrarea romilor. Includerea acestei probleme complexe a romilor pe agenda Uniunii europene este o idee pe care România a susținut-o în mod constant și cred că trebuie salutată. După cum a apreciat și Consiliul European, care s-a preocupat de această problemă încă de la începutul anilor 90, romii alcătuiesc o adevărată minoritate europeană. De aceea, problema romilor este una europeană și nu una națională, iar Comisia Europeană trebuie să beneficieze, cred, de întreaga susținere a acestui Parlament în inițiativa sa.

Consider că Parlamentul European trebuie să se pronunțe în favoarea așezării educației în centrul politicii europene privind romii pentru că experiența ultimilor ani a demonstrat că educația este cea mai sigură cale către integrare și către depășirea de către romi, dar și de către cei care trăiesc lângă aceștia, a actualelor provocări.

1-030

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Elnök úr! A piaci diszkrimináció tilalma súlyos megsértésének lehetünk tanúi ma a német és osztrák áruházláncok részéről, amelyek a magyar baromfifitenyésztő és -feldolgozó ipar ellen bojkottot alkalmazznak.

A REWE, a SPAR, a METRO és a Kaufland áruházakról van szó, amelyek egy osztrák állatvédő szervezet bojkottja nyomán nem veszik át a magyar termékeket. Ennek következtében a magyar baromfiágazatnak mintegy 2 milliárd forint kárt okoztak, nemzeti diszkriminációt alkalmazznak a magyar termékekkel szemben, ezzel megsértik az európai uniós versenyjogot.

Ezért az Európai Bírósághoz fognak fordulni az érintettek, mert két uniós alapvet is megsértene: a nemzeti alapon való diszkrimináció tilalmát és a verseny egyenlőségét és szabadságát. Köszönöm a figyelmet.

1-031

Филиз Хакъева Хюсменова (ALDE). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, от 30 септември тази година в България ще заработи Национална система за спешни повиквания 112 в изпълнение на Директива 2002/22/ЕО на Европейския парламент и на Съвета. Тя ще бъде достъпна на територията на цялата страна и ще гарантира бърз и безплатен достъп до тази услуга. Техническото решение на българската система 112 използва най-съвременни технологии и позволява да се локализира повикваният. Подробна информация за изграждането и функционирането на системата е предоставено от българското Министерство на извънредните ситуации на всички членове на Европейския парламент.

Бих искала да изкажа благодарност за отсрочката на наказателната процедура и оценката, дадена на българското правителство от Европейската комисия, по изграждането на системата за спешни повиквания. Приемам я като израз на грижата на Общността за сигурността и здравето на европейските граждани.

1-032

Monica Frassoni (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa settimana è stata – per i temi e per coloro che si occupano dei temi di libertà e di razzismo – una settimana particolarmente triste e particolarmente dura: in Italia, giovedì scorso, sono stati uccisi sei dalla camorra, sei migranti provenienti da vari paesi africani, che sono stati accusati prima di tutto di essere dei *puscher*, dei criminali, e poi dopo si è scoperto che non lo erano assolutamente; e un ragazzo nero è stato ucciso a bastonate a Milano.

Allo stesso tempo, a Colonia abbiamo avuto una risposta incredibile da parte di quella città, agli stessi temi, ai temi del razzismo, ai temi della discriminazione.

Credo che l'Europa presenti in questi momenti, due facce molto diverse. E credo che questo Parlamento dovrà ricominciare a occuparsi in un modo molto più attivo di quello che lo fa in questi ultimi tempi, del tema del razzismo, perché in molti paesi – incluso il mio – questa questione sta tornando alla ribalta in modo assolutamente tragico!

1-033

Der Präsident. – Ja, vielen Dank. Alle Menschen haben die gleiche Würde.

1-034

Eoin Ryan (UEN). – Mr President, I would like to raise the issue of the 4.6 million people in Ethiopia who are facing starvation because of acute food shortages. This has come about because of drought. The Ethiopian Government is saying that it is not a famine, but UNICEF is saying that there is famine in certain parts of the country and people are at acute risk of famine. It is only happening in certain areas, and I believe that the international community and the EU must act quickly and try to supply about half a million tonnes of food if we are to avoid a complete famine. I think this is a priority and, as the European Union is one of the biggest contributors to overseas development aid, I think it is absolutely essential that we do this immediately.

Mr President, let me just say that, as an Irish Member, I agree with the comments you have made about Libertas and the Irish referendum. We fought for a 'yes' campaign; we were open and transparent about our funding. Libertas told us one thing, and now we have discovered it is very different. I want to encourage you and everybody to ensure that Libertas is far more open and transparent in terms of where exactly the money came from, because people want to know.

1-035

Mary Lou McDonald (GUE/NGL). – Mr President, while European Central Bank President, Jean Claude Trichet, has repeatedly expressed concern about inflation indexation of wages, he has failed to take into account the plight of workers, particularly the low-paid, struggling as the cost of living escalates. And, while ensuring that interventions have a minimal inflationary impact, wage increases are needed for low-paid workers, who are now under severe pressure. Curbing inflation across Europe cannot be boiled down to curbing legitimate wage demands. While, of course, those on higher wages can afford to exercise wage moderation, the lower-paid are a different matter. Domestic government and national central banks are best placed to respond to changing economic circumstances, and that is why I have always opposed measures that have undermined economic sovereignty. Indeed, as a small state, Ireland is well aware that our economic situation is peripheral to the policy-making concerns of the ECB and that, therefore, the positions often adopted by the Bank are not always in the best needs or interests of the Irish economy.

I too favour transparency in funding. I also favour respect for democratic outcomes, and this body should note that all of the campaigns that fought and won the argument for a 'no' vote, with the exception of one, have published full and frank accounts, and there is no question as regards the mechanisms of spending or the funds that those groups, including my own party, received.

1-036

Gerard Batten (IND/DEM). – Mr President, we vote tomorrow on a report that appears to limit the immunity of Europol officials, but is a smokescreen for future legislation that will actually extend this until after 2010. There is no debate. The vote is merely a consultative exercise. The decision will be made by the European Council.

Europol officials will be able to operate in Member States in a wide variety of capacities that will give them immunity for anything that they do and anything that they say in the course of their duties – a privilege not even enjoyed by the NKVD under Stalin's 'Great Terror'.

This will be an innovation in England, where no public official has immunity from prosecution. Under the Lisbon Treaty, Member States' parliaments will not be able to block the further extension of Europol's powers, amended by Council decisions. These are the first steps in the creation of a European Union police state.

1-037

Philip Claeys (NI). – Voorzitter, ik zou willen vragen dat u formeel protest aantekent bij de burgemeester van Keulen omwille van het feit dat hij vorig weekeinde Europese parlementsleden en andere verkozenen het recht heeft ontnomen om zich vreedzaam te uiten en een congres bij te wonen over een belangrijk maatschappelijk en politiek probleem, de islamisering van Europa.

Linkse extremisten hebben mensen fysiek aangevallen, stadsmeubilair in brand gestoken en de hele binnenstad lamgelegd om mensen te beletten een vreedzaam congres bij te wonen. De burgemeester, de heer Schramme, heeft niet alleen geweigerd dit geweld en deze intimidatie te veroordelen, hij heeft het goedgepraat en het zelfs zo voorgesteld alsof het de Keulenaars waren die spontaan in verzet waren gekomen tegen de organisatie van een congres.

Verschillende mensen zijn daarbij gewond en het is een schande dat zulke toestanden in een land dat zich democratisch noemt vandaag de dag nog kunnen plaatsvinden, dat mensen op een gewelddadige manier het spreken wordt ontzegd.

1-038

Colm Burke (PPE-DE). – Mr President, I would like to raise the issue of the travel ban imposed by Belarus, which prevents children affected by the Chernobyl nuclear disaster from travelling abroad.

Over 1 000 Irish families host these Belarusian children in their homes every summer and Christmas for rest and recuperation, which often includes medical assessment and, in some cases, treatment. There is a bilateral agreement between Italy and Belarus, which means that Italy is not affected by the ban. I know that the Irish Minister for Foreign Affairs is seeking an agreement with Belarus and I welcome the discussions that are taking place.

I would also underline the need for an EU-Belarus agreement. Under the European neighbourhood policy, the EU will provide Belarus with financial aid to the tune of EUR 20 million for the period 2007-2010. The EU should make a reversal of the travel ban a condition for receipt of that funding.

An EU-Belarus agreement should also be created to allow Belarusian children to continue to travel to EU countries for rest and recuperation. This would secure the rights of children to travel in the long term.

1-039

Maria Badia i Cutchet (PSE). – Señor Presidente, según las Naciones Unidas la trata de personas es incompatible con su dignidad y el valor de la persona humana; sin embargo, cada año más de medio millón de personas son víctimas de trata, y el 80 % de ellas son mujeres y niñas; la mitad, menores de edad; y la mayoría, presas de la explotación sexual.

Por otro lado, un número importante de mujeres víctimas del tráfico entran cada año en la Unión Europea, según la Organización Internacional para las Migraciones.

Mañana, día 23 de septiembre, es el Día Internacional contra la explotación sexual y el tráfico de mujeres. Creo que es una buena ocasión para comprometernos, desde esta Cámara, a reforzar todas las medidas para luchar contra esta lacra que vulnera los derechos de tantas y tantas personas y luchar especialmente contra los traficantes, contra la pobreza, ofreciendo mejoras para ampliar las oportunidades de educación y empleo, desarrollando también estrategias de concienciación en los países de destino, con el fin de someter el problema al debate público.

1-040

Harald Ettl (PSE). – Herr Präsident! Als Gewerkschafter möchte ich heute auf die tragischen Vorfälle auf den Istanbuler Werften in Tuzla hinweisen. Allein in den letzten drei Jahren sind in Tuzla über 90 Arbeiter den mörderischen Arbeitsbedingungen zum Opfer gefallen. Zuletzt ereignete sich am 11. August ein tragischer Unfall, den ich als Verbrechen bezeichnen möchte. Drei Leiharbeiter starben beim Testen eines Rettungsbootes, 16 Arbeiter wurden dabei verletzt. Als ein Beiboot zu Wasser gelassen wurde, rissen die Sicherungsleinen, und die Arbeiter stürzten ins Wasser.

Das besonders Tragische an diesem Unfall: Normalerweise werden diese Tests mit Sandsäcken durchgeführt. Die Arbeiter wurden quasi als lebende Sandsäcke benutzt. Arbeitern, die gegen katastrophale Sicherheitsbestimmungen in den Streik treten wollten, wurde von den Subunternehmern mit fristloser Entlassung gedroht.

Der Fortschrittsbericht der Kommission hat bereits 2006 darauf hingewiesen, dass Arbeitnehmerrechte und die Rechte der Gewerkschaften in der Türkei unzureichend sind. Ich bitte Sie darum, die türkischen Behörden aufzufordern, Gewerkschaften auch als gleichberechtigte Sozialpartner zu behandeln und endlich humane Arbeitsbedingungen und strengere Sicherheitsrichtlinien in Tuzla zu schaffen, um diese katastrophalen Zustände abzustellen.

1-041

Magor Imre Csibi (ALDE). – Mr President, the foundation of the EU rests on the principle of representative democracy. We as members of the European Parliament have a duty to make sure that Europe's policies reflect the will of citizens. Therefore I wish to express the wariness caused by the ever-increasing number of GMO authorisations, and when I do this I speak on behalf of the majority of the citizens of the European Union. A Eurobarometer published in March of this year indicates that 58% of Europeans are against GMOs. Over a third of them consider that they are not being properly informed of the benefits and risk of GMO usage in agriculture.

These figures should worry us. Instead, the Commission continues authorising an ever-increasing number of GMOs to enter the EU agricultural market. The 8 September authorisation of another genetically-modified soya bean is but the latest example.

Esteemed colleagues, in consideration of these facts I suggest we ask the Commission to start an EU-wide information campaign on the risks and benefits that GMO represent to people and the environment. A new assessment should follow. Until the citizens of Europe are properly informed and express their position on this very sensitive subject, I am asking the Commission to stop authorising any new GMOs.

1-042

Milan Horáček (Verts/ALE). – Herr Präsident! Für das neue Partnerschaftsabkommen mit Russland müssen die wichtigsten Säulen der EU – Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – die Grundlage sein. Russlands Vorgehen in Georgien hat uns wieder gezeigt, dass es auch unter Dmitri Medwedjew nicht bereit ist, Rechtsstaatlichkeit und internationale Abkommen zu respektieren. Der Sechs-Punkte-Plan für Georgien fordert die Wiederherstellung der Situation vom 7. August. Das beinhaltet den Rückzug der russischen Streitkräfte auf die Linien vor Beginn der Feindseligkeiten in Südossetien und nicht ein zusätzliches Kontingent von 3 800 Soldaten.

Dazu kommt, dass die Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden. Die Situation der politischen Gefangenen ist untragbar, wie es im Fall von Michail Chodorkowski deutlich wird. Gleiches gilt für die Nichteinhaltung der Energiecharta, die auch von Russland unterzeichnet wurde und dementsprechend für Russland bindend sein sollte.

1-043

Ewa Tomaszewska (UEN). – Panie Przewodniczący! W Indiach w związku z zabójstwem hinduskiego przywódcy, za które policja obwinia maoistów, pod wpływem fundamentalistów hinduskich odbywają się pogromy chrześcijan. Palone są ich domostwa i szkoły. To ich fundamentaliści hinduscy bezpodstawnie oskarżają o dokonanie zbrodni. W stanie Orissa ponad 40 tysięcy chrześcijan ukrywa się w dżungli. Około 15 tysięcy przebywa w obozach przygotowanych dla uchodźców i strzeżonych przez policję. Ponad 20 osób zostało zamordowanych. We wsi Tangia i we wsi Rupagaon chrześcijanie ginęli w ogniu w skutek podpałów. Co najmniej 8 osób zabito w okręgu Kandhamal. Spalono nie mniej niż 10 kościołów. Arcybiskup Vincent Concessao, metropolita Delhi, uważa, że konieczne są efektywniejsze formy dławienia przemocy. Tymczasem miejscowe władze nie wykazują niezbędnej aktywności. Chrystianofobia powinna być zwalczana na równi z innymi drastycznymi przejawami nietolerancji.

1-044

Pedro Guerreiro (GUE/NGL). – Senhor Presidente, desde 12 de Setembro de 1998, há cerca de dez anos, que se encontram injustamente detidos, em prisões dos Estados Unidos da América, António Guerreiro, Fernando González, Gerardo Hernández, Ramón Labañino e René González, cinco cidadãos cubanos que nada mais fizeram do que defender a sua pátria e o seu povo, procurando evitar que este continuasse a ser vítima de acções terroristas promovidas e organizadas por organizações sedeadas em Miami. Durante estes dez anos, estes cinco cidadãos cubanos foram vítimas de inúmeras situações de ilegalidade, de inadmissíveis e desumanas punições, pressões e chantagens, do incumprimento dos mais elementares direitos humanos, como a aplicação de cruéis impedimentos e restrições por parte da Administração dos Estados Unidos quanto à realização de visitas de familiares aos detidos. Elizabeth Palmeiros, esposa de Ramón Labañino, espera há mais de dois anos por um visto. António Guerreiro permaneceu mais de um ano e meio sem receber visitas de familiares e Fernando González mais de um ano. As autoridades dos Estados Unidos impossibilitam Adriana Perez de visitar Gerardo Hernández, o seu esposo, desde 12 de Setembro de 1998. Olga Salanueva é impossibilitada de visitar o seu esposo, René González, desde Agosto de 2000. Exige-se justiça, exige-se a libertação destes cinco patriotas cubanos.

1-045

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Mr President, despite our wet Irish climate, major flooding was a relatively uncommon occurrence in the past. Recently, destructive flooding has become a yearly, seasonal phenomenon.

A number of factors are implicated: building on flood plains, poor maintenance of drains etc. But one important contributing factor – inappropriate plantation forestry – was encouraged by EU funding over the last couple of decades and for this reason deserves your close scrutiny.

These spruce tree plantations, especially when planted on upland areas, have significantly changed the drainage pattern of Irish river systems. At the same time, the planting of native Irish trees and forests was largely neglected, because of the way the funds were organised in the past.

It is unfortunate that in the new Rural Development Programme, Ireland has chosen to exclude forestry from the scheme. To starve native Irish forestry of funds at this critical time, when it needs to make a comeback, is a recipe for disaster, with increased flooding, water contamination, CO₂ build-up and a continued loss of soil fertility.

There are token projects in the programme involving native species. However, it cannot be denied that an opportunity to use the funds for native trees to mitigate against future flooding has been lost.

1-046

Kinga Gál (PPE-DE). – Elnök úr, képviselőtársaim! Ne csak hirdessük a kultúrák közötti párbeszédet, de védjük is meg, ha támadják. Különösen, ha az etnikai együttélést itt a szomszédunkban, az Unió egyik tagállamában kezdik ki nap mint nap.

Már eddig is voltak és sajnos szomorú következményei lehetnek az egyik szlovák kormánypárt elnöke, Ján Slota uszító, durva kijelentéseinek, a YouTube internetes videóoldalon azon játékoknak, amelyeken arra hívnak fel, hogy a szlovákiai magyar kisebbségi párt politikusait meg kell ölni, majd most legújabbán a szlovák oktatási miniszter nyilatkozatának, amely a magyarok nyelvhasználatát tiltaná Szlovákiában közterületen, vagy éppen azért támadja a kisebbségi magyar képviselőket, mert egy magyar képviselőket tömörítő fórumon vettek részt Budapesten.

A következményei a szélsőséges kijelentések tolerálásának, az uszításnak máris jól érezhetőek. A legutóbbi közvélemény-kutatások szerint a 15 évesek több mint 60%-a a magyarokat gyűlöli a legjobban és egyetért az elképesztő, uszító vádakkal, amelyek szlovák vezető politikusoktól hangzottak el az évek folyamán. A magyarok pedig félni kezdtek. Mindez napjainkban történik, mi pedig szétárjuk karjainkat, a következmények elmaradnak, a Parlament, a Bizottság, a Tanács elfoglalt, és ünnepejük a kultúrák közötti párbeszéd évét. Köszönöm, hogy meghallgattak.

1-047

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Aproximativ 60 de milioane de cetățeni europeni, reprezentând 15% din populația Uniunii, sunt expuși riscului sărăciei. Pentru eliminarea sărăciei au fost stabilite următoarele priorități: creșterea ratei de angajare a forței de muncă, prevenirea abandonului școlar, eliminarea sărăciei copiilor, modernizarea securității sociale, eliminarea discriminării. Investițiile în educație trebuie să fie prioritare. Asigurarea unei infrastructuri moderne pentru educație, îmbunătățirea pregătirii profesionale, a salarizării și a statutului cadrelor didactice sunt indispensabile unui învățământ de calitate.

Astăzi, rata medie a abandonului școlar la nivelul Uniunii depășește 16%. Mulți dintre tinerii care abandonează școala provin din mediul rural, ca urmare a situației materiale precare. Solicit statelor membre să acorde prioritate dezvoltării infrastructurii de învățământ și creării de locuri de muncă, în special în mediul rural. O educație de bună calitate garantează tinerei generații un trai decent, îmbunătățind astfel coeziunea economică și socială a Uniunii. Viitorul Uniunii depinde de forța, de valoarea și de calitatea generațiilor prezente și viitoare.

1-048

Pál Schmitt (PPE-DE). – Köszönöm, elnök úr! Tisztelt elnök úr! Szeptember 15-én megtartotta alakuló ülését az Európai Innovációs és Technológiai Intézet Budapesten. Magyarország és az intézmény központjával választott város, Budapest nagy hagyományokkal rendelkezik a tudományos kutatás terén. Gondoljunk csak arra, hogy 12 Nobel-díjjal kitüntetett magyar tudós volt, akik a 20. század kulcsfontosságú találmányaiban tevékenyen részt vettek.

Az új intézmény legfontosabb célja, hogy elősegítse és koordinálja az együttműködést az európai tudományos központok között, hálózatot hozzon létre az egyetemek, kutatóintézetek, az innovációban részt vevő privát szféra között. Ez a cél egybevághat a lisszaboni stratégia alapelveivel, a tudásalapú társadalom létrehozásának gondolatával, amelynek középpontjában a versenyképesség javítása, a gazdasági növekedés és munkahelyteremtés áll.

Kérem, engedje meg, elnök úr, hogy megköszönjem a döntéshozóknak, hogy e fontos intézmény helyszínéül Budapestet, Magyarországot választották. Meggyőződésem, hogy jó házigazdái leszünk ennek az intézménynek. Szeretném felhívni a figyelmet az ez ügyben megnyilvánuló példátlan politikai egyetértésre Magyarországon. Öszintén remélem, hogy az intézet elő fogja segíteni a jövő év sikerét, amelyet az Európai Unió a kreativitás és innováció évének nyilvánított. Köszönöm a szót.

1-049

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, less than two weeks ago the European Court of Justice found that Ireland was in contravention of the Water Framework Directive in regard to some of its waste water treatment systems. I must say that, personally, I am very pleased that the Commission is actively involved in trying to ensure clean drinking water in Ireland. However, the EU Commission now has an opportunity to build on that good work. It can do this by granting an extension to the Farm Waste Management Scheme. The deadline for completion of works is December 2008, but, because of exceptional circumstances, work will not be completed. If the deadline is not extended, as I said, work will be incomplete and nobody will benefit.

Extending the scheme would be a win-win situation for water quality in Ireland, for the environment, for farmers and for Commission policy. It would be a reasonable and sensible move by the Commission to extend the deadline in order to ensure compliance with the Nitrates Directive, and it would show joined-up thinking with regard to the implementation of EU policy.

1-050

Árpád Duka-Zólyomi (PPE-DE). – Slovensko, členská krajina Únie, si osvojila systém hodnôt EÚ, čo znamená: mala by rešpektovať aj zásady kultúrnej a jazykovej rôznorodosti Spoločenstva.

Nedávny prieskum Open Society Fund ale vykazuje, že na Slovensku nebezpečne narastá nenávisť slovenských žiakov voči maďarskej menšine a viac ako 63 % má názor, že Maďari by mali hovoriť na verejnosti výlučne po slovensky, a len doma po maďarsky. Čo je poburujúce na pôde Parlamentu, aj minister školstva plne podporoval tento názor.

Tento stav je zarážajúci, stanovisko ministra je protiústavné, je v rozpore so zákonmi Slovenska a princípmi, na ktorých je založená demokratická Európa. Od nástupu koalíciej vlády Róberta Fica niečo nie je v poriadku na Slovensku. Najmä zásluhou predsedu vládnej strany Jána Slotu sa neúnosne množia protimaďarské, rasistické a xenofóbne prejavy, a je zarážajúce, že ani premiér či predstavitelia vládnych strán sa neohradia, neodsúdia tento škodlivý a nebezpečný trend.

1-051

Слави Бинев (NI). – Г-н Председател, уважаеми колеги, искам да насоча вниманието Ви към поредния скандал, развихрил се в България във връзка с изразходваните от МВР 49 милиона евро за използване на специални разузнавателни средства. Разходите биха били оправдани, ако имаше дори един престъпник, заловен и осъден благодарение на използването на подслушвателни и наблюдателни устройства. В същото време представители на министерството винаги са твърдели, че им липсва елементарно оборудване, за да преследват успешно престъпниците в България.

Какво излиза? След като са похарчени пари колкото за 15 военни разузнавателни самолета, единственото, което българските полицаи могат да направят, е съобщят, че не са успели да видят кой е поставил бомбата в незаконен публичен дом в центъра на столицата. Фактите водят до един-единствен възможен извод: Министерството на вътрешните работи заедно с определени частни компании обират българския данъкоплатец, крадат го системно, и то в огромни размери. Службите, които трябва да предотвратят престъпленията, се ползват единствено за политически и икономически рекет, и за разчистване на сметки с опозицията.

1-052

Iuliu Winkler (PPE-DE). – Köszönöm szépen, elnök úr! Az Európai Unió gazdaságainak fenntartható fejlődése az elkövetkező években csak úgy valósítható meg, ha megerősítjük az Unióban lévő 23 millió kis- és közepes vállalkozást, hiszen ezek az Unióban újonnan teremtett munkahelyek mintegy 4/5-ét biztosítják.

A Bizottság által júniusban közzétett európai kisvállalkozási intézkedéscsomag, a „small business act” felismeri a kisvállalkozások által az európai gazdaságokban betöltött központi szerepet, valamint általános keretet ad az Unió és a tagállamok szakpolitikáinak. Ez a dokumentum új szabályozások elfogadását javasolja olyan kulcsfontosságú területeken, mint például az állami segélyek egyszerűsített szabályozása vagy a pénzügyi fegyelem növekedése.

Az európai kisvállalkozásoknak viszont többre van szükségük, mint a Bizottság, a Parlament vagy akár a tagállamok pusztán politikai akarátára. A kisvállalkozásoknak az új szabályozások gyors megalkotására és ezek hatékony alkalmazására van szükségük. Az Európai Parlamentnek kulcsszerepet kell vállalnia ennek a folyamatnak a felgyorsításában. Köszönöm.

1-053

Katalin Lévai (PSE). – Elnök úr! Azt tapasztaljuk, hogy terjednek a szélsőséges eszmék és az erőszakos megnyilvánulások emberek, társadalmi csoportok, etnikumok, nem ritkán népek, nemzetek között. Megállításának vannak politikai eszközei, bevethetők igazgatásrendészeti és rendőri eszközök.

A távlatokban gondolkodó politikus azonban a párbeszédet hívja inkább segítségül: nemcsak a gyakran konfliktusokhoz vezető politikai, hanem a kulturális párbeszédet. Ahhoz, hogy párbeszédet folytathassunk valakivel a kultúráról, először a saját kultúránkat kell megismernünk.

A kulturális párbeszéd évének lényege, hogy nemcsak országok között, de országon belül is megismerjük társadalmunk különböző rétegeit, a kisebbségeket, etnikumok, nemzetiségek talán első látásra idegennek tűnő életét és a múltjukat. Ez a fajta ismeret segíti, hiánya gátolja egy nemzet egységét, népek, népcsoportok, nemzetek jó viszonyát.

A kulturális párbeszéd évében különösen fontosnak tartom valamennyi európai társadalomban a többség és kisebbség közötti valóban érdemi párbeszéd fenntartását, mert csak így alakulhat ki valós kapcsolat az európai országok kultúrái között. Európai jelenségről van szó, amelyet európai szinten kell kezelnünk. Köszönöm szépen.

1-054

Dragoș Florin David (PPE-DE). – Am hotărât împreună ca politica energetică europeană să vizeze reducerea dependenței energetice a Uniunii, garantarea securității aprovizionării și transparența prețurilor. Observăm astăzi că piața europeană de gaze este caracterizată de un mare dinamism în toate domeniile: politica energetică, echipamentul tehnic, afacerea cu gaz în sine și transparența prețurilor, modul de realizare a prețurilor fiind o componentă prioritară pentru protecția consumatorului european.

În acest context, măsurarea gazelor și facturarea lor către utilizatorul final necesită elaborarea unor standarde corespunzătoare, pentru a se putea implementa o metodă uniformă de calcul, recunoscută în întreaga Uniune Europeană, astfel încât măsurarea să fie una transparentă, respectiv corectă, imparțială și precisă.

Solicit azi Parlamentului European să facă toate demersurile necesare pentru verificarea modalității de măsurare și facturare a gazului, deoarece am constatat că, în România, transportatorii și distribuitorii de gaz nu răspund acestor cerințe,

gazul metan fiind măsurat în metri cubi și facturat în kwh, cetățeanul nefiind în măsură să verifice consumul real, acesta fiind rezultatul unei formule matematice discutabile ca parametrii luați în calcul.

1-055

Proinsias De Rossa (PSE). – Mr President, there is widespread anger and fear amongst our citizens concerning the collapsing financial institutions globally and their potential impact on pensions, savings and jobs.

I am pleased that Commissioner McCreevy is here for the debate that is about to take place. However, I believe that he must act swiftly with regard to what this Parliament is proposing – to rein in ‘casino capitalism’, which has driven us to the edge of the economic abyss.

Commissioner, if your commitment to neo-liberal ideology will not allow you to do so, then you should resign and allow someone else to be appointed who is prepared to face down the market buccaneers. Strict, new regulation of the financial and banking sector is urgently needed and your championing so far of so-called ‘light regulation’, which in some cases has meant zero regulation, must be brought rapidly to an end.

Before I sit down, I would like to refer to the comments made by Miss McDonald of Sinn Féin, where she sought to justify their campaign against Lisbon and is now proclaiming that she wants economic sovereignty for Ireland in the midst of a global financial crisis. I think it demonstrates the light-headed attitude of the ‘no’ campaigners.

1-056

Marek Aleksander Czarnecki (ALDE). – Światowy kryzys finansowy powoduje, iż przejrzystość funduszy wykorzystujących alternatywne możliwości inwestowania powinna stanowić istotny temat także w Parlamencie Europejskim. Zwiększenie transparentności spółek za pomocą instrumentów prawnych, szczególnie w odniesieniu do relacji pomiędzy funduszami hedgingowymi i funduszami private equity a przedsiębiorstwami, w których fundusze te posiadają udziały, jest obecnie kwestią priorytetową.

Dotychczas stworzone tak zwane kodeksy dobrego postępowania mogą ewentualnie służyć za model, nie mogą jednak zastąpić działań legislacyjnych w odniesieniu do przypadków złego postępowania. Potrzeba utworzenia kodeksu najlepszych praktyk w zakresie sposobów przywracania równowagi w obecnej strukturze zarządzania firmami jest niezbędna.

Nowe ustawodawstwo powinno również zobowiązywać fundusze hedgingowe oraz private equity do ujawniania i wyjaśnienia swojej polityki inwestycyjnej oraz związanego z nim ryzyka inwestorom detalicznym i instytucjonalnym, brokerom ubezpieczeniowym oraz organom nadzorczym.

1-057

Milan Gaľa (PPE-DE). – Dovoľte mi so zámutkom niekoľkými slovami pripomenúť nedávnu tragickú haváriu slovenského autobusu, ktorá sa odohrala neďaleko chorvátskeho mesta Gospić.

14 ľudských životov vyhaslo, ďalší boli zranení na ceste za oddychom. Chcel by som vyjadriť sústrasť pozostalým tragédie, zároveň by som rád poďakoval chorvátskej strane, ktorá svojim príkladným prístupom zmiernila dopady tejto nehody a vzorne sa postarala o našich občanov. Chorvátsko opätovne svojou schopnosťou reagovať a riešiť problémy dokazuje, že v budúcnosti patrí do Európskej únie.

1-058

Εμμανουήλ Αγγελάκας (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, τις τελευταίες εβδομάδες παρακολουθούμε τις εξελίξεις στον χρηματοπιστωτικό τομέα των Ηνωμένων Πολιτειών με ιδιαίτερο ενδιαφέρον και ανησυχία.

Η απόφαση της αμερικανικής κυβέρνησης να στηρίξει τη μεγαλύτερη ασφαλιστική εταιρία, με δάνειο 85 δις. δολαρίων, η κρατικοποίηση δύο εκ των κορυφαίων ομίλων παροχής στεγαστικών δανείων και η πτώχευση της τέταρτης σε μέγεθος επενδυτικής τράπεζας έχουν δημιουργήσει κλίμα πανικού στις Ηνωμένες Πολιτείες αλλά και έντονη ανησυχία στους ευρωπαίους πολίτες.

Και τούτο διότι, μέσα σε ένα παγκοσμιοποιημένο οικονομικό περιβάλλον, είναι μεγάλη η πιθανότητα να φθάσει η κρίση στην Ευρώπη – αν αυτό δεν έχει ήδη συμβεί – και να πλήξει το τραπεζικό σύστημα, αλλά και τα εισοδήματα των ευρωπαίων πολιτών.

Η συζήτηση που θα διεξαχθεί την Τετάρτη στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με την παρουσία του Συμβουλίου και της Επιτροπής θα πρέπει να δώσει συγκεκριμένες απαντήσεις στα ακόλουθα ερωτήματα:

- πόσο έτοιμη είναι η ευρωπαϊκή οικονομία να αντέξει πιθανούς κλυδωνισμούς από την κρίση που έχει ξεσπάσει;
- ποιο είναι το επιχειρησιακό σχέδιο και ποια συγκεκριμένα μέτρα έχουν ληφθεί ώστε να διασφαλισθεί η οικονομική κατάσταση των ευρωπαίων πολιτών;

- και τέλος, ποια είναι η πολιτική που προτίθεται να ακολουθήσει η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα ώστε να στηρίζει τα ευρωπαϊκά πιστωτικά ιδρύματα;

1-059

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση γιορτάζει τη γλωσσική της πολυμορφία στις 26 Σεπτεμβρίου. Οι εκδηλώσεις επικεντρώνονται στην ιδέα ότι οι γλώσσες είναι γέφυρες πολιτισμού και ενθαρρύνεται η εκμάθηση ξένων γλωσσών και η ικανότητα διαγλωσσικής επικοινωνίας.

Εντελώς λησμονείται στις εκδηλώσεις αυτές και στις ανακοινώσεις της Επιτροπής η ανάγκη για διατήρηση, πανευρωπαϊκά, της διδασκαλίας των αρχαίων ελληνικών και των λατινικών, των κλασσικών γλωσσών που βρίσκονται στη βάση πολλών λέξεων και εκφράσεων όλων των ευρωπαϊκών και μη γλωσσών.

Την ίδια περίοδο, είναι ανοικτή για διαβούλευση η Πράσινη Βίβλος με τίτλο «Μετανάστευση και κινητικότητα στα εκπαιδευτικά συστήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης». Εκεί γίνεται λόγος για τον ρόλο της οδηγίας 77/486, περί της σχολικής φοιτήσεως τέκνων μετακινουμένων εργαζομένων, και βλέπουν κριτικά τις αποσπασματικές ενέργειες που έγιναν 30 χρόνια τώρα με βάση αυτή την οδηγία.

Είναι μια ευκαιρία να ενισχυθεί η διδασκαλία των γλωσσών των ευρωπαίων μετακινουμένων εργαζομένων.

1-060

Zita Pleštinská (PPE-DE). – V poradí už tretia politická kríza na Ukrajine bola pravdepodobnou príčinou, že rusko-gruzínsky konflikt nevedol k ambicióznnejším záverom historicky druhého summitu EÚ - Ukrajina, ktorý sa konal začiatkom septembra v Paríži.

Oceňujem, že Európska únia opäť deklarovala svoju podporu budovaniu občianskej spoločnosti a prodemokratickým zmenám na Ukrajine. Pozitívne hodnotím aj dohodu o začatí „dialógu o vízach“, ktorý by mal v dlhodobom horizonte viesť k bezvízovému styku medzi oboma stranami, ako aj skutočnosť, že cesta Ukrajiny k členstvu EÚ aj napriek vzniknutej politickej kríze zostala otvorená.

Dnes už nikto nepochybuje, že Oranžová revolúcia zmenila smerovanie Ukrajiny v jej nasledujúcom období dejín. Ukrajina musí teraz preukázať stabilitu a jednotu, iba tak má šancu dostať európsku perspektívu.

Som presvedčená, že slobodu posilníme doma len vtedy, keď ju budeme brániť aj za hranicami EÚ. Z tohto dôvodu sa 2. – 3. októbra 2008 v Kyjeve a na Jalte zúčastním v poradí už 11. zasadnutia delegácie Európskeho parlamentu pre Ukrajinu.

Verím, že účasť zástupcov Európskeho parlamentu na Ukrajine prispeje k upokojeniu situácie a k politickej stabilite na Ukrajine.

1-061

Mikel Irujo Amezaga (Verts/ALE). – Señor Presidente, sólo quería sumarme a la condena por el atentado terrorista o los atentados terroristas, incluido un asesinato, que hemos padecido en nuestro país. El pueblo vasco tiene la desgracia de ser el único país de la Unión Europea en el que seguimos padeciendo el terrorismo, y ya va para décadas. Yo mismo provengo de una familia que padeció 40 años de exilio —el mismo tiempo que duró el franquismo— y si algo aprendimos fue que ningún objetivo político merecía la vida de un solo ser humano. Les quiero decir, por último, que todos aquellos que creemos en el derecho a decidir del pueblo vasco tenemos claro que el derecho a la vida es el más primordial de todos.

1-062

James Nicholson (PPE-DE). – Mr President, we are all very well aware that rising oil prices and gas prices are having a hugely negative effect on many sectors of our economy and on consumers.

I would like to draw attention to the impact this crisis is having on the farming sector, the fishing sector and small businesses. High fuel costs have been passed on to the farmer at the present time: costs are escalating and farmers are not receiving an increase to cover that cost of high energy and gas prices.

The fuel crisis is undermining the growth of competitiveness in our small and medium-sized enterprises; reducing the consumer purchasing power aggravates the situation and, Mr President, I dread to think what is going to happen this winter – many millions of people will be unable to afford to keep themselves warm.

We all saw what happened at the petrol stations when the price of oil was going up; every day you went past a petrol station the price went up. But, now that the price has come down, they have not been bringing it down nearly as far as it went up. I think that they need to respond to that: they have made all their profits and it is time to pass on and bring in decent prices to the consumer.

1-063

Csaba Sógor (PPE-DE). – Elnök úr! Magyarország önmagával határos, az ország az I. világháború után területének 2/3-át veszítette el, ezeken a területeken, ma már hét államban, az összesen több mint 3 milliós lélekszámú magyarság politikai érdekképviselője az elmúlt évszázadban csak békés eszközökkel küzdött jogaiért.

A közel 20 politikai szervezet hatodik éve a Kárpát-medencei képviselők fóruma keretén belül vitatja meg továbbra is a békés érdekvédelem lehetőségeit: identitás, anyanyelv, gazdasági kapcsolatok, autonómiák. Ennek a fórumnak jómagam is tagja vagyok. Idén úgy döntöttünk, hogy az EU adta lehetőségek kihasználása érdekében közös lobbierővé nyitunk Brüsszelben.

Érthetetlen és elfogadhatatlan, hogy a magyar közösségek békés törekvéseit egyes EU-s tagállamok politikusai szélsőséges jelzőkkel illetik, miközben az országukban élő magyar kisebbséget kollektív bűnösséggel vádolják, anyanyelvének használatában korlátozni akarják.

Ezúttal szeretném felhívni az Európai Parlament figyelmét ezekre a kirohanásokra, és ismét emlékeztetni arra, hogy a nemzeti kisebbségeknek közösségi jogokat kell biztosítani, nem pedig kollektív bűnösség vádjával illetni őket. Az EU-nak ebben kezdeményező és megelőző szerepet kell vállalnia. Köszönöm.

1-064

Ιωάννης Γκλαβάκης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, η Επιτροπή, θέλοντας να συμβάλει στην αντιμετώπιση της αύξησης των τιμών των τροφίμων στις αναπτυσσόμενες χώρες, προτίθεται να τις χρηματοδοτήσει με 1 δισ. ευρώ.

Αυτό θα έχει σαν συνέπεια να χρηματοδοτηθούν η αγορά σπόρων και άλλων εφοδίων για να αυξηθεί η γεωργική παραγωγή, να διατραφεί ο πληθυσμός, να μειωθεί ο πληθωρισμός και να μειωθούν οι τιμές των τροφίμων.

Είναι πολιτικά και ηθικά ορθό να βοηθήσουμε τις αναπτυσσόμενες χώρες, αλλά είναι σκόπιμο να αναλάβουμε αντίστοιχη πρωτοβουλία για την ενίσχυση των ευρωπαϊών γεωργών οι οποίοι επίσης έχουν πληγεί βάναυσα από την αύξηση των τιμών των τροφίμων και όχι μόνον. Διότι πρέπει να πούμε ότι τα χρήματα αυτά εξοικονομήθηκαν από τη μείωση των δαπανών της Κοινής Αγροτικής Πολιτικής.

Γι' αυτό λοιπόν, προτείνω ένα μεγάλο μέρος από το 1 δισ. ευρώ να διατεθεί για ενίσχυση των ευρωπαϊών αγροτών που αντιμετωπίζουν πάρα πολλά προβλήματα.

Τελειώνοντας, θέλω να εκφράσω την έντονη ανησυχία μου για την αξιοποίηση των χρημάτων που θα δοθούν σ' αυτές τις χώρες, διότι οι χώρες ΑΚΕ δεν έχουν κανένα μοντέλο αγροτικής ανάπτυξης, δεν υπάρχει ελεγκτικό σύστημα και φοβάμαι ότι τα χρήματα θα χαθούν στη γραφειοκρατία των διεθνών οργανισμών χωρίς τελικά να φέρουν αποτέλεσμα.

1-065

IN THE CHAIR: Edward McMILLAN-SCOTT
Vice-President

1-066

President. – That concludes the item.

1-067

19 - Hedge funds and private equity - Transparency of institutional investors (debate)

1-067-001

President. – Now we move to a debate that was organised last month by the European Parliament with extraordinary prescience, anticipating the events of last week, perhaps – unlike others.

The next item is the joint debate on

– the report by Poul Nyrup Rasmussen, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, including recommendations to the Commission on hedge funds and private equity (2007/2238(INI)) (A6-0338/2008), and

– the report by Klaus-Heiner Lehne, on behalf of the Committee on Legal Affairs, including recommendations to the Commission on transparency of institutional investors (2007/2239(INI)) (A6-0296/2008).

1-069

Poul Nyrup Rasmussen, rapporteur. – Mr President, long before this crisis, the European Socialist Group and the European Socialist Party raised concerns over the tendencies on the financial markets for excessive debt, lack of transparency, taking high risks and paying too low prices, and making packages on leveraging which nobody could really understand or act on. We therefore raised our concerns as if looking into a new financial bubble. Nobody could tell when this would be, but we are now at the centre of the storm – the 'perfect storm', as somebody called it.

I feel very strongly that the debate this evening and tomorrow will be the most relevant debate in any parliament on financial markets anywhere in Europe or in the United States – debate and decisions in the sense that we are looking forward, trying to make better regulation than we have now and trying to take on a broad responsibility for doing the job as well as we can.

Now is the time to act. We have seen what happened in the US, and, while someone said that it is not as bad in Europe as in the US, I can only say that HBOS, Northern Rock and many other such cases is enough to convince me to act. We have seen the new prognoses for our economies, for our jobs, for our competition and for our investment capability: that is enough for me to act.

That is why I am proud to be telling Parliament today and tomorrow that the PSE Group has made a compromise, following tough negotiations – which is as it should be on such an important matter – with the ALDE and PPE-DE Groups. We now have in front of us a balanced report which demands that the Commission present proposals on legislation and regulation for all financial actors, including hedge funds and private equity. It is high time we did this, and I would remind Parliament that we are now asking for mandatory capital requirements for all financial institutions. We are asking for an aligning of reward packages with longer-term outcomes in order to reflect losses as well as profits. We are asking for full transparency for high-level executives' and senior managers' remuneration systems. We are asking for disclosure of leverage/debt exposure, the source and amount of funds raised and identification of shareholders for all investment projects. We are asking for an extension of the directive requiring that employees be informed and consulted during take-overs to include leveraged buy-outs by private equity, and we are asking for measures to 'avoid unreasonable asset stripping in target companies'. We are asking for actions to avoid excessive debt caused by leveraged buy-out, so that level of leverage is sustainable both for the private equity fund/firm and for the target company.

I would like to ask Mr McCreevy, the Commissioner responsible for this area, to respond very concretely to these proposals. I know that they are new to him, but I insist on a timetable. We have asked for a response before the end of the year, which is three months from now. There may be details to discuss but, Commissioner, you also owe this Parliament a response, because we are not talking about a small minority, but a very broad majority within this Parliament.

I shall end by informing you that, as of four to five days ago, close to 90 000 people had signed a petition addressed to the European Parliament, the United States and world leaders, organised by the global internet movement Avaaz. I am delivering that petition on its behalf to those recipients. It reads: 'We urge you to take a lead in fixing the fundamental flaws and loopholes which made this global financial crisis possible, including basic problems of debt and risk, incentives and transparency. We need you to work together to protect the public good by framing stronger rules for all parts of the global financial system. Be bold, and we will support you.'

Commissioner, will you be bold, together with us, support us and deliver preliminary answers before the end of the year? I must insist, on behalf of all of us, on a positive response.

1-070

Klaus-Heiner Lehne, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte findet in der Tat, wenn auch zufällig, genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Mein Bericht befasst sich sozusagen mit der anderen Seite der Medaille.

Der Kollege Rasmussen hatte sich insbesondere mit den Auswirkungen auf die Finanzmärkte auseinanderzusetzen, und der Rechtsausschuss befasste sich qua seiner Kompetenz naturgemäß insbesondere mit der gesellschaftsrechtlichen Seite und gegebenenfalls mit den Notwendigkeiten zur Veränderung des europäischen Gesellschaftsrechts.

Wir alle sind durch die Ereignisse der zurückliegenden Tage erschüttert! Öffentlichkeit, Politik, und ich sage das ganz deutlich, auch die ehrliche Wirtschaft. Das Problem, das wir im Augenblick in der Praxis sehen, ist, dass Gewinne privatisiert werden, Verluste jedoch sozialisiert. Es ist geradezu ein Witz der Geschichte, dass der amerikanische Finanzminister Paulson, der früher selbst Chef von Goldman Sachs war, jetzt in einer Situation ist, in der er 700 Milliarden US-Dollar Steuergelder in die Hand nehmen muss, um das zu beseitigen und zu reparieren, was seine eigene Branche angerichtet hat. Es ist wirklich traurig.

Es gibt immer mehr Beispiele dafür, dass in der öffentlichen Wahrnehmung das Bild des klassischen, sich um seine Arbeitnehmer kümmernden Familienunternehmers mit eigener Verantwortung, der selbst haftet, verblasst, und auf der anderen Seite immer mehr der Eindruck entsteht, als würden wir zumindest im Bereich der Wirtschaft teilweise von blassen Topmanagern regiert, von Angestellten, die hoch bezahlt sind, die aber keine Verantwortung mehr tragen.

Ich denke, dass das ein verheerender Eindruck ist, der für unser marktwirtschaftliches System entsteht, und dass es politisch erforderlich ist, dass wir die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung wiederherzustellen, um diesen verheerenden Eindruck tatsächlich zu beseitigen.

Hinzu kommt, dass es ja nicht nur die Großen betrifft, sondern es betrifft inzwischen auch den kleinen Anleger, es betrifft jeden Steuerzahler, es betrifft alle die, die von staatlichen Finanzen abhängig sind, weil immer mehr Milliarden öffentlicher Gelder zur Beseitigung der Schäden eingesetzt werden müssen.

Ich gebe zu – und das hat die Debatte vollkommen gezeigt, und das ist auch unstrittig –, dass ein Teilaspekt, mit dem wir uns ursprünglich besonders befasst haben – nämlich der Bereich Hedge-Fonds und Private Equity – nicht kausal ist für die Probleme, mit denen wir es im Augenblick zu tun haben. Aber auch hier – und das haben die Debatte im Hause und die Anhörungen in beiden Ausschüssen gezeigt – gibt es offensichtlich klare Mängel in den Bereichen der Harmonisierung und der Regulierung.

Es ist zu Recht festgestellt worden, dass auch diese Bereiche durch nationale Bestimmungen reguliert sind, mal stärker, mal weniger stark, je nach der Tradition der unterschiedlichen Nationen und je nachdem, welche Finanzmarktregeln dort herrschen. Aber es ist auch gleichzeitig auch deutlich geworden, dass wir auf europäischer Ebene einen Nachharmonisierungs-, einen Nachregulierungsbedarf haben, um sicherzustellen, dass auch diese Bereiche, die inzwischen durchaus kritische Massen erreicht haben, kein Risiko für die Finanzmärkte darstellen können.

Ich will nur ein paar Stichworte ansprechen, die auch im Berichtsentwurf – der im Rechtsausschuss übrigens bereits im Juni beschlossen wurde, als noch niemand von dieser Krise sprach, in der wir uns im Augenblick befinden – bereits angesprochen wurden. Ich denke an das *stock lending* und das *short selling*. Jetzt hören wir, dass eine Reihe wichtiger Finanzmarktaufseher das verboten haben, aus guten Gründen! Wir haben damals gefordert, und wir fordern auch jetzt, dass das zumindest untersucht werden muss. Es müssen Konsequenzen daraus gezogen werden, und es müssen notfalls auch gesetzgeberische Vorschläge gemacht werden. Es geht um die Frage der verbesserten Identifikation der Aktionäre, um Transparenzfragen, um die Verschärfung der Transparenzregeln im Hinblick darauf, dass Unternehmen und auch die Manager dieser Unternehmen wissen sollten, wem sie eigentlich gehören, damit sie auch gegenüber denjenigen, die ihre Eigentümer sind, verantwortlich handeln können.

Es geht darum, dass im Rahmen der Kreditgewährung bestimmte Risiken vernünftig überprüft werden, dass daraus auch vernünftige, notwendige Konsequenzen gezogen werden, damit nicht mit relativ kleinen Mitteln Riesenhebel bewegt werden können, die am Ende Wirkungen erzeugen, die vollkommen außer Kontrolle geraten und die hinterher Schaden für die Allgemeinheit und für andere bringen.

Übrigens einen Hinweis: In der Branche gibt es inzwischen zahlreiche entwickelte Vorschläge für konkrete Kodizes, für freiwillige Regelungen, wie man sich verhalten will. Allein die Tatsache, dass solche Regeln entwickelt worden sind, auch wenn sie im Augenblick noch freiwillig sind, belegt doch, dass offenbar die Branche selbst einen gewissen Regelungsbedarf annimmt. Von daher ist es absolut sinnvoll, sich das anzuschauen und zu überlegen, ob wir hier nicht auch handeln können.

Asset flipping ist auch ein Fall, um den man sich kümmern muss. Das Gesellschaftsrecht muss diese Frage angehen, weil es meiner Überzeugung nach nicht sein kann, dass Unternehmen ausgeplündert werden. Wir erwarten von der Kommission einen konkreten Vorschlag. Dies ist ein Bericht gemäß Artikel 192, darauf muss die Kommission reagieren. Wir hoffen, sie tut es bald.

1-071

Charlie McCreevy, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the Committee on Economic and Monetary Affairs and the Committee on Legal Affairs and in particular their rapporteurs, Mr Rasmussen and Mr Lehne, for the work done in the preparation of these two reports.

Few would have predicted one year ago that the situation in financial markets would be as serious as it is today. And the effects of the crisis will continue to be felt for some time. It started with reckless selling of mortgages in the United States, promoted by banks and others who did not care about lending standards because they could offload the loans to others through securitisation.

Credit-rating agencies then gave respectability to these high-risk products by assigning low credit-default risk to them. Financial institutions around the world bought up these products without, it seems, doing any serious risk assessment of their own.

In the light of events over the past year, it has been incredible to see how little understanding senior managers of financial institutions had of the risk they were taking on board. No doubt the size of the profits that were rolling in blunted serious risk analysis. Supervisors seemed to have no better idea of the risk in these hugely complex products. Things were so sliced up, diced up and repackaged that no one knew where the real risk was. One observer referred some months ago to this unfolding crisis as like watching a train crash in slow motion. Last week the crisis went into hyper speed.

The concerted actions of the world's major central banks and the announcement of the support measures by the United States authorities have restored some calm to the markets. We must welcome this given the extreme situation faced by regulators. I also welcome that the United States authorities have shown recognition of the need to address in their proposals similar assets held by some non-US financial institutions.

One thing we can be thankful for in Europe is that we have not seen the same scale of destruction as has happened in the United States. Although banks in the EU have been suffering from a similar lack of confidence in lending to each other, there has not been anything on the same scale as experienced in the United States. But no one is out of the woods yet. There are difficult trading conditions ahead. The downturn in economies will have its effects. Vigilance and transparency are key if confidence is to be restored in markets. At EU level we must continue to improve our supervisory arrangements for cross-border supervisory financial institutions. There is a window of opportunity that must not be missed.

All of this leads me to believe we are going to have a different financial services sector when this is all over and we will have a different regulatory framework as well. If moral hazard cannot be shown to work then the taxpayer cannot be expected to pick up the bill for the excess and irresponsible risk-taking of private institutions.

The ultimate shape of whatever new regulatory approach will be adopted will be designed over the coming period as the lessons from this crisis and the appropriate responses become clearer. We need to continue to work closely with other regulatory authorities and to the extent possible dovetail our responses.

As many of you will be aware, we have already been taking action. For a year now the Commission has been working on a detailed road map agreed by the Council of Finance Ministers and endorsed by the European Council. We have been refining our response as the turmoil unfolds.

We have already taken measures to improve convergence and cooperation between supervisors. A new memorandum of understanding was agreed by EU supervisory authorities, finance ministers and central banks setting out common principles including the establishment of cross-border stability groups. This is now being implemented. We have been reviewing enhancements of deposit guarantee schemes. A special group which will report by the end of this year has been set up to look at the pro-cyclicality effects of current instruments including Basel 2 and IFRS. In close cooperation with the Financial Stability Forum, the IASB has set up an advisory panel on fair valuation. Work on off-balance-sheet items is also under way in the IASB. Industry has come forward with valuable data which improves transparency for regulators of the securitisation market. The Commission is pressing industry to refine this information so that transparency for regulators is improved.

In the light of these activities, and others I will refer to, it should come as no surprise to Members when I say that I can welcome many of the points set out in Mr Rasmussen's report. What is important is that we are able to identify the key measures we should take now and get them implemented.

As I said earlier, the market turmoil exposed failings in the risk management of large financial institutions. It also highlighted a number of areas of regulatory weakness. It is on these areas that regulatory attention must now be focused. Mr Rasmussen has flagged in his report many of the most pressing areas: conflicts of interest in credit-rating agencies, the need for improvement in the valuation of illiquid assets and the misalignment of incentives in the 'originate and distribute' model.

Over the past year I have kept Members informed, both in plenary and particularly the Committee on Economic and Monetary Affairs, of the work we have been doing on improving capital requirements in banks, as well as my ideas for regulating credit-rating agencies. We all agree, I believe, on the need for a strengthening of capital requirements and an obligation for transparency and due diligence in regards to structured products. We have been working on changes to the Capital Requirements Directive, which will improve the management of large exposures, improve quality of capital through harmonising treatment of hybrid capital. We have also been looking at strengthening the supervision of cross-banking groups.

In the next few weeks I will be proposing to the Commission two separate regulatory measures to deal with these and other issues: firstly, an amendment to the Capital Requirements Directive and, secondly, a regulation on credit-rating agencies. I look forward to the support of the European Parliament for these proposals which are very much in line with what you call for in this report.

Hedge funds and private equity feature in both reports. We have had some interesting exchanges over the years about the roles of hedge funds and private equity. One thing I believe we can agree on is that they were not the cause of the current turmoil. It has turned out that it was the regulated sector that had been allowed to run amok with little understood securitisation vehicles.

I do not believe it is necessary at this stage to tar hedge funds and private equity with the same brush as we use for the regulated sector. The issues relating to the current turmoil are different. Let us not forget that these funds are regulated in Member States. Hedge funds and private equity managers are authorised and supervised entities throughout Europe. They are subject to the same market-abuse disciplines as other participants in financial markets. They are bound by similar transparency and consultation obligations when investing in public companies. Exposure of the banking sector to hedge funds and private equity is subject to the Capital Requirements Directive.

But this does not mean that we are turning a blind eye to hedge funds and private equity. As these business models evolve and their role in financial markets changes, regulators around the world need to remain vigilant. The industries themselves must assume all the responsibilities that accompany a prominent role in European and global financial markets. Several recent market initiatives indicate that this message is understood. Our role should be to monitor closely these and other developments in the market and be ready to respond if and when necessary.

I welcome the constructive suggestions for supporting the functioning of the single market. I would just like to mention at this stage that there is considerable work under way in the Commission on private placement and venture capital.

I agree with Mr Lehne that a sufficient degree of transparency is an essential condition for investor confidence. It is, therefore, indispensable if we want financial markets to function effectively.

The report sets out a list of transparency rules that apply today to the different players in the financial markets in the EU. To my mind, what is important is that the market is provided with a sufficient degree of clear information that is useful. We need to find the balance between the need for confidentiality of the proprietary information of investment vehicles against the legitimate needs of investors, counterparties, regulators and investee firms.

I am, therefore, pleased that the report puts an emphasis on the need to analyse the impact of the existing EU provisions and of additional Member States' rules in this field before one embarks on introducing any new legislation.

The Commission has already been very active in this field. We have held extensive consultations in the context of our shareholders' rights initiative, where we looked at a number of issues that are touched upon in the report – stock lending, for example, and the question of the identification of shareholders.

Furthermore, we have recently published a call for tender for an outside study that will look at the implementation, in Member States, of the Transparency Directive. This study should be available next year and will form the basis for a general evaluation of the Directive, including the notification thresholds.

As Members will recall, the Commission adopted, in spring of this year, a communication setting out its policy approach to sovereign wealth funds. We had come to the conclusion that these measures were appropriate but also sufficient to address the issues that currently are being discussed. This approach was endorsed by the European Council; I see, though, that the Committee on Legal Affairs does not entirely share this assessment.

I shall make some brief remarks in this area. Firstly, we should acknowledge that hedge funds and private equity in many senses are not unique – other institutional investors have similar objectives and nowadays use similar techniques. If in that situation we imposed special obligations on hedge funds and private equity, this would result in discrimination of these categories of investors.

Secondly, we should not make the mistake to perceive all activities of hedge funds as a threat to the market but we should also be aware of the positive effects that their activities have. Let me be clear, the EU economy is going to need massive investment in the time ahead: without sovereign wealth funds, private equity and the like, Europe's recovery from today's turmoil will be all the slower.

Thirdly, I agree that certain techniques, such as stock lending and the use of derivatives, do pose challenges to established models of governance. This is an area we, in conjunction with national supervisors, will be giving close attention to in the time ahead.

In conclusion, these two reports will be significant contributions to our ongoing reflection. I commend Members for these reports. The Commission will examine your recommendations and report back to you as envisaged in the framework agreement. We remain fully committed to responding to this crisis with the measures necessary to restore confidence and stability.

equally plain and logical that regulation has to be targeted at function and not at entities. It would be wrong if one private company had to abide by different rules from others just because it was owned by private equity.

There are two sides to everything. Amid the frequent criticism again this week of short selling, let us not forget the stock lenders. Attention by investors – even supervisors – to the lending policies of pension funds and others is relevant, and not just the activities of share borrowers. We have visited this matter before in the context of voting borrowed shares. ‘Two sides’ also means that enhancing transparency will only be effective if it is accompanied by due diligence, and not undone again by excessive disclaimers. Finally, voluntary codes do have a role, and reach parts which we cannot regulate. However, they are not just a private matter for the industries concerned, and need exposure, easy access and active review and monitoring.

1-073

Harald Ettl, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. – Herr Präsident! 2007 wurde eine mögliche Fortsetzung der Hypothekarkrise noch schöngeredet. Man versuchte zu beruhigen. Im Juni 2007 hätten wir noch zusätzliche Alarmglocken läuten hören müssen, spätestens als zwei Hedge-Fonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns strauchelten, weil sie im großen Stil in mit Immobilien besicherten Wertpapieren engagiert waren. Das war nur der Beginn der ganzen Sache! Und immer mehr wurde klar, wie wenig transparent Finanzdienstleistungsgeschäfte dieser Art abgewickelt wurden. Auf der einen Seite taten sich für einige Wenige große Gewinne auf – natürlich in Hochrisikobereichen –, auf der anderen Seite haben wir es heute mit einer klassischen Sozialisierung der Verluste zu tun. Nicht nur US-Wirtschaftsjournalisten und Ökonomen beschreiben diese Situation genau so, auch wir in der EU, im Europäischen Parlament ändern *volens nolens*, spät aber doch, unsere Sichtweisen. Das wäre auch für die Kommission wünschenswert, es zeichnet sich ja einiges ab.

Beide Berichte – der Bericht Rasmussen und der Bericht Lehne – zeigen auf, wie dringend Handlungsbedarf gegeben ist. Spätestens jetzt muss allen politischen Akteuren klar sein, dass der Markt sich nicht zur Gänze selbst regulieren kann. Das sollte jetzt auch der Kommission bewusst sein. Die Hedge-Fonds und Private Equities zählen bereits zu den größten Arbeitgebern, aber nach vielen Rechtssystemen scheinen sie als solche nicht einmal mehr auf und sind natürlich damit von Arbeitgeberverpflichtungen befreit. Das ist nicht akzeptabel, das ist zu undurchsichtig! Mittlerweile sind durch die Finanzkrise auch Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

Regulierung, Kontrolle, Transparenz, Mitsprache und Information im Bereich der Pensionsfonds, die stark an Hedge-Fonds und Private Equities beteiligt sind, sind absolut notwendig.

Für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist wichtig, dass Arbeitnehmer nicht zweimal zur Kasse gebeten werden, Herr Kommissar, einmal durch die Finanzkrise *per se* und einmal durch Risikobeteiligungen von Pensionsfonds. Damit das nicht geschieht, ist zumindest in der Richtlinie 2003/41 sicherzustellen, dass Beschäftigte direkt oder indirekt über Treuhänder über Art und Risiko der Anlage ihrer Pensionen informiert werden müssen und ein Mitspracherecht bekommen. Das ist nur eine Facette von vielen, die wir in unseren Berichten und Stellungnahmen aufgezeigt haben.

Herr Kommissar, Sie sind jetzt gefordert, etwas zu tun! Ich weiß, man kann über vieles reden, aber Sie sind vorlagepflichtig! Und die Wahlperiode ist noch nicht zu Ende! Darauf möchte ich Sie aufmerksam machen.

1-074

Kurt Joachim Lauk, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Bericht war ursprünglich auf Hedge-Fonds und Private Equity angelegt, er behandelt jetzt aber das gesamte Finanzsystem, das völlig durcheinandergeraten ist.

Die gegenwärtige Krise ist die hässliche Nachwirkung einer Kreditmanie, nämlich der exzessiven Expansion von Schulden. Die Federal Reserve hat die Zinsen zu lange zu niedrig gehalten und damit im Grunde eine Subvention für Kredite geliefert.

Wir haben den Bericht inhaltlich auf die aktuelle Situation ausgelegt, und in gemeinsamen Anstrengungen mit Kollegen von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa haben wir mit Herrn Rasmussen eine Einigung erzielt, die das ganze Finanzsystem umfasst. Wir sind dankbar, dass das im Wirtschaftsausschuss nahezu einstimmig durchgegangen ist.

Wir können uns nicht länger auf die US-amerikanischen Standards und die Setzung von Standards im internationalen Finanzsystem verlassen. Wir müssen neue, eigene europäische Optionen schaffen, und wir haben vorgeschlagen, eine ganze Reihe von Punkten darin aufzunehmen und der Überlegung auszusetzen.

Zunächst einmal müssen wir alle Finanzinstitutionen in der jeweiligen Risikoerfassung berücksichtigen, die mit Leverage arbeiten. Wir sagen dann, dass im globalen Finanzsystem für alle Akteure risikoadaptierte Eigenkapitalanforderungen zu gelten haben. Wir sollten auch Anforderungen für die Initiatoren von Paketen und von syndizierenden Paketen festlegen,

wonach sie ein Stück weit von diesen Paketen behalten. Die Rating-Agenturen – Kollege Rasmussen und Kollege Lehne haben bereits darauf hingewiesen – müssen Informationslücken schließen und Interessenkonflikte offenlegen.

Wir sollten überlegen, ob wir nicht auch die Rating-Agenturen analog zu den Wirtschaftsprüfern für ihr Rating in die Haftung nehmen. Wir müssen dann weiter überlegen, ob die Derivate nicht verpflichtend an der Börse zu handeln sind – möglicherweise mit Ausnahme der Zinsswaps. Und wir fordern, dass die Aufsichtsratsgremien der Banken dafür sorgen, dass die Boni der Banker nicht nur für die guten Taten berücksichtigt werden, sondern auch für die schließlich und endlich entstehenden möglichen Verluste, das heißt also, dass die Anreize für die Banker im Guten und im Schlechten gelten, nicht nur im Guten.

Gier war und ist ein schlechter Ratgeber für Finanzstrategien. Wir haben in der EZB in den letzten Jahren einen verlässlichen Partner gehabt, der insgesamt grosso modo etwas vernünftiger und balancierter reagiert hat als die Federal Reserve – das können wir rückblickend sagen. Wir brauchen im Euroraum auch dringend eine europäische Bankenaufsicht für den Euroraum, denn wir können nicht weiter mit nur nationalen Aufsichten leben. Das heißt: Insgesamt gehen wir davon aus, dass Institutionen in Europa geschaffen werden oder auch freiwillige Assoziationen, um diese Themen, die wir ansprechen, besser in den Griff zu bekommen, um die nächste Krise mit diesem Ausmaß zu verhindern.

1-075

Ieke van den Burg, on behalf of the PSE Group. – Mr President, I would say to Mr Lauk that he may support the report that Mr Dăianu and I drafted on European supervision, but there was a lack of support for it from the EPP.

Allow me also to say something in response to the Commissioner, which is that I find it unbelievable that he has not reacted to the core issues of the report. He merely told us that the Commission is closely monitoring and closely following developments, and then said that hedge funds and private equity also have much positive influence, and that we should reflect on that.

It is like hearing that a hurricane or tsunami is coming and being told that we should reflect on the positive aspects of water and wind! It is ridiculous.

1-076

Ik zal in het Nederlands verdergaan want ik wil me op twee punten concentreren, die met name met het verslag van de heer Lehne te maken hebben. Een van die punten is het stock lending en short selling - hij heeft het zelf ook al aangesneden. Dit is natuurlijk typisch een voorbeeld van de afgelopen tijd waarin je ziet dat de Commissie achter de feiten aanloopt. Wij hadden veel eerder al aan de orde gesteld dat er op het punt van stock lending, het lenen en uitlenen van aandelen, iets zou moeten gebeuren omdat dat misbruikt werd in campagnes van hedge funds tegen bedrijven. Nu eindelijk hebben de financiële markttoezichthouders, een aantal afzonderlijke toezichthouders in de afzonderlijke landen, dat gedaan. Het gaat hier niet om een gecoördineerde Europese actie. Dergelijke initiatieven moeten dan gewoon weer uit de nationale kanalen komen. Wij hadden dit kunnen vóór zijn en hadden wellicht ook een aantal *defaults*, een aantal banken of verzekeringsmaatschappijen die omgevallen zijn, kunnen voorkomen als wij hiervoor adequate maatregelen gehad hadden.

Het illustreert ook nog eens dat dit soort zaken over de sectoren heen gaan en dat sectortoezicht alleen voor de banken, alleen voor de verzekeringsmaatschappen, alleen voor de effectenhandel, niet volstaat. Dergelijk toezicht moet je echt bundelen en ervoor zorgen dat op die effecten over en weer geanticipeerd wordt en dat voorkomen wordt dat dit soort zaken plaatsvinden.

Het andere punt zijn de beloningssystemen. In het verslag hebben wij aangegeven dat het van groot belang is dat die aan banden gelegd worden en dat in de aandeelhoudersvergaderingen moeten kunnen gestemd worden over het beloningsbeleid. Ik heb met vreugde gezien dat mijn democratische collega's in het Congres bij de discussie deze week over het noodfonds dat er in VS komt, willen dat een van de voorwaarden voor het lenen uit dat fonds is dat de exorbitante salarissen en bonussen van managers aan banden gelegd moeten worden.

Het zou toch te gek zijn dat Goldman Sachs en Morgan Stanley, die zich nu onder dat toezicht stellen en ook gebruik willen maken van die publieke middelen, doorgaan met die miljoenenbonussen. Het is gepast is dat wij in Europa ook verder gaan dan de aanbeveling van een paar jaar geleden. Ik wil de commissaris vragen wat hij op dit punt gaat ondernemen, want het is echt tijd voor actie.

1-077

Sharon Bowles, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, sorry, this is part two. As Mr Rasmussen said, these reports are balanced, though some may be more inclined to quote from the press from one side of the scales than the other. We have had rumblings about hedge funds and private equity for years but, caught up in the present financial turmoil, it is no longer a rarity to be concerned about debt and leverage. However, this does present us with an opportunity to clear the air and establish a comprehensive review that addresses the exposure issues underlying the present turmoil as well as other risk and debt issues, including those within hedge funds and private equity.

The reports do accept that this must be done on a non-discriminatory and principled basis, paying due regard to proportionality. It also needs to be done in the context of international developments and, above all, it must be smart. Now, whilst debt and its proper management is one issue that appears everywhere at the moment, another is that of compensation packages and conflict of interest. Clearly, for market stability, steps have to be taken to ensure that rewards match longer-term horizons. I agree that that principle should extend to all areas. This is not to endorse the notion that all private equity and venture capital has asset stripping as its motivation: that is certainly not the best way to turn around a failing company into a profitable, saleable one. Indeed, national laws to prevent asset stripping already exist, but they have rarely been used. So I am not convinced that a European measure would in fact be any progress.

Coming again to the matter of regulation versus voluntary codes, many of the voluntary codes are only just getting under way, and for the main part these should be given time to operate. They are also easier to update, but as I said earlier, they are not a private matter, and public confidence does come into the equation. So I am pleased that my suggestion of a one-stop website as a register of voluntary codes with relevant links to compliance postings has been accepted by colleagues as a potentially useful tool, and I hope the Commissioner will follow that up.

When it comes to transparency, it is also important to recognise that the public investors and supervisors need different levels of information, and that information has to be fit for purpose. Even within the context of professional investors, burying information in what I would call 'legal spam' is unacceptable. Supervisors should have all the information that they need, but care has to be taken in those areas where the information should not get into the public domain.

Finally, we have gone into those sensitive areas of securitisation and credit rating agencies. On securitisation, I know the Commissioner likes the retention idea, but that is clearly just one available tool, and I would urge that he be prepared to swap tools and that he should not close the tool box too soon. On rating agencies, there is a need to get a better handle on many matters, but I do warn against fragmentation from a system of internationally accepted ratings. Again, both these areas are an example of where, as I said, we must be smart: we must be smart ahead of trying to be vindictive.

1-078

Eoin Ryan, on behalf of the UEN Group. – Mr President, certainly this report has come at a very interesting time, as we are experiencing a time of unprecedented economic upheavals, and recent events have made us sadly aware of some of the shortcomings, weaknesses and abuses in many sectors of the financial market.

There is no sector or grouping that has emerged unscathed or unblemished. There can be no case of 'let's go back to the same old rules'. Indeed, in the United States we are witnessing radical alterations in the landscape of high finance. Changes must also be made here in Europe, but also globally.

In such a tense financial climate, it can be tempting to make scapegoats of certain financial actors or bodies. The lack of understanding that can surround hedge funds and their operation often makes them good targets for this kind of scapegoating.

However, we must remember that neither hedge funds nor private equity led to the current financial crisis and, instead, at times provided much needed injections of liquidity into the market.

We should also remember that the crisis which started in America resulted from bad banking practices, and the European banking sector, while badly affected, seems to be in a better position to deal with this problem than those banks in the United States.

Nonetheless, we must not deny that there are problems and faults in the structure and operation of many investment vehicles, alternative investments included. It is not good enough to tinker with a small rule here or there. Real reform is needed, and it is needed on a global level.

I believe that the report that has emerged from the Committee on Economic and Monetary Affairs, under the stewardship of Mr Rasmussen, reflects these concerns. For longer-term financial health and competitiveness, we must not and cannot regulate away constructive risk. Despite its name, this text does not seek to vilify hedge funds and private equity but instead notes the need for general market reform, greater transparency and calls for principle-based regulation.

I welcome the comments made by the Commissioner here this evening, and I have absolutely no doubt that he will respond to the situation that we now find ourselves in.

The financial system is international by nature, and we need international supervision of these markets in a global context. To secure global economic stability we must work together to find the best way forward, to put credibility and confidence back into the financial institutions and market for citizens globally, but also for the citizens of Europe, for their pension funds and also for their savings.

1-079

Pierre Jonckheer, *au nom du groupe Verts/ALE* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Messieurs les rapporteurs, je pense que le rapport, tel qu'il a été voté par la commission économique et monétaire, est un bon rapport et qu'il faut savoir gré à M. Rasmussen, notamment, d'avoir, depuis de longs mois, insisté sur la nécessité d'une intervention communautaire plus importante dans les domaines dont nous débattons ce soir.

Néanmoins, mon groupe a redéposé un certain nombre d'amendements qui – fait un peu particulier – ne sont pas écrits par mon groupe mais sont écrits par M. Rasmussen lui-même. En d'autres termes, un certain nombre de points importants, qui visent notamment la création d'une autorité de surveillance au niveau de l'Union européenne, qui visent un enregistrement européen et un agrément des sociétés de gestion et de gérants de fonds – amendements 6 et 7 –, qui visent aussi la fixation d'une limitation d'endettement pour les fonds de capital-investissement – amendement 9 –, étaient des propositions avancées par M. Rasmussen, qui ont malheureusement été retirées du fait de la nécessité, juge-t-il – et on peut le comprendre à certains égards – d'obtenir une majorité au sein de ce Parlement, c'est-à-dire une majorité avec le PPE et les libéraux.

Je crois que la raison de ce retrait d'amendements, de points qui figuraient dans ces documents de travail et qui nous paraissent intéressants et qui nous semblent mériter d'être défendus réside dans le fait que, dans cette maison comme au sein du Conseil et certainement au sein de la Commission, deux écoles coexistent: la première qui considère que les réglementations actuelles suffisent, au niveau national comme au niveau européen, et que, pour le reste, l'autorégulation du secteur devrait parer aux éventuels problèmes, et la seconde qui, comme M. Rasmussen, mais aussi d'autres, insiste depuis de longues années sur le fait que le système dont on dispose pour surveiller l'ensemble du dispositif des marchés financiers est insuffisant.

Je ne pense pas, M. McCreevy, qu'on n'ait rien fait jusqu'ici parce qu'on ne pouvait pas prévoir ou parce qu'on ne savait pas. Je pense qu'il y avait pas mal de voix autorisées, notamment au sein du forum pour la stabilité financière qui, depuis plusieurs années, attiraient l'attention des autorités publiques sur le type de risques auxquels nous étions confrontés.

Vous avez défendu notamment, et la Commission Barroso dans son ensemble, plutôt une orientation de laisser-faire, considérant que le dispositif actuellement en place était suffisant. La demande qui vous est faite par le Parlement est clairement de changer votre fusil d'épaule. Je ne sais pas si vous serez à même de le faire, mais je crois que cela s'impose.

Je voudrais insister, pour ma part, sur trois points qui ont déjà été cités aussi, mais qui préoccupent particulièrement les écologistes. En ce qui concerne le paquet climat/énergie qui doit être adopté, nous savons que sa contrepartie est un niveau d'investissement à long terme, à taux de rentabilité, taux de profit du capital, relativement modéré pour répondre aux besoins d'investissements.

Les instruments type *equity funds* ou *hedge funds* ne sont pas des instruments adéquats et nous attendons des autorités bancaires et monétaires européennes des propositions qui visent à faire renaître d'anciennes propositions, je pense à celles de Jacques Delors au début des années 90, au rôle renouvelé de la Banque européenne d'investissement, pour assurer des investissements à long terme à taux de profit modéré.

Il est difficile de stabiliser le système financier – le rapport Rasmussen y fait allusion – si on ne s'attaque pas de façon ferme aux places *offshore* et aux paradis fiscaux – là-dessus aussi, la Commission Barroso est très en retrait dans cette proposition. Enfin, en termes de *corporate governance* – d'autres collègues y ont fait allusion – il faudrait s'intéresser d'un peu plus près à la manière dont les politiques de rémunération des gestionnaires de ces fonds sont conduites. Elles ne sont pas acceptables et elles constituent une menace pour l'économie dans son ensemble.

1-080

Κωνσταντίνος Δρούτσας, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κατά τη γνώμη μας αποτελεί ψευτοδύλημμα η αντιμετώπιση της κρίσης στο χρηματοπιστωτικό σύστημα με την πιστή τήρηση της υπάρχουσας κοινοτικής νομοθεσίας ή με οποιεσδήποτε νέες αυστηρότερες ρυθμίσεις. Καμία από τις δύο επιλογές δεν μπορεί να ματαιώσει την κυκλική πορεία της καπιταλιστικής οικονομίας προς την κρίση που εδράζεται στην υπερσυσσώρευση κεφαλαίου στην παραγωγή.

Αντανάκλαση αυτής της πορείας είναι και η κρίση στο χρηματοπιστωτικό σύστημα. Η αστική διαχείριση επιχείρησε να αντιμετωπίσει το πρόβλημα της υπερσυσσώρευσης ενθαρρύνοντας τον υπερδανεισμό και την τόνωση της λαϊκής κατανάλωσης στα αμοιβαία κεφάλαια υψηλού κινδύνου και τα κεφάλαια ιδιωτικών συμμετοχών, ως μορφές χρηματοδότησης των επιχειρήσεων. Οι συγκεκριμένες διαχειριστικές επιλογές όχι μόνο δεν μπόρεσαν να αποτρέψουν την πορεία προς την επιβράδυνση και την ύφεση αλλά, αντίθετα, αποτέλεσαν βόμβα έτοιμη να εκραγεί με ανυπολόγιστες συνέπειες στο λαϊκό εισόδημα.

Ταυτόχρονα, η πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης επιτάχυνε την πλήρη απελευθέρωση κεφαλαίων στο χρηματοπιστωτικό σύστημα σύμφωνα με τις αρχές της καπιταλιστικής αγοράς. Τα αμοιβαία κεφάλαια υψηλού κινδύνου και τα κεφάλαια ιδιωτικών συμμετοχών αποτελούν τέκνα αυτής της πορείας απελευθέρωσης.

Κάθε προτεινόμενη προσπάθεια μεγαλύτερης διαφάνειας και αυστηρότερης νομοθετικής ρύθμισης σε σχέση με την κίνηση του κεφαλαίου στον χρηματοπιστωτικό τομέα, δηλαδή στη σφαίρα της κυκλοφορίας, δεν μπορεί να αντιμετωπίσει το σύνολο των αντιφάσεων και αντιθέσεων που γεννούν οι καπιταλιστικές σχέσεις παραγωγής.

Αντίστοιχα, η επιβολή αυστηρότερων όρων δανεισμού θα οδηγήσει σε συρρίκνωση της λαϊκής κατανάλωσης και στην ταχύτερη εκδήλωση της κρίσης. Κανείς δεν μπορεί να δώσει έναν σαφή ορισμό, ούτε κοινά χαρακτηριστικά, εκτός από το γρήγορο κέρδος σε αυτά τα σχήματα που διαθέτουν όλο και μεγαλύτερο έλεγχο στην παγκόσμια οικονομία, σχήματα που δημιουργεί η πλουτοκρατία και είναι αποκλειστικά εκμεταλλεύσιμα από αυτήν με τη βοήθεια εξειδικευμένων στις αγορές οργανισμών.

Θύματα αυτής της πολιτικής είναι οι εργαζόμενοι που βλέπουν τον πλούτο που παράγουν να συσσωρεύεται στα χέρια μιας χούφτας πλουτοκρατών, που βλέπουν τις αποταμιεύσεις τους να κινδυνεύουν να εξανεμίζονται και να κινδυνεύουν και οι συντάξεις τους.

Είναι χαρακτηριστικό ότι τα αμοιβαία κεφάλαια κινδύνουν και τα κεφάλαια ιδιωτικών συμμετοχών απαλλάσσονται ακόμη και από όποιες υποχρεώσεις έχουν οι εργοδότες απέναντι στους εργαζόμενους. Το ίδιο συμβαίνει και με τα συνταξιοδοτικά συστήματα -δημόσια και ιδιωτικά- που μετατρέπουν τα δικαιώματα συνταξιοδότησης των εργαζομένων σε βορά του κεφαλαίου, συμμετέχοντας όλο και ευρύτερα σε αυτά τα ονομαζόμενα επενδυτικά σχήματα, πολλαπλασιάζοντας τους κινδύνους και εξανεμίζοντας τα δικαιώματα των εργαζομένων.

Τα παραδείγματα είναι πολλά και πρόσφατα στις Ηνωμένες Πολιτείες και στην Αγγλία, όπου ασφαλή χρηματοπιστωτικά ιδρύματα κατέρρευσαν σε μια μέρα σαν χάρτινοι πύργοι και εκατοντάδες χιλιάδες εργαζόμενοι έχασαν τις οικονομίες τους και τις συντάξεις τους.

Η οικονομική κρίση που μαστίζει σήμερα τις αγορές δεν ήρθε ως κεραυνός εν αιθρία. Ήταν ευρέως αναμενόμενη, τόσο χρονικά όσο και ως προς το μέγεθός της. Ίσως ήταν προγραμματισμένα και τα μέτρα που σήμερα λαμβάνονται. Οι εργαζόμενοι, που στο καπιταλιστικό σύστημα εκμετάλλευσης χρηματοδοτούσαν με την εργασία τους και τις αποταμιεύσεις τους τα υπερκέρδη της πλουτοκρατίας, καλούνται σήμερα να χρηματοδοτήσουν στο όνομα της σταθερότητας -ως φορολογούμενοι- και τις ζημιές τους.

Οι εργαζόμενοι και τα λαϊκά στρώματα δεν πείθονται από τα εξαγγελλλόμενα μέτρα διαφάνειας, αμφιβόλου άλλωστε δυνατότητας εφαρμογής και αποτελεσματικότητας. Δεν πείθονται από τα μέτρα που τους καλούν να πληρώσουν άλλη μία φορά για τη διάσωση των κερδών του κεφαλαίου και τη διατήρηση του συστήματος εκμετάλλευσης. Εκφράζουν την ανυπακοή τους και την απειθαρχία τους σ' αυτό το σύστημα και στις κεντροδεξιές και κεντροαριστερές συμμαχίες που το στηρίζουν και το συντηρούν. Αγωνίζονται ενάντια στην αδικία, την ανισότητα, την εκμετάλλευση των λαών, αγωνίζονται για ριζικές αλλαγές σε ένα σύστημα λαϊκής εξουσίας που θα εξυπηρετεί τα συμφέροντα των εργαζομένων.

1-081

John Whittaker, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, doesn't this all go to show that this vast exercise of EU financial regulation has singularly missed the mark? In its obsession about money laundering and pursuit of the elusive single market in financial services, the EU has been pursuing the wrong objectives. Let us accept that, despite earlier assurances from Mr Trichet and Mr Almunia and others, there will be further financial failures in the European Union, and real economies in the EU will be affected by the credit crisis.

So there is not much point now in discussing capital requirements and what we will do in the future to stop this sort of thing happening again; we have a problem, and the problem is now. We can blame the Americans, we can blame hedge funds, we can blame investment bankers, we can blame who we like, but what Mr McCreevy's Commission might rather spend its time now doing is discussing with the finance ministers of the different countries how the burden will be shared across countries when we find that we have to bail out financial institutions to the tune of hundreds of millions, as is now happening in the USA.

How are we going to come to the aid of Italy, Spain, Greece and Ireland – Mr McCreevy's own country – when bad situations there are made worse by the crisis, and, stuck in the euro, there is nothing that those countries themselves can do to help themselves?

1-082

Jean-Paul Gauzès (PPE-DE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, si les banques européennes résistent assez bien à la crise actuelle, c'est certainement parce que – même si elle est encore à parfaire – la supervision en Europe est sérieuse. Le travail en cours sur CRD et sur Solvency II fournit l'occasion de prendre des dispositions utiles d'amélioration de la sécurité financière. Cela étant, le métier de banquier est un métier à risque, mais ce risque doit être maîtrisé. Pour un banquier, l'important est de toujours connaître la contrepartie de chaque risque. Cette règle simple a été perdue de vue par certains intervenants non régulés. Pour eux, l'autorégulation n'est plus suffisante. Les marchés de produits dérivés sont devenus de plus en plus opaques, les intervenants opérationnels sur les marchés ont agi

dans des conditions de risque qui n'étaient plus maîtrisées par les directions générales des établissements qui sont aujourd'hui les plus exposés.

Pour sortir de la crise, il faut construire un système de contrôle qui inspire et rétablisse la confiance. Aujourd'hui, des pans entiers de la finance échappent aux autorités de contrôle. Qui contrôlait les courtiers qui ont prêté à livre ouvert à des ménages insolubles? Qui contrôlait les banques d'investissement qui ont relayé la crise en transformant les mauvais crédits en actifs financiers pour les vendre à toute la planète? Ce vide réglementaire touche également les réhausseurs de crédits, les agences de notation et les *hedge funds*. L'Europe ne peut pas subir périodiquement les conséquences du système lacunaire financier américain.

Pour ce qui est des *hedge funds*, les gendarmes des marchés britannique et américain viennent d'interdire temporairement la spéculation à la baisse sur les valeurs financières, c'est une bonne chose! La déconfiture de certains de ces acteurs trop opaques accélérerait la crise du système financier dérégulé. Tous les fonds ne sont pas nuisibles, certains sont nécessaires, mais il faut éviter que ne perdurent des trous noirs financiers. Réfléchir est utile et indispensable mais aujourd'hui, il est plus que temps d'agir! C'est le sens des deux rapports dont nous débattons.

1-083

PRÉSIDENCE DE MME MARTINE ROURE

Vice-présidente

1-084

Manuel Medina Ortega (PSE). – Señora Presidenta, a pesar de que el orador que me precede es de un grupo político distinto, estoy totalmente de acuerdo con él: no es posible dejar los mercados financieros en manos de los gestores financieros. Esto es como dejar el queso al cuidado de los ratones. La autorregulación, los códigos de conducta voluntarios, no sirven para nada. Y lo que en estos momentos, como ha dicho antes el Comisario Matridis, está salvando a los mercados financieros europeos es la existencia de reglamentaciones; de reglamentaciones nacionales, porque cada uno de nuestros países tienen reglamentaciones que funcionan y que están permitiendo que la catástrofe financiera de los mercados norteamericanos no se extienda en Europa.

¿Cuál es la lección que podemos sacar de aquí? Que Europa no puede imitar a los Estados Unidos en la desreglamentación financiera. Si queremos defender nuestra economía y nuestro sistema económico y social tenemos que dar una reglamentación de ámbito europeo, pero no sustituir la reglamentación nacional por una desreglamentación supranacional como la existente en los Estados Unidos, que permite a los gestores de las empresas enriquecerse a costa de los pobres inversionistas, de los pensionistas y de las personas que dependen de ese capital.

Por tanto, creo que la lección que tenemos que aprender no es la lección de la desreglamentación, sino la contraria: la necesidad de adoptar una reglamentación de carácter europeo sobre todos estos aspectos. Éste es el sentido, en mi opinión, tanto del informe Rasmussen como del informe Lehne: la necesidad de que pueda establecerse una reglamentación financiera de carácter europeo.

Se habla mucho del pasaporte europeo, de darles un pasaporte a las empresas para que se muevan con entera libertad a través del ámbito europeo, pero ¿cómo podemos dar ese pasaporte si no tenemos la constancia de que esas empresas están sometidas en origen a una reglamentación precisa? Sería invitar de nuevo a una catástrofe financiera de ámbito supranacional.

En la reglamentación del informe Lehne se contienen algunas indicaciones o recomendaciones, por ejemplo, sobre la actuación de los gestores de los fondos. Conviene que sepamos cómo están gestionando esos fondos; sobre todo, qué beneficios obtienen, por ejemplo, con las operaciones de compra y venta de acciones. Creo que esto es fundamental. La transparencia tiene que ser combinada con una reglamentación muy estricta, con unas posibilidades de intervención en el momento adecuado, sin esperar, como ha ocurrido en estos momentos en Estados Unidos, a que el mercado se venga abajo para que luego, con el dinero de los contribuyentes, se pueda solucionar todo lo malo que han hecho las personas que han abusado de esta posición.

Por tanto, señor Comisario, yo le insto a usted a que, desde su posición, trate de establecer un auténtico sistema comunitario de reglamentación de estos sectores, para no seguir por la vía de la autorreglamentación o de la desreglamentación.

1-085

Olle Schmidt (ALDE). – Fru talman! Herr kommissionsledamot! Ett stort tack till herrarna Nyrup Rasmussen och Lehne för viktiga betänkanden. Så som många har påpekat så hade de ju inte kunnat presenteras vid en lämpligare tidpunkt.

Effekten av den amerikanska bolånemarknaden har det senaste året inneburit stora konsekvenser för hela den globala marknaden. Dåliga lån har paketerats i omgångar och skickats vidare. Kortsiktighet och svårigheten och komplexiteten i många av de nya marknadsinstrumenten har lett till en mer svåröverskådlig och snabbväxande marknad. Orimliga

ersättningar till företagsledare har därtill allvarligt rubbat förtroendet – jag tror vi kan vara överens om detta. Världens finansinspektioner har heller inte kunnat förstärka sitt samarbete och sin kompetens i tillräckligt hög grad. Nya instrument har tillkommit, öppenhet och transparens har saknats. Utgångspunkten nu borde vara att alla aktörer på finansmarknaden ska behandlas lika, dvs. att införa strängare kapitalkrav och regleringar, också för hedgefonder och private equity.

Inom tillsynsfrågan har diskussionen rört behovet av nya myndigheter, där många – senast idag såg jag Gordon Brown – har drivit på för en gemensam europeisk, ja, till och med en global finanstillsyn. Jag tycker att det finns anledning till eftertanke med tanke på hur olika marknaderna fortfarande är. Det visar ju den amerikanska utvecklingen. Däremot hänger marknaderna globalt ihop. Vårt utskott sa ju också att de existerande kommittéerna inom Europa för samarbete om finans-, bank- och försäkringsfrågor väsentligt ska förstärkas. Här kan mycket göras - också globalt. Att uppnå transparens och tydligare tillsyn är nödvändigt för att återskapa förtroendet för finansmarknaden. Jag tror att det också här råder fullständig samsyn.

Marknadsekonomi måste ha tydliga regler och spelregler. Som liberal har jag inte alls svårt att argumentera för tydligare regler och effektivare lagstiftning. Däremot ska vi akta oss för att införa lagar och regler som inte löser dagens problem och som inte tar hänsyn till vikten av en global finansmarknad. Att det finns global tillgång till kapital ger ökad växtkraft och skapar nya jobb, låt oss inte glömma det. Europa behöver en öppen och effektiv finansmarknad som också ger möjlighet till självreglering och självsanering.

Utmaningen är alltså att inte låsa våra system genom en överreglering så att vi varken kan hantera tillväxt eller nya kriser. I veckan drabbades finansvärlden av panik. Låt inte denna panik diktera lagstiftningen, i varje fall inte i detta hus.

1-086

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhores Deputados, Senhor Comissário, este debate decorre num momento de crise generalizada nos mercados financeiros, o que é resultado da financeirização crescente da economia, da especulação desenfreada, da multiplicação de instrumentos e produtos financeiros, sempre na busca de cada vez maiores ganhos especulativos. É mais uma das facetas da crise do capitalismo. Era claro há muito que mais uma bolha financeira estava aí e que um dia iria rebentar. Não apenas nos Estados Unidos, mas também na União Europeia. Este é igualmente o resultado das medidas de política neoliberal que apoiaram o desejo dos investidores de obter lucros cada vez mais elevados, que incentivaram a falta de transparência, que criaram e permitiram a manutenção de paraísos fiscais onde se alojam e branqueiam também os capitais da economia subterrânea, dos negócios da guerra, do tráfico de seres humanos, da droga.

Agora, os dinheiros públicos que faltaram para a política social, para combater a pobreza e a exclusão social, para evitar a morte de milhões de pessoas, incluindo crianças vítimas da fome e da falta de cuidados básicos de saúde, agora, repito, os dinheiros públicos estão a ser usados para evitar falências e prejuízos maiores dos grupos financeiros. Os lucros e os ganhos foram privados e apenas de um pequeno grupo de investidores e administradores de ordenados chorudos, mas quem vai sofrer as consequências são sempre os mesmos. Os trabalhadores que vão para o desemprego, as populações que têm que pagar juros mais elevados, incluindo aqui na União Europeia, sobretudo nos países que têm economias mais débeis. Veja-se o caso de Portugal onde predominam baixos salários e pensões e reformas de miséria, onde a pobreza e o desemprego são dos mais elevados da União Europeia. Como as famílias têm uma das mais elevadas taxas de endividamento, a rondar os 120% do Produto Interno Bruto e as micro e pequenas e médias empresas dependem bastante do crédito, o que estão agora a ter é cada vez mais dificuldades com o aumento das taxas de juro que esta situação está a provocar, assumindo uma gravidade particularmente forte em Portugal como noutros países de economia mais débil.

Assim, algumas medidas se impõem no imediato, a começar pelo fim dos paraísos fiscais e da confidencialidade, sem o que não pode haver transparência. Mas do que aqui foi referido, designadamente pelo Senhor Comissário McCreevy, não se pode concluir que esse seja o caminho, o que é inadmissível. Nesta situação crítica impõe-se também que se ponha fim à falsa autonomia do Banco Central Europeu para garantir uma alteração dos objectivos da política monetária e financeira e que se tomem medidas de fundo que combatam a especulação bolsista. É essencial que a prioridade das políticas públicas seja o apoio à criação de emprego com direitos, à produção, à resolução da pobreza, melhorando o poder de compra dos trabalhadores e dos pensionistas e apoiando serviços públicos de qualidade.

1-087

Nils Lundgren (IND/DEM). – Fru talman! Den finansiella krisen kostar just nu ett skrämmande ljus över hedgefonder och private equity. Liksom över andra finansiella innovationer såsom *structure investment vehicles*, *conduit* och *money market funds*. De har alla uppfunnits just för att undgå de krav på kapitalteckning och transparens som vi ställer på banker. Man kan tjäna mycket pengar på att låna upp korta likvida medel, placera långt i illikvida tillgångar och sätta in minimalt med eget kapital, men det är en farlig verksamhet. Både likviditet och solvens kan som synes snabbt försvinna. Därför dessa stränga internationella regler för banker. Nu kollapsar det internationella systemet utanför banksektorn. Hedgefonder och private equity står på tur. De har mycket litet eget kapital, de är *highly leveraged*. Private equity innehåller enorma mängder med *leveraged buyouts*, *LBO:s*, som har genomförts nästan utan eget kapital. Ska vi då verkligen komma med dessa bleka reformförslag på området i detta historiska läge? Det tycker inte jag.

1-088

Karsten Friedrich Hoppenstedt (PPE-DE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja von den Experten, die den Bericht erstellt haben, schon alles gehört – Herr Rasmussen, Herr Lehne, Herr Lauk, herzlichen Dank. Es war eine exzellente Arbeit und hat auch in unserem Ausschuss für Wirtschaft und Währung große Zustimmung gefunden.

In den vergangenen drei Jahren haben wir immer wieder gefordert, Herr Kommissar, dass wir Regeln aufstellen, dass wir Fragen stellen wie: Wie können wir mehr Transparenz bei Hedge-Fonds bekommen, wer ratet die Rating-Agenturen und Ähnliches mehr. Sie sind ja nun aus Irland und damit Rennexperte. Wenn die Hindernisse hoch sind, dann kann es vorkommen, dass die Pferde scheuen. Bloß, das Scheuen vor einem Hindernis ist jetzt vorbei! Wir müssen jetzt – und das haben Sie ja versprochen – Regeln vorlegen und Vorschläge machen. Wir müssen zeigen, dass wir aus all diesen Krisen gelernt haben und neue Wege gehen. Das haben Sie vorgeschlagen. Ich hoffe, dass wir im Oktober dann von Ihnen die Vorlagen bekommen.

Ich war vor wenigen Tagen in der Nähe von Rom bei einem großen Kongress. Da wurde natürlich das Bankenthema an erster Stelle diskutiert. Da stand am Donnerstag in der Zeitung: Morgan Stanley gibt Hoffnung. Und am Freitag stand dann in der Zeitung: Morgan Stanley sucht Schutz. Wie kann das sein, innerhalb eines Tages? Hier sind Transparenzfehler und Ähnliches mehr. Wenn nach Bear Stearns, Lehman Brothers und Merrill Lynch jetzt auch diese Investmentbank im Chaos der Finanzmärkte versinkt, dann ist dringend für Abhilfe zu sorgen.

Vor kurzem war ich in China. Die Chinesen haben gesagt: Unser Vorbild USA hat versagt, wir gemeinsam – Europa, China und andere – müssen neue Wege gehen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam die Kraft haben, diese neuen Wege zu gehen, und dass nicht nur diejenigen, die gewonnen haben, die Lachenden sind, sondern dass auch die, die verloren haben, wieder mit ins Boot genommen werden.

1-089

Pervenche Berès (PSE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, puisque vous aimez tellement les paris hippiques, permettez-moi de vous dire qu'aujourd'hui, votre cote n'est pas très bonne. En revanche, celle de Poul Nyrup Rasmussen me semble excellente et je vous inviterais à changer de cheval. Car ce que vient de nous dire et de nous proposer Paul Nyrup Rasmussen, c'est exactement ce dont l'Union européenne a besoin. Mais pas uniquement l'Union européenne, le monde aussi. Et cette relation transatlantique que vous chérissez se nourrirait d'une initiative européenne sur la base des propositions de Poul Nyrup Rasmussen.

Monsieur le Commissaire, vous vous trompez de débat. Vous nous rappelez l'origine de la crise, l'année dernière. Mais les réflexions que nous menons ici sont des réflexions que nous avons engagées bien avant la crise d'août dernier car nous savons que le ver était dans le fruit dans un monde mature. Nous ne sommes pas des archaïques qui veulent condamner ou interdire les fonds alternatifs ou les fonds d'investissement. Nous savons simplement que, lorsque des véhicules, lorsque des instruments exercent des fonctions aussi stratégiques sur la scène internationale des marchés financiers, lorsqu'ils ont acquis une telle place, ils doivent se soumettre à la règle commune qui est celle de la régulation. Et d'ailleurs, ils nous le disent. Ils nous disent : "Nous sommes d'accord pour de la régulation. Simplement, nous ne voulons pas être stigmatisés et nous ne voulons pas une régulation spécifique".

Mais nous sommes d'accord! Nous voulons qu'ils soient enregistrés, nous voulons qu'ils soient supervisés, nous voulons qu'ils aient des règles de rémunération normales, nous voulons que les règles de transparence s'appliquent à eux, tout comme les règles en matière de capitaux et de fonds propres. Voilà la réalité. Ces structures ont pris une telle importance sur les marchés financiers qu'elles ne peuvent aujourd'hui échapper à la règle commune. Et c'est ça que vous refusez, Monsieur le Commissaire, ancien Ministre irlandais des finances. Voilà la réalité! Vous nous dites: "Les *hedge funds* ou les *private equities* ne sont pas en cause, ce sont les marchés régulés". Nous n'allons pas faire un cours d'économie ici, mais nous savons bien que, si les banques ont pu prendre de tels risques, c'est bien parce qu'existaient à leurs côtés des *hedge funds* et des *private equities* qui servaient à transformer des produits, lesquels venaient ensuite polluer le bilan des banques.

En ce qui concerne le rapport de M. Poul Nyrup Rasmussen, moi je vous invite à nous répondre concrètement point par point car il contient des propositions législatives qui pourraient rehausser le bilan de votre mandat au terme de cette Commission. Je vous ai entendu. Vous nous avez dit: "Sur la transparence, il y a une clause de révision et nous serons au rendez-vous". Eh bien nous vous attendons car nous sommes d'accord. L'essentiel pour la confiance des ménages et des acteurs sur les marchés financiers, c'est la transparence. Aujourd'hui manifestement, dans le domaine des fonds alternatifs et des fonds d'investissement, cette transparence n'existe pas. Or, nous en avons besoin.

Il y a beaucoup de propositions du rapport de Poul Nyrup Rasmussen que je soutiens bien évidemment, mais je voudrais aller un tout petit peu au-delà. Si vraiment nous voulons nous attaquer au cœur du problème, il nous faudra poser la question de ce que vous appelez la démocratie actionnariale. Qu'est-ce qu'une démocratie actionnariale dès lors qu'avec des prêts de titres il est possible, en deux minutes ou en deux jours, de mettre en péril l'emploi de tant de salariés? C'est une

vraie réflexion que vous devez mener et sur laquelle nous attendons des propositions effectives. Le prêt de titres est dangereux pour l'emploi en Europe, il est contraire à la stratégie de Lisbonne.

Et, enfin, dernier point. D'autres collègues avant moi en ont parlé, il s'agit de l'enjeu que représentent les centres offshore. Vous êtes un ardent défenseur de l'alliance transatlantique. Eh bien je vous le dis, Monsieur le Commissaire, de l'autre côté de l'Atlantique, il y a aussi des démocrates prêts à œuvrer pour qu'une vraie lutte soit menée contre les paradis fiscaux. Il ne sert à rien d'aller mener des combats héroïques en Afghanistan et en Iraq mais de ne pas s'attaquer aussi au mal lorsqu'il existe sur les marchés financiers. Et les centres offshore sont une source de mal pour les marchés financiers. Nous attendons aussi vos propositions sur ce sujet, Monsieur le Commissaire.

1-090

Andrzej Wielowieyski (ALDE). – Madam President, such failure of financial markets has never happened until now. The main cause was the enormous increase in turnover, and the development of a new system of financial gain beyond the existing banking system without transparency, any effective evaluation or supervision. New investments and vehicles brought big profits, but also caused an increasing threat, even to the IMF.

Although the proposal from Mr Rasmussen and his committee concerning transparency and supervision – particularly of the excessive debt leverage – are right and indispensable, we should also acknowledge as very dangerous the opinion of the Committee on Legal Affairs which demands simply that it be left solely to participants in the market to assess the appropriate level of risk to take. The committee overlooked the fact that last year the average securities firm was leveraged 27 to 1, with no regulation or supervision. What is more, they regulated themselves completely on their own, and even the big lenders ignored the extent of the risk they were taking.

The cost of this failure will be extremely high. The cost to Americans, for example, has been terrible, at around USD 1 000 billion. It will have yet another additional effect: the actors on financial markets may not learn to be more cautious, because they will be accustomed to relying on help from taxpayers. We then have the choice of either protecting the almost full freedom of choice for financial actors in taking risks, or to impose distinct obligations and limitations insuring effectively against excessive shocks and guaranteeing a stabilising development of financial markets.

The opinion of the Commissioner gives some hope for the future, but I am afraid that the tasks facing the Commission are extremely difficult and demand much more courage in finding new methods and new measures.

1-091

Othmar Karas (PPE-DE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Ersten möchte ich einmal sagen, dass beide Berichte – Rasmussen und Lehne – sowie auch die Sozialagenda mit den neunzehn Punkten, die wir das letzte Mal debattiert haben, oder die Georgienbeschlüsse im Rat und im Parlament zeigen, wozu wir fähig sind, wenn wir trotz unterschiedlicher Auffassungen an einem Strang ziehen.

Ich sage das deshalb, weil ich froh bin, dass die sozialistische Wahlkampfmaschine, der oberflächliche Populismus und die gegenseitige Schuldzuweisung unterlegen sind und die Sache, der demokratische Parlamentarismus, die Verantwortung gegenüber notwendigen Handlungen, die ehrliche Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit morgen hoffentlich gewinnen werden. Ich sage das auch deshalb, weil der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion, Schulz, im Plenum mehrmals versucht hat, einen Keil zwischen die Fraktionen in genau diesen Fragen zu treiben. Das Gut/Böse-, Links/Rechts-, Staat/Markt-Denken entspricht der Lebensrealität der Menschen nicht, sondern entspringt einer alten klassenkämpferischen Wahlkampfrhetorik, von der ich hoffte, dass sie in der EU überwunden ist, und die Debatte hat das heute zum Glück bisher auch gezeigt.

Die Vernunft hat gesiegt, und damit kann ein realistischer Schritt vorwärts beschlossen werden und es kann eine Antwort auf die Finanzunruhen und die Fragen der Menschen gegeben werden. Wir haben eine nachhaltige Finanzkrise. Wir haben daher Handlungsbedarf. Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen mehr Europäische Union, mehr Transparenz, mehr Kontrolle, mehr europäische und globale Regelungen. Wir brauchen risikoabhängiges Eigenkapital, und wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir das tun, wozu wir uns in diesen Berichten bekennen, und dass das von allen Beteiligten umgesetzt wird, was wir in beiden Berichten fordern.

1-092

Udo Bullmann (PSE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrter Kollege Karas! Wenn ich Morgan Stanley in den letzten Tagen richtig verstanden habe, dann haben sie weniger Angst vor dem Würgegriff des Kollegen Martin Schulz als vor den Hedge-Fonds.

Und, Herr Kommissar, wenn ich eines in der Diskussion der letzten Tage begriffen habe, dann ist es, dass der amerikanische Konsens in dieser Gesellschaft, die viele Fehler bei der Behandlung der Immobilien- und der Finanzkrise gemacht hat, ist, dass wir es nicht mehr erlauben wollen, dass einzelne Hasardeure unter Ausnutzung der Freiräume des Finanzsystems und Ausnutzung der Regellosigkeit das gesamte Finanzsystem an die Wand fahren. Wie lange wollen wir eigentlich noch warten, bis nicht nur marode Institute, sondern gesunde Institute die rote Laterne in die Hand gedrückt

bekommen und dabei Hedge-Fonds und andere auf ihren Niedergang wetten, um sie anschließend zu billigen Preisen wieder aufzukaufen?

Dieser Spielraum muss weg, und deswegen habe ich Zweifel daran, dass das, was Sie hier ausgeführt haben, reicht. Es ist nicht die Zeit, nur neue Studien in Auftrag zu geben. Es ist nicht die Zeit für weitere teilnehmende Beobachtungen. Es ist Zeit zum Handeln!

Ich habe mir letzte Woche in meinem Wahlkreis ein Unternehmen angeschaut, ein gesundes Unternehmen, ein Unternehmen, das neue Werkstoffe, die wir brauchen, herstellt: die Vacuumschmelze in Hanau, in der Nähe von Frankfurt. Es war so lange ein gesundes Unternehmen, bis es von einem amerikanischen Investor übernommen worden ist. Die Schulden der Übernahme liegen auf der Belegschaft, sie liegen auf dem Unternehmen. Mittlerweile hat das Unternehmen versucht, den Tarifvertrag zu verlassen, und ist durch einen harten Streik in den Tarifvertrag zurückgezwungen worden. Ist es das, was wir überall in Europa wollen? Ist es das, was wir wollen, dass die Kraft der europäischen Wirtschaft in diese Form von Auseinandersetzungen geht, oder finden wir zum Verstand zurück und füllen die Regelungslücke durch eine europäische Gesetzgebung?

Das ist das, was auf der Tagesordnung steht. Herr Kommissar, ich habe in den letzten neun Jahren nicht eine wirtschaftspolitische Diskussion in diesem Hause erlebt, in der Sie so einhellig und so einmütig zum Handeln aufgefordert worden sind.

1-093

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Dámy a pánové, před šesti lety jsme odstartovali globální harmonizaci účetních pravidel a konkurenční soutěž v evropském bankovním sektoru. Přeshraniční finanční integrace v Unii nemá ve světě obdoby. Finanční badatelé již dávno upozorňují, že Evropská unie není vůbec dostatečně vybavená pro řešení přeshraničních krizí, které souvisejí s rostoucí vzájemnou závislostí evropských bank a jejich propojením s globálním finančním trhem. Centrální evropská banka zatím dokázala udržet finanční stabilitu eurozóny, ale rozdrobené národní regulační orgány nemohou efektivně řešit přeshraniční bankovní krize, které nás čekají. Centralizovaný dohled je zkrátka nutný. Ovšem na místo všeobshujícího finančního regulátora bychom měli pečlivě vymezit specifické podmínky pro zásahy celoevropského regulátora. Státní intervence investičním bankám, jako je AIG, vyvolává také obavy, že tento precedens povede k neodpovědnému chování bank v budoucnosti.

Proto jsem přesvědčena, že musíme přijít s takovými kontrolními mechanismy, které manažerům investičních a zjišťovacích fondů zabrání špatně vyhodnocovat operační a systémová rizika. Například by nemělo být možné, aby zajišťovací fondy a soukromé kapitálové fondy zajišťovaly dlouhodobé investice krátkodobými půjčkami a nestanovily si minimální výši základního kapitálu podle rizikovosti jejich podnikání. Způsob financování hypoték nejen v USA, ale také ve Velké Británii a Španělsku jsou varováním, že evropský finanční trh čeká zásadní sebereflexe, která obávám se, přijde minutu po dvanácté. I kdyby Evropská komise přišla zítra s konkrétní závaznou legislativou, její implementace již bude probíhat ne v klidu, ale v rozbourané a možná i hysterické atmosféře. A otázka je, jak ji přijme Rada.

1-094

Kristian Vigenin (PSE). – Madam President, let me start by saying that it is a rare event when a European institution is acting before and not after a problem occurs. And we are talking about a huge problem the real consequences of which will become visible in the months to come.

Thanks to the efforts of the rapporteur, Paul Rasmussen, the issue of hedge funds and private equity regulation has moved from the periphery to the centre of attention of the financial experts and policymakers. It is the European Socialist Party that raised the need for better regulation of the activities of hedge funds and private equity. We did it because all European policies need long-term investment, which requires long-term financing. We did it because our main goal should be to secure sustainable growth and job creation, to ensure predictability and long-term planning for families and businesses.

I urge all Members to support the report, which has been approved by a large majority in the Committee on Economic and Monetary Affairs. That will be a big step for Parliament since we are going to request from the Commission a number of legislative measures which are aimed at achieving transparency and financial stability.

This is not an easy debate. It is true that this report foresees much less than we initially strived for. At the same time we are about to achieve more than seemed to be possible a few months ago. Recent times and developments on the financial markets prove that we are right.

Now, Commissioner, we are not going to blame you if you decide to act preventively, and include in your legislative proposals more than the European Parliament will require from you. It is not a time for competition in regulation – since excessive regulation is not better than the lack of regulation – but it is high time to act, and you know it.

1-095

Tadeusz Zwiefka (PPE-DE). – Pani Przewodnicząca! Zarówno wydarzenia ostatnich lat, wręcz miesięcy, ale także wysiłki podejmowane przez poszczególne kraje i regiony wskazują na rosnące znaczenie przejrzystości nie tylko dla poszczególnych firm, ale także dla rozwoju gospodarek konkretnych państw.

Przeszkodą dla bezpośredniego uregulowania działalności funduszy hedgingowych jest globalny charakter tej branży i możliwość przenoszenia siedziby funduszu do innego państwa, by nie podlegać przepisom krajowym. Jest to podstawowy powód, dla którego wszystkie instytucje międzynarodowe, dotyczące funduszy hedgingowych, starają się wpływać na działalność funduszy poprzez ich relacje z podmiotami podlegającymi regulacjom, w szczególności z bankami.

Problemy dotyczące przejrzystości w Unii Europejskiej koncentrują się głównie na konwergencji i harmonizacji prawa państw członkowskich. Obszary problemowe, odnoszące się do aspektów przejrzystości, można ująć następująco: ustalenie jednolitych standardów z zakresu ujawnianych informacji przez spółki wprowadzające swoje akcje do obrotu giełdowego oraz prawo spółek i ład korporacyjny odnoszące się do kwestii kolektywnej odpowiedzialności organów za informacje zamieszczane w sprawozdaniach finansowych, wzmocnienie roli niezależnych członków rad, standardy w zakresie tworzenia komitetów w ramach rady, ujawnianie informacji o wynagrodzeniach członków rady i zarządów, a także zwiększenie ochrony inwestorów.

Wprawdzie wprowadzenie jednolitych regulacji stwarzających w obszarze Unii Europejskiej lepsze warunki do działania oraz dystrybucji funduszy hedgingowych mogłyby pozytywnie wpływać na ich rozwój w Europie, jednakże wprowadzenie przez poszczególne kraje własnych, indywidualnych przepisów dotyczących funduszy nie sprzyja stworzeniu jednolitego, wspólnego rynku europejskiego. Ustanowienie wspólnych, przejrzystych zasad zdecydowanie ułatwiłoby dystrybucję produktów funduszy.

Zdaniem Komisji Europejskiej, która otrzymała zalecenie zrewidowania ramowych zasad dotyczących produktów nieharmonizowanych, takich jak fundusze hedgingowe, pod kontem stworzenia rynku paneuropejskiego, nie występują istotne argumenty za stworzeniem przepisów unijnych w sprawie funduszy hedgingowych. Nic bardziej mylnego! Przyłączam się do wniosku sprawozdawcy o przedstawienie przez Komisję wniosku legislacyjnego dotyczącego przejrzystości funduszy hedgingowych oraz private equity.

1-096

Andrzej Jan Szejna (PSE). – Madam President, to begin with I would like to congratulate Poul Nyrup Rasmussen for his preparation of the report based on such profound analyses and excellent knowledge of the financial markets.

Both types of alternative financial instruments that we are discussing have an increasing share of assets in the global market and participate in creating new jobs.

However, the most important thing in the face of the financial crisis we have lately been observing with great anxiety and unsuccessfully trying to fight is to ensure financial stability.

In my opinion, the most efficient way to increase not only financial stability, but also fair competition between participants in the market, is to enhance supervision and transparency at the appropriate levels without doing any harm to the model based on innovative market strategies.

Some norms concerning the financial markets that have a direct and indirect application to hedge funds and private equity do exist above the national and European level. Nevertheless, we should strive for the coherent, non-discriminatory and consistent implementation and application of those juridical regulations. For this reason, I fully agree with the recommendations of the European Parliament, directed at the Commission, for increased activity and submission of the appropriate legislative proposals.

1-097

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Doresc să-l felicit pe domnul raportor Rasmussen și consider că recomandările din anexa raportului domniei sale sunt importante. Fondurile speculative și fondurile de capital privat asigură necesarul de capital pentru a satisface cererile de finanțare pentru investițiile pe termen lung și pentru proiectele inovative, adesea caracterizate de un grad mare de risc. Funcționarea acestora este însă mai puțin reglementată decât sistemul bancar. Pentru stabilitatea piețelor financiare trebuie asigurată transparența corespunzătoare și trebuie luate măsuri specifice pentru a evita îndatorarea excesivă.

În ultimii 10 ani, fondurile de pensii și companiile de asigurări au furnizat o treime din sumele colectate de fondurile de capital privat. Consider că, în special, în privința fondurilor de pensii este nevoie de o mai mare transparență pentru ca acestea să poată evalua cu acuratețe gradul de risc al diferitelor investiții. Atrag atenția asupra faptului că fondurile speculative și fondurile de capital privat se bazează pe o strategie de creștere pe termen mai scurt comparativ cu durata investițiilor de care Europa are nevoie.

1-098

Antolín Sánchez Presedo (PSE). – Señora Presidenta, la crisis financiera ha demostrado que los diferentes operadores financieros están interconectados. Su conducta ha debilitado los mercados financieros y la economía real: el crecimiento y el empleo.

Conseguir mercados abiertos, competitivos y fiables no es un fruto espontáneo; así lo demuestra la experiencia europea. La fragilidad de los mercados financieros exige, además, una acción política a escala europea e internacional.

Debe quedar claro que innovar no es reproducir la vieja práctica de privatizar beneficios y socializar pérdidas ni diversificar es trasladar los costes de las decisiones de unos pocos al conjunto de la sociedad.

La Unión Europea no puede mantenerse de brazos cruzados ante la actual crisis. El ponente, señor Rasmussen, ha tenido la iniciativa y la lucidez de plantear que los *hedge funds* y los *private equities*, cuyos activos superan el 4,5 % del PIB mundial, no están exentos de responsabilidad ante la sociedad y deben someterse a una regulación y supervisión inteligente. Lo felicito por ello y lo apoyo, al igual que al ponente Lehne por su informe sobre transparencia.

1-099

Κώστας Μποτόπουλος (PSE). – Κυρία Πρόεδρε, σχετικά με το τεράστιο και τραγικά επίκαιρο θέμα που συζητάμε, θέλω να σταθώ σε ένα μόνο ζήτημα: υπάρχει δεξιά και αριστερή απάντηση στο θέμα που εξετάζουμε; Υπάρχει δεξιά και αριστερή έξοδος από την κρίση; Πολλοί θα έλεγαν, και κάποιοι μάλιστα σήμερα μας το είπαν, ότι δεν υπάρχει. Ότι σε τέτοια ζητήματα, που είναι τεχνικά και οικονομικά, όλοι εδώ θα πρέπει να συμφωνήσουν.

Εκτός από το ότι όποιοι το λένε αυτό συνήθως είναι πάντα δεξιοί, θέλω να πω ότι εδώ οι διαχωριστικές γραμμές –και αυτό φαίνεται μέσα από τις εκθέσεις– είναι πολύ καθαρές. Ποια είναι η αριστερή οπτική: ότι η αγορά δεν μπορεί να τα ρυθμίσει όλα μόνη της και χρειάζεται ρύθμιση από την κρατική εξουσία. Και ρύθμιση σημαίνει ακόμη και απαγορεύσεις. Γιατί να μην σκεφτούμε αυτό που έλεγε παλιότερα η έκθεση Κατηφόρη, ότι οι οργανισμοί αξιολόγησης πιστοληπτικής ικανότητας θα πρέπει να κάνουν μόνο αξιολόγηση και να απαγορευθούν όλες οι άλλες ενέργειες; Ότι η διαφάνεια είναι σημαντική, όχι για τις αγορές αλλά για τους πολίτες; Και εδώ πρέπει να σκεφθούμε ότι τα ασφαλιστικά ταμεία των συνταξιούχων, θα πρέπει να τύχουν ειδικής εποπτείας.

Και τελευταίο, ότι είναι πάρα πολύ κρίσιμο η παρέμβαση του κράτους να πραγματοποιείται όχι στο τέλος, όπως γίνεται τώρα στην Αμερική και το πληρώνει ο αμερικανικός λαός, αλλά τη στιγμή που πρέπει ώστε να αποφεύγεται η κρίση.

1-100

Manuel António dos Santos (PSE). – Senhora Presidente, eu estou muito de acordo com o que foi dito aqui sobre a oportunidade deste excelente relatório apresentado por Poul Rasmussen. De todo o modo, eu diria que este relatório ainda teria tido mais oportunidade se tivesse sido politicamente possível tê-lo apresentado há seis anos – acho que o Poul está de acordo comigo. Há seis anos alguns de nós tentaram levantar esta questão da regulação dos "hedge funds" no Parlamento Europeu e, sistematicamente, a maioria formada pelos Liberais e pelo PPE impediu que o Grupo Socialista trouxesse esta questão para o interior de vários debates.

Hoje vivemos uma crise, uma crise que é estrutural, como diz o Comissário Almunia, uma crise que não se sabe onde vai parar e uma crise em relação à qual nós não podemos fechar os olhos. Nós não podemos assumir a posição que o Sr. Comissário McCreevy aqui assumiu, nós temos que assumir – e quero crer que a Comissão estará disponível para o fazer, atentas as palavras do Comissário Almunia – temos que assumir uma atitude pró-activa e uma atitude de ruptura com o sistema de governação financeira que tem regulado a economia europeia e a economia mundial nos últimos tempos. É isso que propõe o Poul no seu relatório, é isso que a Comissão tem o dever – tem o dever, insisto – de estudar e seguir atentamente.

1-101

Mia De Vits (PSE). – Voorzitter, mijnheer de commissaris, de mensen zijn ongerust over wat er met hun spaargeld gebeurt, maar het lijkt u weinig te deren. Werknemers werden aangespoord om buitenwettelijke pensioenen te nemen, het was zogezegd veiliger en efficiënter dan de overheidspensioenen. Wel, hun geld steekt vandaag in de pensioenfondsen, maar zij zijn vandaag van niets meer zeker.

Wat er nu gebeurt is een streep door de rekening van diegenen die geloven in het ongebreidelde vrije marktmechanisme. En u bent zo een vrije markt-believer. Waar de zaken kunnen worden voorzien, moeten wij niet te veel regelen, zei u vorig jaar in dit parlement, en vandaag zegt u nog altijd hetzelfde. Wel, het is nooit te laat om van idee te veranderen. Want wat moet er volgens u nog meer gebeuren om preventief op te treden? Jarenlang zullen de gevolgen zichtbaar zijn van het niet tijdig optreden. Voorkom dus, beter dan te genezen.

1-102

John Purvis (PPE-DE). – Madam President, the new demon, I think the Commissioner will agree, seems to be short-selling. I would ask the Commission to arrange a study which compares in the case of HBOS the incidence of short-selling against sales by long-only investors – pension funds, insurance companies, private investors and their fund

managers – and the plain withdrawal of deposits by frightened banking clients and other banks. I suggest we should have some facts before rushing to a conclusion, and yet another possibly mistaken conclusion.

In his report, to which incidentally our group has made a lot of contributions, Mr Rasmussen used HBOS and Northern Rock in his speech as reasons for more regulation, but HBOS and Northern Rock were banks, not hedge funds and private equity, and subject to the full rigour of the existing regulatory system for banks, including statutory capital requirements. Is it not ironic that the crisis has occurred and spread in the supposedly most highly regulated part of the financial industry? Beware Sarbanes-Oxley!

1-103

Victor Boștinăru (PSE). – Uneori, politicienii mai ales, suntem prizonierii unui dogmatism cu efecte catastrofale. În urmă cu câțiva ani, adepții liberalismului, mai ales ai neoliberalismului, ar fi considerat că ceea ce s-a întâmplat recent la Washington ar fi imposibil și cu totul de rejectat din perspectiva doctrinei lor și totuși s-a întâmplat. Astăzi, când în contextul mondial al globalizării, consecințele, inclusiv cele dramatice, se accelerează și afectează fiecare țară, fiecare economie, raportul Rasmussen spune că noi, Uniunea Europeană, trebuie să acționăm și sunt convins că prin votul Parlamentului European, Comisia Europeană va fi chemată și va fi capabilă să se ridice la înălțimea acestei responsabilități care afectează nu doar viața câtorva, ci a populației Uniunii Europene în ansamblu.

1-104

Margarita Starkevičiūtė (ALDE). – Madam President, some time ago we had a hot debate about investment banks. Now investment banks have gone from the market, and we are feeling good with the current rules for the banking sector. The same issue is relevant to hedge funds. Hedge funds, in the current environment, are not sustainable any more, and I do think that we just need the same rules for all investment funds rather than specific rules for hedge funds. With these rules, Mr Rasmussen, we are actually hindering restructuring of the financial sector, and the losses will mount. That means that, in the end, you will not be able to protect the ordinary people you want to protect.

1-105

Charlie McCreevy, Member of the Commission. – Madam President, one of the latter speakers, in furtherance of his argument, made the point – but I am sure he did not mean me to use it against him – when he said, people should not be blinded by their own dogmatism.

The danger in this particular debate is to try and get a balanced solution to the problems that we now have. In the main, the report, which has been amended considerably from the initial ideas put forward by Mr Rasmussen, makes a genuine attempt, in my view, to have a balanced approach to this whole area. But many of the contributors to the debate here in this House want to have an unbalanced approach to it, and that is not reflective of what was in the report.

Some – many of the speakers from one side of the argument, in particular – see the current financial turmoil and the difficulties which there undoubtedly are as the great opportunity to regulate everything out of existence, and the great danger is going to be, both nationally and in Europe in particular, that a very unbalanced approach is going to be taken to this.

I think Mr Purvis put his finger on the pulse when he made reference to the fact that the supreme irony of this particular financial crisis has been that it was the most heavily regulated sector, namely banks, that got themselves and the rest of us into considerable difficulty, and that it was not the activities of private equity or hedge funds that caused any of these problems at all. In fact many of them suffered considerable losses as a result of the things that happened in other areas.

I certainly will take on board what Mr Purvis said about looking at what the incidence of short selling contributed to the demise of some of these institutions as against what long-term disposals by long-term investors have contributed to it. I suspect that Mr Purvis knows the answer nearly as well as I do, which is that, in those two particulars which he has referred to, it will not be short sellers that will be deemed to be the problem in this area: it was long-term investors, rightly getting rid of long-term positions, because they felt that a particular institution was not on a sound financial footing.

But, be that as it may, I think the Rasmussen and the Leinen reports as they have come before us are a genuine attempt to look at all of these particular areas in a balanced way. And I am prepared to do that. For a number of months – for nearly a year now – I have signalled that I am going to do something in the area of credit-rating agencies. As far back as last November/December, I started the process by writing to CESR, posing them a number of questions, finally getting reports from them this year, and ESME and other bodies, as well. And having received all of that, I will be putting forward a proposal before Parliament and the Council in the next couple of months. Credit-rating agencies are referred to in this particular in the Rasmussen report.

I also have been making efforts for well over a year to try and get some semblance of order into the idea of colleges of supervisors or a better regulatory system for cross-border financial institutions.

Anyone that has been following this particular debate is very much aware that there has not been universal agreement or anything near it among the Member States. The proposal which is currently before the ECON Committee under the rapporteurship of Peter Skinner, namely the Solvency II Directive, and the ideas I put forward there about cross-border supervision of insurance companies and the considerable advancement there as to supervision, has run into considerable opposition from a large number of Member States and from a large number of parliamentarians in this House who are affecting the views of the supervisors and in their own Member States. And, even though the call in the main in this House is for better cross-border supervision, when a test is put in front of them as to what I should do about it to have a more coherent approach to cross-border supervision, they go back and represent their national positions.

So let us have a little bit of honesty in all of this particular debate and in all of these debates.

In the area of the Capital Requirements Directive, as people who follow this in the ECON Committee will know, since the time we put through the Capital Requirements Directive, left over from that were a number of areas which we said we would deal with in an amended Capital Requirements Directive in the autumn of 2008. This is well over a year, 18 months ago.

Then we have added on to that, in particular, other areas, such as the cross-border supervision of financial groups, about which we finally got some type of conclusions from the ECOFIN Council some months ago, and I have signalled what I am intending to do in the question of the 'originate and distribute' model. It goes a long way towards what I signalled were my intentions some months ago – what I want to do – and I put forward some propositions; it is reflected in Mr Rasmussen's report, which is more or less in the same idea as myself in this particular regard. But I will tell you this before it comes before the relevant committee: the Members of Parliament – if form is anything to go by in the past – will be representing the position of a lot of their own Member States, which is very much anti what I have put forward there.

So the proof of the pudding is going to be in the eating. There is no point in supporting Mr Rasmussen's report in this particular area and then, on the other hand, when the specific questions come before Parliament in the form of a proposition – which I am putting forward also in the next couple of months and which many months ago I signalled I was going to do – if Members of Parliament then take their own national positions, representing the views of some of the banking firms in their own country and some of the views of the governments of the Member States, then this will not necessarily be a very good idea.

Again I appeal for some type of rational approach, and at least some coherence. I very much respect the opinions of people who are consistent in all of this: people who say, 'I do not think that is a particularly good idea', and follow it through by saying it here in Parliament and when they go before the committee and stick with that position.

But where I do have difficulty is with people who in the main go along with some advancement in some of the areas which are referred to and then, when it gets down to a specific proposal, go back and more or less represent the views of their own Member State's position or of institutions in their own Member State.

But this particular city is probably the headquarters of the world lobbying industry. I have heard different figures over the years as to whether there are more lobbyists here than there are on Capitol Hill in Washington, but there is not much between them in any event.

So I will be interested, when some of the ideas which I am bringing forward, which I have signalled for some time and which are now in the public domain (there has been consultation about it, the papers have been out and everybody knows some of these propositions in the areas which have been referred to) – when, in the next very short while, these propositions come before Members of the European Parliament – whether all the Members who spoke so heavily for some changes in the wider area, when it comes down to specifics, will follow through and support what is here.

We have taken good note of the points identified in both the Rasmussen and Leinen reports. As I promised in my earlier remarks, we will respond to this in more detail in the context, as provided for in the framework agreement. Mr Rasmussen asked me if that would be before the end of this year – I think a couple of months ago he said that, hopefully, by the end of the year we would be able to respond – and I promised him we would be able to respond.

But in response to the gentlemen who spoke about how everyone should not be blinded by their own dogmatism, I think he might be referring to the other side of the argument. I ask people on that side of the House not to be blinded by their own dogmatism either.

Just before I round off the debate as far as I am concerned on the report, I want to say to Mr Purvis, my colleague, that it is true that banks are regulated, but the products that were the cause of all this trouble we are having now are not regulated, and it was not regulated that we could put as much aside of the balance sheet as we actually did. So, Mr Purvis, the answer is that we need better regulation and we need regulation for the products as well.

I would say to Mrs Starkevičiūtė, in order to avoid any misunderstanding, that I am not talking about regulating the entity but about regulating the behaviour. We know that in real life hedge funds and private equity often change their legal constructions, and there are a lot of examples of that – investment banks themselves have executed private equity activities. So it is behaviour we have to change, and this is at the heart of this report.

I would say to Commissioner McCreevy that there is one fundamental thing – which has nothing to do with dogmatism or whatever – that I want to underline to you, and that is that the first paragraph in our report underlines the following: that the regulation has to cover all financial actors. It is the fundamental intention of this report, for the first time in the European Union's legislative history, that what we want is a common total regulation based on the philosophy of a level playing field, leaving no one outside, but which has a unique regulation covering all financial actors. The report explicitly adds: 'including hedge funds and private equity'. Then you tell me, Commissioner McCreevy, and the rest of the European Parliament: yes, I agree with you, but not on hedge funds or private equity. What are we talking about here? For three years we have been discussing with you whether private equity or hedge funds should be covered or not covered by regulation. Before the financial crisis you said this was not necessary: they are better than any government to regulate, so let them do their job. Now you say that they do not have a share in the financial crisis, so we will not intervene in regulating the hedge funds and private equity.

Mr Commissioner, you talked about lobbyism here in the European Parliament. I can confirm to you that many hedge funds, lobbying organisations and private equity organisations are here every day, every night, every time. But I think this House must now insist that the Commission – and that is you – come up, before the end of the year, with a total regulation; this is the first paragraph covering all financial actors.

(Applause)

1-107

Klaus-Heiner Lehne, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Transparenz ist so groß, dass die gut dotierten Rating-Agenturen, noch besser dotierte Bankvorstände und schlechter dotierte Aufsichtsbehörden nicht mehr wussten, was los ist. So groß ist die Transparenz! Dass wir hier Handlungsbedarf haben, ist offensichtlich und bedarf keiner weiteren Begründung.

Herr Kommissar, Sie sprachen die Frage an, wie es denn mit den *short sellern* ist. Es geht nicht darum, ob die *short seller* diejenigen sind, die am Ende selbst mit einem Schaden da herauskommen. Es geht darum, was sie in Bewegung setzen und welcher Schaden durch das, was sie in Bewegung setzen, möglicherweise entsteht. Es geht also eigentlich um die Folgen für andere! Das ist ja auch genau der Grund dafür, dass die Aufsichtsbehörden einer ganzen Reihe von Staaten inzwischen reagiert haben.

Es geht – verschiedene Kollegen haben das angesprochen – in der Tat auch um den kleinen Mann, um den Rentenempfänger, den Steuerzahler. Ich darf nochmals darauf hinweisen, dass wir hier die Verluste sozialisieren, und das kann nicht richtig sein.

Mein Bericht, genauso wie der Bericht des Kollegen Rasmussen, beinhaltet eine ganze Reihe sehr konkreter Vorschläge. Bei mir sind das insbesondere Fragen, die das Gesellschaftsrecht betreffen. Die lassen sich relativ einfach in Vorschläge fassen und umsetzen. Im Grunde muss man nur die vorhandenen Regeln ergänzen. Es geht auch überhaupt nicht darum, irgendwelche Hedge-Fonds zu diskriminieren.

Wir haben im Augenblick eine Situation in Europa – das ist ja unbestritten –, in der diese alternativen Finanzmarktinstrumente zum Teil zwar durch nationale Vorschriften reguliert sind, aber eben teilweise höchst unterschiedlich. Es ist absolut sinnvoll, das in einem gemeinsamen europäischen Finanzmarkt zusammenzufassen und einheitlich zu regeln. Jetzt weitere Gutachten anzufordern, nachdem wir – der Kollege Rasmussen sprach davon – drei Jahre lang darüber diskutieren, es hier im Hause gutachterliche Untersuchungen gibt, die Kommission sich mit der Frage befasst hat und wir Anhörungen dazu gemacht haben, halte ich für sinnlos, für Zeitverzögerung. Man muss jetzt wirklich sehr konkret handeln. Die Situation erfordert auch, dass gehandelt wird.

Noch eine Bemerkung zu Staatsfonds: Ich teile vollkommen Ihre Ansicht. Wir brauchen Staatsfonds, auf Dauer auch Investitionen von Staatsfonds aus anderen Staaten, aus Drittstaaten, weil sonst die Infrastrukturaufwendungen in Europa langfristig wahrscheinlich gar nicht zu finanzieren sein werden. Das ist eine Frage, in der Sie sicher auch der Rechtsausschuss unterstützt. Das steht aber nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema, das wir heute

diskutieren. Initiativen, die die Kommission dazu ergriffen hat, haben wir immer unterstützt, und das tun wir auch weiterhin.

1-108

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 142)

1-108-500

Corina Crețu (PSE), în scris. – Este indiscutabil faptul ca lipsa de transparenta a fondurilor speculative si a fondurilor de capital privat a amplificat enorm actuala criza economica. Este unul din elementele ce au dus între altele la actuala imposibilitate de a evalua corect balanța de credite si datorii a multor instituții financiare. Ani de zile aceste fonduri private au distrus economii, au desfășurat campanii de achiziții agresive, ignorând complet nu doar consecințele economice pe termen mediu si lung dar si consecințele sociale ale activității lor. Atrase doar de perspectiva unor profituri pe termen scurt, au dezmembrat si vândut în piese detașate companii întregi, au perturbat economii naționale si s-au jucat pe piețele monetare, toate acestea într-o totala lipsa de transparenta si reguli. Este clar ca aceste fonduri trebuie reglementate si ca trebuie asigurat un nivel adecvat de transparenta. Este o necesitate nu doar pentru stabilitatea, sănătatea si buna funcționare a piețelor financiare, dar si pentru a reduce riscurile asupra piețelor financiare aflate în faza incipienta si deci încă lipsite de stabilitate din tarile în curs de dezvoltare. Aceasta criza a dovedit cât de periculoase sunt consecințele politicii de laissez-faire si este important ca pe viitor sa asiguram transparenta activităților financiare.

1-109

Daniel Dăianu (ALDE), in writing. – I commend the rapporteur for his tenacity in pursuing a topic against stiff opposition from various vested interests. The deepening financial crisis has structural causes which are linked with a huge overexpansion of financial transactions during the past decade, which have been based on a flawed securitisation process, reckless risk-taking, a breakdown of due diligence and lack of understanding of systemic risks. The problem with hedge funds, in particular, is that they contribute to increasing systemic risks. The claim that it is the money of investors which is at stake is very little of the whole story. Very high leveraging and focus on short-term gains increase overshooting. But, even worse, the speculative nature of such operations produces instability and can damage financial stability, as has been clearly indicated by the current crisis. It makes sense to bring the activity of hedge funds (and equity private funds) within the territory of regulated financial entities. Leveraging should not be unconstrained. Likewise, hedge funds should provide the regulatory and supervisory authorities with full information on their transactions.

1-110

20 - Délibérations de la commission des pétitions (2007) (débat)

1-111

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de David Hammerstein, au nom de la commission des pétitions, sur les délibérations de la commission des pétitions au cours de l'année parlementaire 2007 (2008/2028(INI)) (A6-0336/2008).

1-112

David Hammerstein, Ponente. – Señora Presidenta, quisiera dar las gracias a todos los miembros de la Comisión de Peticiones, sobre todo a los ponentes alternativos y a nuestro Presidente, señor Libicki, por su colaboración y su trabajo diario a favor de las peticiones.

Necesitamos más que nunca las peticiones ciudadanas, para acercar Europa a la calle y a los problemas cotidianos. Hacen falta más que nunca las peticiones ciudadanas, para asegurar el cumplimiento y la aplicación del Derecho comunitario.

Hacen falta peticiones ciudadanas para probar de forma palpable la utilidad de Europa, para probar que Europa no es una institución opaca, sino que es algo que afecta a todo el mundo en su vida cotidiana y que podemos dialogar con miles de ciudadanos.

Tenemos éxito. La Comisión de Peticiones, en el año 2007, ha tenido un 50 % más de casos que en el 2006. Este éxito es un reflejo de nuestro trabajo, es un éxito que marca el camino para las Instituciones europeas en general.

Mi país, España, ha sido el país con más casos de peticiones estudiadas en la Comisión de Peticiones. Una tercera parte de las peticiones relacionadas con el medio ambiente de la Unión Europea vienen de España. Eso refleja la confianza en las Instituciones europeas en España, refleja el trabajo que hemos hecho en España. Pero cada vez hay más casos de nuevos Estados miembros de la Unión Europea, como Rumanía o Polonia.

Sin embargo, el éxito de la Comisión de Peticiones, el éxito en el número de peticiones, también está provocando algunos problemas administrativos y políticos. Faltan medios para la Comisión de Peticiones. Hay cada vez más casos y, sin

embargo, hay la misma cantidad de personas trabajando en la Secretaría, hay la misma cantidad de personas trabajando en la Comisión Europea para atender estas peticiones.

Hace falta una respuesta sensible a las preocupaciones ciudadanas por parte de las Instituciones; hace falta dotarse de medios suficientes para tratar con dignidad y rapidez estas peticiones. Y a veces el procedimiento de las peticiones dura años y años; si no se procesan, las peticiones pierden su vigencia, y la capacidad de intervención de las Instituciones europeas se pierde por completo.

A veces se echa en falta también una alta calidad jurídica y administrativa en la atención de la Comisión Europea. Sí, hay peticiones que molestan a los poderosos. Sí, hay peticiones que molestan a las autoridades. Sí, hay peticiones que al traer a centenares, miles de personas al Parlamento Europeo, resultan incómodas. Sin embargo, éste es el camino para fortalecer a Europa.

El año pasado organizamos seis misiones de investigación en Alemania, España, Irlanda, Polonia, Francia y Chipre que dieron como resultado los correspondientes informes. Sobre todo hemos hecho hincapié en las peticiones que reflejan la preocupación ciudadana por el medio ambiente y su protección y las que hacen referencia a las Directivas sobre el agua, el derecho a la propiedad y los derechos de las minorías.

Hemos mejorado en muchos sentidos la colaboración con la Comisión, el Defensor del Pueblo y con instituciones como SOLVIT para adelantar la solución de las peticiones.

Las peticiones, muchas veces, dependen de una mediación extrajudicial, no de una solución que consista simplemente en enviar el caso a los tribunales europeos.

Uno de los casos más importantes de los últimos años, del año 2007 y también de los últimos años, ha sido la petición relativa a la Vía Báltica, sobre una carretera que pasa por un espacio protegido por el Derecho comunitario; la Comisión Europea y el Tribunal de Justicia ya han actuado de forma ejemplar para evitar un daño irreparable al medio ambiente.

Otros casos muy importantes han sido (y quisiera dar las gracias al señor McCreevy, que está presente) ha sido la ley urbanística valenciana, donde el Comisario McCreevy y su equipo han actuado de forma eficaz en defensa de la Directiva de contratación pública. Otros casos han sido el de Equitable Life, el de Loiret, en Francia, la lucha en defensa de la calidad del agua en Francia y la delicada cuestión de la custodia de los hijos en Alemania.

Tenemos ahora algunas peticiones como la petición de sede única para el Parlamento Europeo, firmada por un millón y medio de ciudadanos: exigimos el derecho a tratar esta petición, que no ha sido concedido por la Mesa del Parlamento.

Finalmente hacemos algunas propuestas, entre ellas la de cambiar el nombre de la Comisión de Peticiones, que pasaría a denominarse Comisión de Peticiones Ciudadanas, para clarificar la función y el papel primordial de la ciudadanía europea en la Comisión de Peticiones. En el mismo sentido pedimos la apertura del Parlamento a todas las formas en Internet y pedimos la interoperabilidad de los sistemas de la web del Parlamento, que actualmente cierra la puerta a miles o millones de europeos que no poseen el tipo de software necesario para acceder a la web que está emitiendo ahora mismo mi discurso, aquí en el Parlamento.

1-113

PRZEWODNICZY: MAREK SIWIEC

Wiceprzewodniczący

1-114

Charlie McCreevy, Member of the Commission. – Mr President, I am taking part in this debate on behalf of my colleague Margot Wallström.

The work of the Committee on Petitions is a fascinating source of insight into the concerns and grievances of citizens concerning European affairs. They cover a wide range of policy areas, although land-use planning and environmental issues crop up very often; they cover practically all Member States, and they cover a broad cross-section of civil society, from the individual citizen right up to the multi-national non-governmental organisation. Your rapporteur is right, I believe, to underline the importance of all the work represented by the thousand or more petitions you receive each year.

There are two aspects of the report and resolution which I would like to pick up. The first is the recent development of on-the-spot visits of the committee to the sites of grievances, and which can have a considerable impact in the media, and will no doubt raise the visibility of your work. These missions, besides the press and media coverage, also give rise to very informative reports and would seem to me to be of a high quality. I think that these are important records of your activity and that they deserve wide publicity. It is a big investment of your time and resources, but I am sure that it is one that pays off.

The second of the points I wish to raise is turned more to the future. I wish to reassure you once again of our intentions for the best possible collaboration between the Commission and Parliament. This collaboration is mutually reinforcing; the habit of collaboration instils a better exchange of information, and, as an outcome, a better all-round standard of service for our citizens. The recent increase in the workload in the petitions routine, described in the report, makes the need for an efficient and effective interinstitutional collaboration all the more important. I would like you to know that we will do our best to make it work.

1-115

Simon Busuttil, *fisem il-grupp PPE-DE*. – Grazzi Sur President. Nixtieq nibda l-ewwelnett billi nifrah lir-rapporteur David Hammerstein tar-rapport illi ghamel u tax-xoghol illi ghamel fuq dan ir-rapport. L-ahhar stharrig tal-opinjoni pubblika tal-Eurobarometer, fuq livell tal-Unjoni Ewropea jghid illi l-Parlament Ewropew huwa l-aktar istituzzjoni li ċ-ċittadini Ewropej ghandhom fiducja fiha. Fil-fatt, 52% tal-Ewropej ghandhom fiducja fil-Parlament Ewropew, li hija aktar mill-fiducja li tgawdi l-Kummissjoni stess (47%), aktar mill-fiducja li jgawdu l-parlamenti nazzjonali, illi jgawdu biss b'fiducja ta' 34%, u aktar ukoll mill-fiducja li jgawdu gvernijiet nazzjonali, illi jgawdu biss 32% ta' fiducja miċ-ċittadini tal-Unjoni Ewropea. Jien inqis li din il-fiducja murija lill-Parlament Ewropew ghandna nkattruha u nkabbruha aktar. Izda jibqa' l-fatt li l-Parlament Ewropew huwa l-aktar istituzzjoni fdata miċ-ċittadini tal-Unjoni Ewropea. Nahseb li dan jirrizulta mill-fatt illi hemm elezzjoni diretta għall-Membri ta' dan il-Parlament; jirrizulta wkoll mill-fatt li fit-Trattat hemm rikonoxximent tad-dritt taċ-ċittadini li jibagħtu ilment, li jibagħtu petizzjoni lil dan il-Parlament għall-konsiderazzjoni tiegħu. U fil-fatt huwa proprju dan ix-xoghol illi jagħmel il-Kumitat għall-Petizzjonijiet, u għalhekk hu kumitat importanti ferm għaliex jagħti vuċi lin-nies u għaldaqstant huwa l-aktar kumitat, mill-ghoxrin kumitat li hawn f'dan il-Parlament, illi huwa viċin in-nies. X'nistgħu nagħmlu biex is-sitwazzjoni ntejbuha? Nahseb illi għandna nżidu l-għarfien dwar dan il-kumitat u dwar il-possibiltà li ċittadini jagħmlu petizzjoni. Jien hawnhekk ma naqbilx mar-rapporteur li għandna għarfien bizzejjed; nahseb li 1500 petizzjoni huma ftit meta tqis li ahna nirrappreżentaw kontinent ta' nofs biljun ruh. U rridu inżidu l-għarfien u l-possibiltà li ċittadini jagħmlu lment, li jagħmlu petizzjoni. Irridu aktar simplifikazzjoni sabiex ikun faċli għaċ-ċittadini li jagħmlu dan l-ilment. U għalhekk ahna qegħdin nitolbu f'dan ir-rapport biex is-Segretarju Ġenerali tal-Parlament Ewropew jinneogzja mal-Kummissjoni Ewropea sabiex tiġi ssimplifikata l-petizzjoni. Irridu aktar effiċjenza wkoll, għaliex inhossu li hemm wisq dewmien fil-konsiderazzjoni tal-ilmenti. Biss biss, niehdu tliet xhur sabiex nirreġistraw petizzjoni jew ilment minghand in-nies - dan id-dewmien hu inaċċettabbli. U fl-ahhar nett irridu rimedju aktar effettiv. Irridu li jkun hemm aktar koperazzjoni meta jkunu se jinfethu proċeduri legali u rridu li r-rappreżentanti nazzjonali jkunu preżenti wkoll sabiex jisingħu l-ilmenti tan-nies magħna. Grazzi hafna.

1-116

Victor Boștinăru, *on behalf of the PSE Group*. – Mr President, I would like to congratulate the rapporteur on the excellent work he has done and for his concrete proposals. The text we have today reflects the need for his report to be more than a simple enumeration of the main activities carried out by the Committee on Petitions on 2007.

I am glad to see that the points we insisted on are in the report. Petitions are about bringing to light the wrong or non-application of Community legislation. Petitions are about guaranteeing the rights that the European Union confers on its citizens. However, I cannot avoid sharing with you the feeling that this unique institutional instrument is not always effective, or at least not as much as it could be or it should be. As rapporteur, Mr Hammerstein has rightly underlined some shortcomings and deficiencies which exist, and these must be addressed.

Firstly, it is hardly disputable that the number of petitions coming before the committee is constantly increasing. Petitioners sometimes face substantial delays before receiving a response or seeing the effects of proceedings. The instruments for exerting pressure on Member States are not always satisfactory. I am wondering what we can do to be more efficient. How can we ensure both effectiveness and a prompt response? We need better rules and more stringent time-frames. We need to enhance the committee's own independent investigatory facilities, and for this we need more resources and legal expertise for its secretariat. The number of petitioners is increasing steadily. This is the voice of the European people and we cannot afford to ignore it.

Secondly, the institutionalised channels of communication with national authorities are insufficient. The number of inadmissible petitions is significant. We need to establish additional coordination structures with the relevant authorities at a national parliamentary and government level.

I again congratulate the rapporteur on his work, and thank him and the colleagues from the other groups for their valuable cooperation. Petitions are about citizens fighting for their rights, their European rights. We must be here, ready to defend them. That is the committee's institutional role and duty. That is what we owe our fellow European citizens, and I am sure you will agree that there could be no better time to show our commitment to meeting their expectations.

Commissioner, this Committee is not just about visibility and making itself more effective in the eyes of the European media. I wish to refer here – even if this is not about the 2007 report – to the very successful way in which the Committee on Petitions and the European Commissioner, László Kovács, have been working together to defend the rights of European citizens in my country of origin, Romania, and I wish to thank him.

1-117

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo. Przepraszam, ale czas się wyczerpał.

1-118

Marian Harkin, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, first of all I want to say well done to the rapporteur, Mr Hammerstein, on his very comprehensive and wide-ranging report.

I was very interested to read in the report that, while other committees have a heavy responsibility of legislative activity, the Committee on Petitions has shown that its role and function are also essential. Indeed, I fully agree with that sentiment and I become more convinced of it with every committee meeting I attend.

Our primary role in this Parliament is that of legislators, but, in order to be good legislators, we need to be aware of the impact of our legislation so that we can improve our efforts in Parliament.

In my opinion, any legislation emanating from this House should improve the quality of life of citizens in some way, and in the Committee on Petitions we see that this is not always the case. This often happens because of the non-implementation of legislation, or inadequate implementation, or because of specific circumstances or situations that the legislation does not address. I think that is a salutary lesson to all of us and we need to hear and respond.

For me, however, the core of this report is about how the committee responds to citizens, and I have said before that in order to respond effectively, we need to put ourselves in the shoes of the petitioners. They are approaching a large institution; they often have no legal or political background; they are put off by bureaucracy and are probably very frustrated at the situation in which they find themselves. For many petitioners, we are the last port of call and it is crucial that we respond effectively and efficiently.

This in my opinion starts with clear, understandable information for citizens. And we as MEPs are not always the best people to judge. Panels of citizens, I believe, should road-test any information we supply, any websites we design, any booklets we print.

We need to be very careful that we do not promise more than we can deliver, otherwise citizens will be totally frustrated and end up blaming Brussels bureaucracy.

When I use the word 'promise', what I mean is this: We must understand that citizens do not know about national authorities stonewalling, they do not know how the system works and we have a duty to them to tell them how it is. Certainly, we can and should try to influence change and this report is certainly doing that, but we cannot allow citizens to get caught as the meat in the sandwich.

Once citizens have good, accurate information and once they are aware of the possibilities for action, then we can provide the service they need. This report outlines in detail what is needed: sufficient resources so that the secretariat can respond in a timely way; greater involvement by the Council and Member States and maximum coordination with the Ombudsman and SOLVIT.

But, above and beyond that, this report also clearly indicates that systemic weaknesses need to be further investigated. This happens where petitioners cannot obtain rightful compensation and where Member States delay to avoid compliance until fines are imminent and still avoid responsibility for past intentional violations.

We as legislators, in conjunction with the Commission, surely have a responsibility to act in those situations.

1-119

Marcin Libicki, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim bardzo dziękuję sprawozdawcy, panu Davidowi Hammerstein Mintz. Bardzo się cieszę, że to pan David Hammerstein Mintz przygotowywał to sprawozdanie, dlatego że on jest bardzo zaangażowanym i wyróżniającym się członkiem Komisji Petycji. Jest członkiem, z którym współpracuję z ogromną przyjemnością już cztery lata. Chciałbym też podziękować wszystkim innym członkom Komisji Petycji, także tym, którzy zabierali i tym, którzy tu jeszcze będą zabierać głos, a także sekretariatowi Komisji Petycji, który wykonuje ogromną pracę. Jak wynika bowiem ze sprawozdania przedstawionego nam przez pana Davida Hammerstein Mintz, wzrosła w ogromnym stopniu ilość petycji. I to jest praca, która obciąża w ogromnym stopniu sekretariat.

Komisja Petycji jest bardzo szczególną komisją, dlatego że, jak już wspomniano, nie pracuje ona na rzecz legislacji w takim stopniu jak inne komisje, tylko pracuje przede wszystkim, żeby budować łączność instytucji europejskich, a przede wszystkim Parlamentu Europejskiego, z obywatelami. Jak przypomniał to pan Busuttil Parlament Europejski cieszy się ogromnym zaufaniem i to zaufanie wynika między innymi z prac naszej komisji. Te 1 500 petycji to nie jest bowiem 1 500 osób. Za tymi petycjami kryją się często setki tysięcy osób. Przypomnę, że w sprawie jednej siedziby Parlamentu było ponad milion podpisów. W sprawie odniesienia do Boga i chrześcijaństwa w konstytucji było ponad milion. W sprawie

radia COPE w Barcelonie było 700 000. Po kilkadziesiąt tysięcy podpisów było pod petycjami dotyczącymi planów zagospodarowania przestrzennego w Hiszpanii, Equitable Life czy sprawy Lloydsa. Miliony obywateli w Unii wiedzą, że Komisja Petycji działa w Parlamencie Europejskim i wiedzą, że jest dla nich często ostatnim ratunkiem. Niestety nie mam czasu na to, żeby szerzej na ten temat mówić. Jeszcze raz bardzo dziękuję wszystkim, którzy przyczyniają się do skutecznej pracy Komisji Petycji.

Chciałbym tylko z żalem stwierdzić, że Konferencja Przewodniczących Grup Politycznych odrzuciła najpierw sprawozdanie dotyczące sprawozdania Rzecznika Praw Obywatelskich na temat niewłaściwego administrowania w Europejskim Urzędzie do spraw Zwalczenia Nadużyć. Wielka szkoda!

Konferencja Przewodniczących odrzuciła także sprawozdanie na temat dyskryminacji dzieci z rozbitych małżeństw w Europie, który nazywaliśmy Jugendamt – sprawozdanie na temat Jugendamtu. Chodziło o dyskryminację dzieci z rozbitych małżeństw niemiecko-innonarodowościowych. Bardzo żałuję, że Konferencja Przewodniczących nie pomogła obywatelom Unii Europejskiej w uzyskaniu pomocy od Parlamentu Europejskiego.

1-120

Przewodniczący. – Proszę Panię Przewodniczący traktować to jako drobny gest z podziękowaniem za Pana znakomitą pracę. Kontynuujemy dyskusję.

1-121

Eva Lichtenberger, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich nehme hier als Nichtmitglied dieses Ausschusses Stellung, denn Petitionen geben den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Stimme. Und ich halte das in einer Zeit der wachsenden Euroskepsis in vielen der Mitgliedstaaten für sehr zentral und wichtig.

Die Petitionen selbst werden ernst genommen und wahrgenommen. Das zeigt das Anwachsen der Anzahl. Deswegen ist ein angemessenes Follow-up in all diesen Fragen für uns zentral, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institution des Europäischen Parlaments zu erhalten. Hierauf müssen wir unser Augenmerk richten.

Ich nenne drei Beispiele: Die Petition über den einen Sitz des Europäischen Parlaments wurde von einer enorm großen Anzahl von Menschen unterzeichnet. Aber anscheinend gibt es Widerstände, hier eine echte Debatte zu führen und auch eine klare Antwort zu geben. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben diese Antwort verdient. Wir haben sie zu geben.

Zweiter Punkt: die Via Baltica mit all ihren Umweltproblemen. Hier wurde angemessen reagiert, und das wird von den Petenten auch entsprechend honoriert.

Dritter Punkt: Petitionen mahnen auch manchmal ein, was die Europäische Union fordert, aber dann selbst nicht einlöst, wie zum Beispiel beim „Open Parliament“. Hier geht es darum, dass man nicht nur ein einziges Computerprogramm kaufen muss, damit man die Sendungen aus dem Europäischen Parlament sehen kann und damit man nur in einem einzigen Format antworten kann. „Open Parliament“ heißt *open standards*. Hier haben wir eine Verpflichtung, und hier müssen wir tätig werden!

1-122

Kathy Sinnott, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, I consider the Committee on Petitions the most important in this House. It is a forum in which the citizens tell us how the many laws that we deal with in other committees affect them or do not affect them. Without this feedback we are doomed to work in a vacuum. But, in terms of its work of standing up for Europe's citizens, there is something missing in the procedure, and that is the presence of the Council and the Permanent Representatives of the Member States. How can we mediate for citizens in a dispute with their country without the country attending the Committee on Petitions?

The people of Ireland came to the Committee on Petitions with three petitions in connection with our most valued and sensitive archaeological site: Tara, the Home of the High Kings and of St Patrick. The Committee on Petitions responded enthusiastically and called for the destruction of this site to stop, and urged the Commission to pursue its case against the Irish authorities, and yet nothing has changed. The destruction is nearly complete. There will soon be a toll gate where the Home of the High Kings once stood. The Irish people will, understandably, not get over their disillusionment.

1-123

Frank Vanhecke (NI). – Voorzitter, ik heb het verslag 2007 van de Commissie verzoekschriften met gemengde gevoelens doorgenomen. Positieve gevoelens in de eerste plaats want het spreekt vanzelf dat onze burgers recht hebben op een correcte toepassing van alle wetten. Ik heb er uiteraard niets op tegen dat de burgers zich tot om het even welke instantie en zeker ook tot het Europees Parlement wenden om de correcte toepassing van die wetten af te dwingen wanneer dit door de nationale of lokale overheid geweigerd wordt. In het verslag 2007 worden zeer talrijke voorbeelden opgesomd van dossiers waarin zeer terecht stappen werden ondernomen door de verzoekschriftencommissie.

Maar gemengde gevoelens toch, omdat ik anderzijds bijzonder huiverachtig en angstig sta tegenover een steeds verder ingrijpen van de Europese regelgeving, tegenover steeds meer Europese bemoei- en bedilzucht in zaken die naar mijn

oordeel absoluut onder de toepassing van de subsidiariteit vallen en eigenlijk beter binnen de bevoegdheid van de lidstaten zouden blijven. In mijn eigen land, Vlaanderen, ondervinden wij bijvoorbeeld de voorbije jaren steeds meer Europese inmenging in zaken die voor ons van essentieel belang zijn. Ik denk dan in het bijzonder als voorbeeld aan de verdediging van onze Nederlandse taal, van onze cultuur en onze identiteit in onze hoofdstad Brussel en in de Vlaamse Rand rond Brussel. Daar stellen wij vast dat in dergelijke dossiers Eurocraten met nauwelijks dossierkennis en zwaaiend met zeer algemene principes ons de les komen spellen. Dat ligt voor ons bijzonder gevoelig en dat is voor ons onaanvaardbaar.

Ik stel ook vast dat er in dit verslag herhaaldelijk verwezen wordt naar de procedures vervat in het Verdrag van Lissabon. En ik moet er toch opnieuw op wijzen dat dit Verdrag van Lissabon politiek én juridisch dood is na de stemming in Ierland. Wij moeten als Commissie verzoekschriften wellicht nog meer dan alle andere collega's respect opbrengen voor de juridische realiteit en voor de democratische uitspraak van onze burgers, in dit geval het Ierse volk, dat het Verdrag van Lissabon naar de vergeetput heeft verwezen.

1-124

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, ο συνάδελφος David Hammerstein είναι πάντα ευαίσθητος σε θέματα που αφορούν τους πολίτες και είχα την ευκαιρία να διαπιστώσω την ευαισθησία του σε αποστολές που κάναμε μαζί στην Επιτροπή Αναφορών. Έτσι με πολύ ευαισθησία θέλει να παρουσιάζει το έργο της Επιτροπής Αναφορών σε μία πρωτότυπη, θα έλεγα, έκθεση γιατί δεν είναι η συνήθης έκθεση που παρουσιάζουμε κάθε χρόνο αλλά προσπαθεί να κάνει να ξεπροβάλουν κάποιες περιπτώσεις που απασχόλησαν την επιτροπή. Προσπάθεια βέβαια είναι η Επιτροπή Αναφορών να βελτιώσει την αποτελεσματικότητά της, να ανταποκριθεί στις προσδοκίες των ευρωπαίων πολιτών για να εξασφαλιστεί η εμπιστοσύνη τους μέσα από τη διαπραγμάτευση των υποθέσεών τους, ξεχωρίζοντας τι είναι το δικαίωμα αναφοράς προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και τι είναι η υποβολή καταγγελίας στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή και σε άλλα όργανα.

Η κατανόηση των διαφορών των διαδικασιών από τους πολίτες έχει μεγάλη σημασία. Δεν στοχεύουμε σε περισσότερες αναφορές. Στοχεύουμε σε αναφορές που έχουν ουσιαστικό περιεχόμενο και δεν έχουν πολιτικό χαρακτήρα. Γι' αυτό θέλουμε μια γραμματεία ακέραιη που δεν θα ανακατεύεται στις πολιτικές διαφορές και δεν θα καθορίζει τη διαδικασία αναφορών με βάση τις πολιτικές εξελίξεις της χώρας.

Έτσι λοιπόν, και στην περίπτωση των δικαστικών αποφάσεων θέλουμε να μην ανακατεύεται η Επιτροπή Αναφορών στις δικαστικές εξελίξεις και να σέβεται τις αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου. Η αύξηση των μελών της επιτροπής, από 25 σε 40, δεν είδαμε να φέρνει αποτελέσματα. Κοιτάζτε τα αποτελέσματα των ψηφοφοριών. Πόσοι συνάδελφοι ψηφίζουν; Ποτέ δεν είναι οι 25 που αποτελούσαν πρώτα την Επιτροπή Αναφορών.

Οι εξωδικαστικές διαδικασίες είναι πολύτιμη διέξοδος για τους πολίτες και ευτυχώς έχουμε και την περίπτωση του SOLVIT για τις περιπτώσεις που ασχολούνται με την εσωτερική αγορά, μια ευκαιρία που πρέπει να εκμεταλλευτούν οι πολίτες και, κυρίως, να γίνονται όλα με διαφάνεια και ανεξαρτησία έτσι ώστε να ανταποκριθούμε στο έργο μας.

1-125

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE). – Panie Przewodniczący! W roku 2007 Parlament zarejestrował ponad 1 500 petycji, czyli aż o 50% więcej niż w roku poprzednim, co niewątpliwie świadczy o wzroście świadomości obywateli, iż mogą dochodzić swoich praw na poziomie europejskim.

Podczas posiedzeń Komisji Petycji omówiono ponad 500 petycji, z czego 159 w obecności petycjonariuszy. Ponadto w 2007 roku zorganizowano aż 6 wizyt rozpoznawczych do Niemiec, Hiszpanii, Irlandii, Polski, Francji i na Cypr, w wyniku których przygotowano zalecenia dla wszystkich zainteresowanych stron.

Obawy obywateli Unii, zawarte w petycjach, koncentrują się głównie na takich kwestiach jak: środowisko i jego ochrona, prawa własności, swobodne przemieszczanie się i prawa pracowników, uznawanie kwalifikacji zawodowych oraz dyskryminacja. Proces składania petycji może wnieść pozytywny wkład w proces lepszego stanowienia prawa, szczególnie poprzez identyfikowanie obszarów wskazanych przez składających petycje, gdzie prawo Unii Europejskiej jest jeszcze słabe lub nieskuteczne. Dlatego właściwe komisje legislacyjne powinny przywiązywać szczególną wagę do problemów zgłaszanych w petycjach podczas przygotowywania i negocjowania nowych lub nowelizowanych aktów prawnych.

Mając na uwadze, że państwa członkowskie nie zawsze wykazują wolę polityczną znalezienia praktycznych rozwiązań problemów poruszonych w petycjach, Komisja Petycji powinna dążyć do zwiększenia skuteczności swych prac, by lepiej służyć obywatelom i wychodzić naprzeciw ich oczekiwaniom. Lepsza koordynacja międzyinstytucjonalna powinna przyspieszyć proces rozpatrywania skarg, jak też system przekazywania petycji uznanych za niedopuszczalne właściwym organom krajowym. Skuteczność działań Komisji Petycji daje obywatelom wyraźny sygnał, że ich uzasadnione obawy są sprawnie rozpatrywane, co tworzy rzeczywistą więź między obywatelami a Unią Europejską.

1-126

Inés Ayala Sender (PSE). – Señor Presidente, estamos ante un nuevo informe sobre la función y el funcionamiento habitual de la Comisión de Peticiones, y la verdad es que hay que reconocer que, informe a informe, esta Comisión de Peticiones junto con el Defensor del Pueblo Europeo se mantienen como excelentes instrumentos a disposición de los ciudadanos europeos para señalar y pedir soluciones a los casos de mala aplicación de la legislación europea. De ahí que sea y resulte esencial que nuestras propuestas mantengan y sigan manteniendo el protagonismo de los ciudadanos europeos, aunque a veces, en algún caso, nos hayamos encontrado con una cierta disfunción.

Algunas veces —y más últimamente—, el protagonismo de los diputados y diputadas —y ahí también entono un *mea culpa*, como los demás— y sus debates políticos, incluso a nivel nacional o local, se hace demasiado evidente a través de procesos inducidos que, no habiendo hecho todavía el recorrido nacional, pueden llegar a generar entre los ciudadanos falsas expectativas de que la Unión Europea puede resolverlo todo y, con ello, faltar a la necesaria pedagogía de que el principio de subsidiariedad es fundamental para que todos los ámbitos estatales, locales, regionales y también europeos hagan frente a todas sus responsabilidades.

Deseo, pues, que los ciudadanos recuperen ese protagonismo y que ello se haga mediante una mayor y más amplia información sobre todas las capacidades del derecho de petición —que las hay, y existen incluso más— y también sobre cómo funcionan los restantes recursos —locales, regionales y nacionales —, de modo que el recurso al Parlamento Europeo, a la petición, sea verdaderamente útil y eficaz y no resulte finalmente frustrante.

Y creo que en algunas de las propuestas del ponente hay alguna contradicción: faltan medios, se nos dice —ahí están los retrasos, las respuestas vagas, la duplicación de casos—, pero se propone, por ejemplo, trasladar el registro de peticiones a la Secretaría. Creo que con ello se rebaja el nivel de rango de las peticiones y del...

1-127

President. – There is nobody on the catch-the-eye list at this moment. A rule is a rule. So you may finish your speech!

1-128

Inés Ayala Sender (PSE). – Gracias, señor Presidente, si forma parte de la flexibilidad, se lo agradezco.

Creo, por lo tanto, que deberíamos mantener el registro de peticiones en Presidencia, puesto que creo que no debemos rebajar el rango de las peticiones y ello daría e incluso mantendría mediante esa fórmula la visibilidad de las peticiones en nuestra Casa, no solamente restringida a la Comisión de Peticiones.

También me preocupa, y desearía conocer la opinión de la Comisión —del señor McCreevy, aquí presente— con respecto a las propuestas del ponente en relación con la revisión del procedimiento de infracción. Desearía que nos diera algún esclarecimiento.

Y también, finalmente, me preocupa el papel de investigación y pruebas concluyentes de que se habla. Creo que el papel de nuestra Comisión de Peticiones y de sus misiones debe ser mantener el nivel político y ciudadano para exigir, precisamente, a los otros poderes, a las otras instituciones, que funcionen como debe ser.

1-129

Charlie McCreevy, Member of the Commission. – Mr President, I would just like to thank Mr Hammerstein for his report, and also the committee chairman, Mr Libicki, and the vice-chairs, for all the work they have done in collaboration with us over the years. I trust that the spirit of collaboration will continue up to the end of this legislature.

1-130

David Hammerstein, Ponente. – Señor Presidente, quisiera dar las gracias por todas las contribuciones, que he intentado integrar en el informe.

En cuanto a los comentarios sobre la lentitud de todo trámite, esa lentitud es cierta. Y una de sus causas es el registro de la petición: no hay razón para que un petionario tenga que esperar tres o cuatro meses solamente para tener un número para su petición. Es este el motivo de trasladarlas a Bruselas, bajo la Presidencia, y con la ayuda de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, registrar las peticiones aquí; no se trata en absoluto de rebajar el rango.

Sobre todo se ha comentado la baja aplicación, el no cumplimiento del Derecho comunitario en tantísimos casos. Nosotros, en la Comisión de Peticiones, mantenemos la vigilancia sobre esta falta de aplicación del Derecho comunitario. No concebimos nuestra labor como una labor de injerencia, en absoluto. Que vaya el presidente de la comisión, que es polaco, a España no es una injerencia, es algo de Derecho europeo.

La Comisión de Peticiones supone un recurso de los ciudadanos al Derecho comunitario cuando ya han recurrido en su país. No creo en absoluto que haya habido casos inducidos políticamente, en absoluto. Los casos importantes que han venido a la Comisión de Peticiones han sido casos donde ha habido una vulneración constante, a lo largo de muchos años, del Derecho comunitario, y por eso han venido al lugar correcto, que es la Comisión de Peticiones.

Y en cuanto a los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, son importantes para mantener la autonomía y la independencia. Doy un ejemplo: si nosotros consideramos que la contratación de un servicio informático que no es interoperable por parte del Parlamento o del Consejo y la Comisión no es correcta, ¿cómo vamos a pedir opinión a la misma Comisión Europea sobre su forma de contratación, sin la posibilidad de hacer una investigación autónoma, independiente? No podemos en absoluto.

Por eso hace falta más capacidad, y es evidente para todos los miembros de la Comisión de Peticiones que la Secretaría está sobrecargada de trabajo y necesita más medios.

1-131

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 23 września 2008 r.

1-132

21 - Europejski Rok Kreatywności i Innowacyjności (2009) (debata)

1-133

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Katerinę Batzeli w imieniu Komisji Kultury i Edukacji w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady dotyczącej Europejskiego Roku Twórczości i Innowacji (2009) (COM(2008)0159 - C6-0151/2008 - 2008/0064(COD)) (A6-0319/2008).

1-134

Κατερίνα Μπατζελή, Εισηγήτρια. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, η ανακήρυξη του επόμενου έτους ως Ευρωπαϊκού Έτους για τη Δημιουργικότητα και την Καινοτομία βρίσκεται σε πλήρη αντιστοίχιση με τους στόχους και τις προτεραιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την ανάπτυξη της ευρωπαϊκής κοινωνίας της γνώσης ως της βασικότερης απάντησης της Ευρώπης των 27 στις οικονομικές και κοινωνικές προκλήσεις της παγκοσμιοποίησης. Μιας παγκοσμιοποίησης η οποία προκλητικά επιδιώκει να θέσει στο επίκεντρο των εξελίξεων την οικονομία και μόνο, τη διανομή κερδών και μόνο και, μάλιστα, που πολλές φορές γίνεται με μη θεμιτό τρόπο.

Η παγκοσμιοποίηση, για να εξελιχθεί σε δίκαιη αναπτυξιακή πολιτική που θα διανέμει τα οικονομικά και κοινωνικά οφέλη της σε όλες τις περιφέρειες, πρέπει να είναι ανθρωποκεντρική, δίνοντας ίσες ευκαιρίες πρόσβασης σε όλους τους πολίτες, σε όλα τα μήκη και πλάτη της γης.

Και είναι πολύ σωστή η επιλογή εκ μέρους μας, ο συνδυασμός δηλαδή της καινοτομίας και της δημιουργικότητας ως της βασικής διάστασης του Ευρωπαϊκού Έτους του 2009. Με τον τρόπο αυτό, το λεγόμενο «τρίγωνο της γνώσης» – της εκπαίδευσης, της έρευνας, της καινοτομίας και δημιουργικότητας – καθιστά τον πολίτη τον βασικό πυλώνα του μοντέλου ανάπτυξης της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Επιπλέον, η επιλογή του 2009 ως Έτους Δημιουργικότητας και Καινοτομίας αποτελεί σαφώς μία πολιτική προέκταση του Ευρωπαϊκού Έτους για τον διαπολιτισμικό διάλογο, το οποίο άλλωστε, κύριε Figel, και με τη δική σας συμμετοχή, το διανύουμε με απόλυτη επιτυχία.

Η κινητικότητα της γνώσης και της δημιουργικότητας αποτελεί αναπόσπαστο κομμάτι του ανοικτού διαπολιτισμικού διαλόγου, ενός διαλόγου ο οποίος καλείται να περάσει από την πολιτιστική ποικιλομορφία στην επιχειρηματική εταιρικότητα, στην επαγγελματική συνεργασία, στην κοινωνική σύγκλιση και την εκπαιδευτική προσέγγιση μεταξύ των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Είναι συνεπώς απαραίτητο να υπάρχει σαφής δέσμευση και δραστηριοποίηση όλων των κοινωνικών εταίρων, των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, των εκπαιδευτικών και επαγγελματικών φορέων καθώς και των κοινοτικών, εθνικών και περιφερειακών αρχών.

Η βασική κινητήριος δύναμη όλων των δράσεων του 2009 θα είναι τα εκπαιδευτικά προγράμματα σε εθνικό και ευρωπαϊκό επίπεδο, τα κοινοτικά προγράμματα διά βίου μάθησης, οι δράσεις που συνδέονται με την κατάρτιση και την εκπαίδευση τόσο του Κοινωνικού Ταμείου όσο και των υπόλοιπων διαρθρωτικών ταμείων, αλλά και τα εθνικά εκπαιδευτικά προγράμματα που καλούνται να ενταχθούν στο έτος αυτό.

Περιλαμβάνονται οι τομείς πολιτισμού, επικοινωνίας, αγοράς εργασίας, νεολαίας, γυναικών, μεταναστών, τοπικών και περιφερειακών φορέων, πολιτιστικών βιομηχανιών, μικρομεσαίων επιχειρήσεων.

Η συνεργασία αυτή αποφασίστηκε ότι θα βασίζεται σε πολυετή και μονοετή προγράμματα με καθορισμένη χρηματοδότηση των δράσεων αν και το Κοινοβούλιο θα επιθυμούσε το έτος αυτό να έχει έναν δικό του προϋπολογισμό όπως το Έτος Διαπολιτισμικού Διαλόγου και προέβη σε τροπολογίες που, αν μη τι άλλο, εξασφαλίζουν τη χρηματοδότηση

του έτους αυτού, όχι με κύρια αναφορά στα κοινοτικά προγράμματα διά βίου μάθησης, αλλά μέσα από κάθε πρόγραμμα και σε κάθε τομεακή δράση. Με την πρόταση αυτή, η καινοτομία και η δημιουργικότητα δεν επιβαρύνουν τα εκπαιδευτικά προγράμματα, αλλά γίνεται 'mainstreaming' σε όλες τις κοινοτικές πολιτικές.

Τέλος, θα ήθελα να ευχαριστήσω τον Επίτροπο, τις υπηρεσίες της Επιτροπής, την Σλοβενική και Γαλλική Προεδρία για τον ανοικτό διάλογο και τη συνεργασία που είχαμε.

1-135

Ján Figel, *Member of the Commission*. – Mr President, I want to express my gratitude to Mrs Batzeli, to the Committee on Culture and Education and to all Members for their support and amendments – and improvements – to the original text, aimed at strengthening it and stressing several aspects of a potential European Year of Creativity and Innovation.

The Commission can wholeheartedly support the text as it stands. This initiative is a response to calls from this Parliament and from the Member States to strengthen the links between education and culture. By focusing on creativity and human talents, the Commission wants to emphasise that, while we can draw inspiration from the past by learning from our rich European and world heritage, engaging with culture should, above all, be an experience which helps to unfold people's innate potential and engage their active participation. Creativity and capacity for innovation are linked competences which need to be fostered as widely as possible through lifelong learning.

There is creativity and innovative potential in all of us, and everybody has different talents, be they professional artists or amateurs, teachers or entrepreneurs, from a rich background or a poor one.

Fostering that potential can help solve societal challenges and also to shape Europe's future in the globalised world, as Mrs Batzeli just said. This European Year will provide an opportunity to highlight the fact that Parliament, together with the Council and Member States, has already drawn up a charter for a balanced approach to education in the form of the recommendation on key competences for lifelong learning. We adopted this in December 2006, and it will be our guideline throughout the year. One of its striking features is the definition of competence as 'knowledge, skills and attitudes', and we plan to use the Year to highlight particularly the question of attitudes, which is arguably the idea which Europe most needs to work on.

When this proposed European Year was initially discussed with the Committee on Culture on a very informal basis, Mrs Pack emphasised that this was a European success story and a good one to put before voters in an election year – 2009. With this in mind, I would urge Parliament and all of us to become real ambassadors for creativity and innovation – not only in 2009, but also beyond that.

1-136

Mihaela Popa, *în numele grupului PPE-DE*. – După cum știți, propunerea Comisiei Europene de a declara anul 2009 drept An european al creativității și al inovației, vine în contextul atribuirii unei teme fiecărui an, astfel încât să-i accentueze importanța. Europa trebuie să pună accentul pe capacitatea creativă și inovatoare pentru a putea face față unei Europe mobile, iar desemnarea Anului european cu această temă este o bună oportunitate pentru a transmite publicului informații privind bunele practici în domeniu și pentru a stimula dezbaterile politice.

Obiectivul general al Anului european 2009 este acela de a promova creativitatea ca motor al inovației și factor cheie în dezvoltarea competențelor personale, ocupaționale, antreprenoriale și sociale prin învățarea pe tot parcursul vieții. Creativitatea și capacitatea de inovare sunt valori care devin cu atât mai prețioase pe măsură ce le folosim. Cu cât le folosim mai mult, cu atât ele vor deveni mai eficiente. Pentru a ajunge însă la o performanță este nevoie de o preocupare specială, de condiții favorabile.

În 2009, va fi foarte important ca fiecare stat membru să promoveze, respectând principiul subsidiarității și proporționalității, activități care să implice mai mult participarea tinerilor, a bărbaților și femeilor în mod egal, cunoscut fiind faptul că femeile sunt subreprezentate în activități științifice și de cercetare. De asemenea, este nevoie ca în aceste activități să fie implicate persoane cu dizabilități care au un mare potențial creativ.

Grupul popularilor europeni susține inovarea la nivel european, făcând o prioritate din înființarea Institutului european de inovare și tehnologie. Considerăm însă că nu este suficient să ne bazăm doar pe capacitatea creativă și inovatoare înăscută pe care o au oamenii, ci să organizăm activități și să creăm evenimente. În acest context, susținem adoptarea proiectului de raport privind Anul european al creativității și al inovației 2009, în forma deja negociată cu Consiliul și Comisia Europeană. În plus, este esențial să lansăm un set de măsuri care să continue aceste eforturi și după încheierea Anului european al creativității și inovației și, cum spunea domnul comisar, într-adevăr să fim ambasadori ai creativității în permanență ca parlamentari europeni.

1-137

Christa Prets, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs läuft noch, und wir machen uns Gedanken über das Jahr der Kreativität und der Innovation, und das ist gut so,

denn beide Themen ergänzen einander. Das ist ganz wichtig, denn es braucht viel Kreativität, es braucht auch viel Innovation, um einen interkulturellen Dialog herzustellen, um ihn zu praktizieren und zu leben. Das sollten wir jetzt üben und dann nahtlos in das nächste Jahr und in die neuen Anforderungen gehen, denn Kreativität muss als Triebkraft für Innovation und als Schlüsselfaktor für Entwicklung persönlicher, beruflicher, unternehmerischer und sozialer Kompetenz gesehen werden.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem lebenslangen Lernen zu. Europa muss seine Kreativität und Innovationsfähigkeit steigern, um sich auf die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs und auch der sich rasch wandelnden und entwickelnden Technologien einstellen und darauf reagieren zu können. Hier gibt es noch einiges zu tun. Wenn ich an das Forschungs- und Entwicklungsprogramm denke und das Budget, das jedes Land bereitstellen sollte – nämlich 3 % des BIP –, dann haben wir das noch lange nicht erreicht. Wenn wir in andere Länder schauen – Amerika, China und andere –, die wesentlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren, dann wissen wir auch, wo hier die Lücken zu schließen sind.

Es bedarf auch sehr viel Kreativität und Innovation, um hier Finanzen aufzustellen. Die hätte man schon bei diesem Programm gebraucht. Leider musste es ohne finanzielle Mittel auskommen. Die Länder – und auch die Organisationen und Institutionen – müssen jetzt selbst schauen, wie sie Akzente setzen und wie sie sie finanzieren, natürlich im Rahmen der möglichen EU-Förderprogramme. Aber für zusätzliche Innovationen und für zusätzliche Aktivitäten hätte man auch zusätzliche finanzielle Mittel gebraucht. Das wäre sicher notwendig gewesen.

Auch ist es ganz wichtig, einen engen Kontakt zwischen dem künstlerischen Schaffen, den Schulen und den Universitäten herzustellen. Auch Kunst und Kultur verlangen Unterstützung und Förderung, um Kreativität umsetzen zu können. Die Ideen sind sehr oft vorhanden, aber es fehlt an Mitteln, um sie in die Praxis umzusetzen. Ganz wichtig ist, dass wir das Evaluieren nicht vergessen – beim Jahr des interkulturellen Dialogs, beim Jahr der Mobilität, bei all den Dingen, die ja ineinandergreifen –, um am Ende zu wissen, was der Vorteil für die Bevölkerung ist und wo er liegt und wie wir es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern klar und verständlich machen können, dass all diese Akzente letztlich eine positive Auswirkung für sie selbst und für die Entwicklung der Europäischen Union haben.

1-138

Hannu Takkula, ALDE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, minulle on erityinen ilo puhua tänään, koska parlamentin paras varapuhemies Marek Siwiec on tänään johtamassa istuntoa ja loistava komissaari Ján Figel' on täällä ja koska aihekin on mitä kiinnostavin - luovuus ja innovaatio, joskin voi aina näistä asioista puhuttaessa kysyä, mitä on luovuus ja mitä on innovaatio.

Monesti tuntuu siltä, että ne ovat sanoja, joilla ei katsota olevan paljonkaan sisältöä. Jos minun pitäisi vastata kysymykseen, mitä on luovuus, niin ainakin yhden vastauksen tiedän, jonka suomalaisen säveltäjän Sibeliuksen kerrotaan antaneen: hänen mielestään luovuus on tuskaa.

Mutta emmehän me pelkää Euroopassa tuskaa, jos se synnyttää uutta lisäarvoa, jotakin sellaista, joka vie meitä kansakuntina ja Eurooppana eteenpäin. Se on nähdäkseni tämän teemavuoden keskeinen tarkoitus. Tuoda jotakin uutta lisäarvoa eurooppalaiseen todellisuuteen.

Miten luovuutta ja innovaatiota edistetään? Niin kuin arvoisa puhemies tietää, teidän maahanne Puolaan on nousemassa eurooppalainen teknologia- ja innovaatioinstituutti. Se on varmasti yksi sellainen tekijä kyseisellä alalla, joka pyrkii rohkaisemaan Euroopan unionin jäsenvaltioita erilaisilla kimmokkeilla luomaan uutta lisäarvoa ja tekemään innovaatioita.

Me kuitenkin tiedämme, että innovaatiot tai luovuus eivät synny hallinnollisilla päätöksillä. Vaikka me mitä päättäisimme täällä, ne eivät synny päätöksillä, vaan me tarvitsemme resurssit, edellytykset yliopistoissa, kouluissa ja yhteiskuntiemme eri osa-alueilla, jotta ihmisillä on mahdollisuus keskittyä luomaan uutta ja vaihtaa parhaita käytänteitä ja jotta ihmiset voisivat irrottautua sellaisista stereotyyppioista, jotka estävät uuden ajattelun syntyminen.

Tämä on meille suuri haaste, koska me kaikki tiedämme, että meidän omien maidenme koululaitokset ovat monissa tapauksissa syntyneet pitkän tradition tuloksena. Niissä on opetettu tiettyä traditiota, tiettyä totuutta, ja jossakin kohdin olisi tarpeen kyseenalaistaa asioita ja tarkastella niitä moniarvoisuuden näkökulmasta ja huomata, että olemalla kriittisiä ja olemalla eri mieltä, haastamalla paradigmat, tietyt totuudet, voidaan onnistua luomaan uutta lisäarvoa.

Tiedän, että komissaari varmasti kehottaa omalta osaltaan jäsenvaltioita toimimaan niin, että ne kaikki voisivat esittää kansalliset innovaatiostrategiat siitä, millä tavalla ne elinikäisen oppimisen ohjelman kautta perusasteelta yliopistoihin asti tukevat opiskelijoita luomaan uutta tai antavat tilaa uudelle ajattelulle.

Tämä on tärkeä asia, ja katson, että tämän teemavuoden keskeinen anti on se, että luovuus, innovaatio ja uusi ajattelu nostetaan keskustelun ytimeen. Ehkä sitä kautta syntyy uutta innovaatiota ja uutta lisäarvoa, ja ehkä ne johtavat tuotteistamiseen asti, koska talous on Euroopan unionissa tärkeä kysymys. Kiitoksia, herra puhemies.

1-139

Mieczysław Edmund Janowski, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! „Zamykam oczy, aby lepiej widzieć” – mówił Paul Gauguin. My chcemy lepiej widzieć, lepiej rozumieć i lepiej działać. Potrzebujemy rozbudzenia talentów, które tkwią w nas samych. Wykorzystanie wszystkich twórczych sił, jakie mają społeczeństwa Europy, jest konieczne, abyśmy mogli sprostać wyzwaniom, które przynosi świat. Stanowimy bowiem niecałe 8% ludności naszej planety. Inni nie są ani bierni, ani mniej zdolni. Popieram więc w imieniu grupy UEN ideę ustanowienia Europejskiego Roku Kreatywności i Innowacji.

Nie chciałbym jednak, by było to działanie samo dla siebie. Musimy zrobić wszystko, aby nie zmarnować szans i zdolności do tworzenia nowych, pozytywnych wartości we wszystkich dziedzinach: tak w technologii, jak i w przedsiębiorczości, finansach, a także sprawach społecznych i innych. Nie stać nas na marnowanie zdolności, umiejętności oraz wielkiej pracowitości tysięcy utalentowanych Europejczyków, młodych i starszych, również niepełnosprawnych. Musimy zrobić wszystko dla uproszczenia procedur wdrażających rozwiązania innowacyjne. Wykorzystajmy w tym celu 7. program ramowy!

1-140

Mikel Irujo Amezaga, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Quisiera empezar felicitando tanto a la Comisión por su propuesta como a la ponente, señora Batzeli, por un informe que ha contado casi con el apoyo unánime, siempre con la excepción de algún miembro de nuestra comisión, que es permanente en este informe.

Por un lado, debo señalar que mi país —el País Vasco— está celebrando este año el Año de la Innovación. Y todo ello se está haciendo sobre la base de unos criterios que ya se aprobaron el año 2007 y que creo que serían bastante extrapolables, al menos varios de ellos.

En concreto, un criterio sería el de promover un pensamiento crítico y libre en la sociedad. Este año debe incidir en este aspecto. Un pensamiento que impulse el espíritu científico y el desarrollo de la razón pública para facilitar el cambio de las organizaciones e instituciones de nuestro territorio y su contribución a la construcción de un continente moderno, solidario, abierto e innovador.

Por otro lado, el Año de la Innovación y Creatividad debería favorecer un concepto de innovación abierta: una innovación que, además de basarse en las capacidades internas, incorpore todas sus posibles fuentes —usuarios, proveedores y redes— y que, yendo más allá del producto y la tecnología, contemple los intangibles y, en general, las múltiples dimensiones que conducen a la creación de valor.

Asimismo, este año debería llevar la innovación a todos los ámbitos: una innovación que llegue a todos los Gobiernos —y no me refiero sólo a los Gobiernos de los Estados miembros— y regiones —entes de gobierno no estatales—, que tienen mucho que decir en este año. Y, por favor, pediría a la Comisión que también los tuviera en cuenta.

También debe llegar la innovación a todas las organizaciones y a todas las instituciones, como he dicho, públicas y privadas, con y sin fin de lucro, y a todos los aspectos de la vida, y en especial debe promover la innovación social y la innovación al servicio de la sostenibilidad ambiental.

1-141

PRESIDE: ALEJO VIDAL-QUADRAS

Vicepresidente

1-142

Vladimír Železný, *za skupinu IND/DEM*. – Vážený pane předsedo, byl jsem zvolen do Evropského parlamentu v bývalé komunistické zemi. To, o čem jsme byli přesvědčeni, že už je dávno za námi, překvapivě zažíváme znovu tady v EU. Je to podivné déjà vu. Prožil jsem úplně celou komunistickou éru v mé zemi a náš život byl pečlivě rozčleněn mezi roky, měsíce, týdny a dny, které byly zasvěceny někomu nebo něčemu. Měli jsme rok lidové kultury, měli jsme měsíc knihy, měsíc československo-sovětského přátelství, měli jsme týden kosmu, měli jsme den horníka, kdykoli jsme se ráno probudili, patřil náš den, týden nebo měsíc někomu jinému než nám. Naše životy plynuly jako jedna velká nekonečná kampaň. Kampaňovitost měla zastřít nedostatek svobody i nedostatek pomerančů a masa. V Evropské unii máme dost pomerančů i masa, ale přesto propadá Unie stejnému pokušení dosahovat výsledky nikoli pomocí trpělivé a klidné práce, ale pomocí kampaní.

Jak hodlá Evropská unie vykřesat ve větší míře kreativitu, jejímž zdrojem je invence, talent, geniální nebo alespoň dobrý nápad? Jediné, čeho docílíme, bude spokojenost stovek dalších nových NGOs. NGOs, tahle podivná choroba naší demokracie, kdy nevolení a nikým neautorizovaní mohou čerpat naše peníze, protože přece konají obecné dobro. Rádi spotřebují rozpočet na tuhle roční kampaň. Spotřebují peníze daňových poplatníků na tisíce letáček, spoustu plakátů, akcí a seminářů. Jen kreativita zůstane po tom roce stejná, jako byla. Pane předsedo, mám návrh, pojďme místo roku inovací a kreativity vyhlásit rok obyčejné, žádnou kampaní nerušené práce. Rok bez kampaní a bude to úleva. Děkuji.

1-143

Thomas Wise (NI). – Mr President, the overall objective of the European Year 2009 is ‘to promote creativity for all as a driver for innovation and as a key factor for the development of personal, occupational, entrepreneurial and social competences through lifelong learning’. But we are always talking of new legislation. An oppugnant state mired in legislation and bureaucracy stifles creativity and entrepreneurship among its people. Belgium, for example, is unlikely ever to produce a Joe Meek or a Richard Branson, and, let’s be honest: the Singing Nun was never really on a par with The Beatles or the Rolling Stones.

As the Commission sinks into caducity before becoming lost in caliginosity, the great works of European culture will remain as knitted beacons. Let us not stifle our artistes with any more legislation, and, as the great Ral Donner once lamented: ‘You don’t know what you’ve got until you lose it, uh-huh, oh yeah!’

1-144

Pál Schmitt (PPE-DE). – Tisztelt biztos úr, tisztelt elnök úr! A kreativitásnak és innovációnak szentelt európai év kiváló alkalom arra, hogy felhívja a polgárok figyelmét az Unió tevékenységére az oktatás és kutatás terén, különös tekintettel az élethosszig tartó tanulás programjára.

Az élethosszig tartó tanulás szervesen illeszkedik a lisszaboni programhoz, egyik legfontosabb célja a tudásalapú társadalom kialakítása, a versenyképesség növelése, gazdaságélénkítés és munkahelyteremtés.

Amikor kreativitásról beszélünk, hajlamosak vagyunk kizárólag tudósokra, mérnökökre, konstruktőrökre vagy mesteremberekre gondolni. Azonban a kreativitás fogalmának a gazdasági és technikai újításokon túl van egy másik, könnyebb és talán hozzánk közelebb lévő értelmezése, mégpedig a művészeti értelemben vett kreativitás.

Az életünk teljessé tételéhez nagymértékben hozzájárulnak azok a művészek, akik újra és újra elkápráztatnak bennünket, legyen az a festészet, a szobrászat, irodalom, dal, színházművészet, grafika, fotóművészet, formatervezés vagy éppenséggel a széles tömegeket megérintő filmművészet. A művészek és az általuk létrehozott alkotások meghatározzák életünk minőségét.

A kreativitás éve jó alkalmat kínál azok elismerésére és megbecsülésére, akik közvetlen környezetünket lakhatóvá teszik, jó irányba befolyásolva az európai fiatalok ízlésvilágát, értékítéletét és igény szintjét.

Belátom, forradalmi változásokat élő innovatív és kreatív technikára nagy szükségünk van. Elkápráztatnak bennünket a meseautók, a kommunikációs csodaeszközök, a tudományos, innovációs kutatások eredményei, de mit érne az élet a bennünket körülvevő szép műalkotások, szobrok, grafikák, textíliák, kreatív zeneművek vagy irodalmi alkotások nélkül?

Nagyon remélem, hogy az Európai Unió programjai közé a kultúra erkölcsi és anyagi megbecsülése is hozzátartozik majd, különösen azok az alkotások, amelyek hozzájárulnak az európai identitás büszke érzéséhez, amelyektől mindannyian egy kicsit jobban szeretünk európainak lenni.

Végezetül engedje meg, bár idáig a művészetekről beszéltem, hogy kifejezzem azon reményemet, hogy a Budapesten újonnan megnyílt Európai Technológiai Intézet is hatékonyan hozzá fog járulni az év sikeréhez. Köszönöm a figyelmet.

1-145

Leopold Józef Rutowicz (UEN). – Panie Przewodniczący! Wzrost poziomu konsumpcji, środków na rozwój gospodarczy, ochronę zdrowia i kulturę w zachodzącym procesie globalizacji w coraz większym stopniu jest zależny od sprawności bazy naukowej, proinnowacyjnego działania i kreatywności obywateli na co dzień, wypracowania lepszych form organizacyjnych i finansowych dla wdrożeń innowacyjnych, pomysłów zwiększających wydajność, polepszających jakość, tworzących miejsca pracy, obniżających koszty i polepszających konkurencyjność.

Istotny w tych działaniach jest rozwój szkolenia, w tym ustawicznego, które powinno przyczynić się do kreowania twórczego myślenia. Proinnowacyjnemu myśleniu powinny sprzyjać środki przekazu, eksponujące osiągnięcia oraz szacunek dla ich twórców. Innowacyjne działania podejmowane w gospodarstwie, gminie, powiecie itd. mogą wyzwolić duże zaangażowanie, o ile zostaną zlikwidowane przeszkody administracyjne i nastąpi pełna integracja społeczeństwa, która w dużym stopniu zależy od polityków.

2009 rok – Rok Kreatywności i Innowacji nie powinien być rokiem przemysłu, lecz rokiem konkretnego, twórczego działania. Projekt dyrektywy jest dokumentem potrzebnym, a wnioskowane zmiany nie zmieniają jego merytorycznej treści. Dziękuję za sprawozdanie pani Batzeli.

1-146

Małgorzata Handzlik (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Innowacyjność i kreatywność są kluczowe dla gospodarek opartych na wiedzy, a taką z pewnością jest gospodarka europejska. Sprostanie wyzwaniom globalizacji, wykorzystanie szans jakie się z nią wiążą wymaga podejścia innowacyjnego i kreatywnego.

Działalność gospodarcza jest tylko jednym z obszarów, w którym innowacyjność i kreatywność są istotnymi czynnikami sukcesu, decydują często o przewadze konkurencyjnej przedsiębiorstw. Bez niej trudno mówić o produktach czy usługach, które wychodzą na przeciw rosnącym oczekiwaniom konsumentów. Dlatego uważam, iż większe zaangażowanie przedsiębiorstw, a zwłaszcza uwzględnienie ich doświadczenia w wykorzystywaniu potencjału, jaki niesie ze sobą innowacyjność i kreatywność czynnika ludzkiego, powinny być silnie zaznaczone w planach Komisji Europejskiej.

Innowacyjności i kreatywności jako umiejętności trudno się nauczyć, ale bez wątpienia można ją wspierać. Edukacja jest istotna do stymulowania ich rozwoju. Przy czym nie powinna się ona ograniczać tylko do edukacji szkolnej czy akademickiej. Ważne jest, aby promowanie kreatywności i innowacyjności było obecne na wszystkich etapach uczenia się, od różnych form kształcenia i szkolenia przez życie zawodowe aż po okres emerytury. Warto przy promocji innowacyjności i kreatywności wykorzystać doświadczenia istniejących już programów z zakresu edukacji, ale też innych inicjatyw, zwłaszcza tych o zasięgu transgranicznym.

Wierzę, iż ogłoszenie roku 2009 Europejskim Rokiem Innowacji i Kreatywności skutecznie pomoże w zwiększaniu świadomości obywateli, rozpowszechnianiu informacji o dobrych praktykach, stymulowaniu badań, twórczości, a przede wszystkim pobudzi dyskusję na temat polityki i zmian, jakie powinny zostać zainicjowane, aby kreatywność i innowacyjność zyskały większe wsparcie ze strony instytucji europejskich, państw członkowskich i przedsiębiorstw.

1-147

Jerzy Buzek (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Rzadko się zdarza, żebym, stając i wygłaszając przemówienie, mógł powiedzieć, że zgadzam się ze wszystkimi przedmówcami. Państwo bardzo pięknie wyjaśniliście i uzasadniliście to, dlaczego potrzebny jest ten rok, szczególnie pięknie, moim zdaniem, powiedział to pan poseł Janowski parę minut temu. Ale ja zgadzam się również z tymi, którzy mówią, że to może być kolejny rok, który niejako „odfajkujemy” i z którego nic nie będzie wynikało. A więc jeśli nie chcemy takich zastrzeżeń zgłaszać za rok czy dwa, to pewnie musimy jeszcze parę konkretów przygotować.

Takim konkretem jest stwierdzenie, że my przecież realizujemy w ten sposób nasz priorytet podstawowy, to znaczy strategię lizbońską. O tym nie słyszałem w żadnym wystąpieniu. To jest szalenie ważny element. I w strategii lizbońskiej po raz pierwszy w ten sposób łączymy problemy techniczno-gospodarcze z problemami związanymi z kontekstem artystycznym. Jeśli mam mówić o konkretnych, to uważam, że trzeba to zrobić na dwóch poziomach.

Pierwszy poziom (korzystam z faktu, że jest pan komisarz Figel i że zajmuje się szkolnictwem, edukacją) – to systemy edukacyjne. Należy przebadac, jak to wygląda w Unii Europejskiej. Czy matura w naszych szkołach średnich rzeczywiście daje podstawy do kreatywnego myślenia młodzieży, która tę maturę kończy? To musi być prawdziwy przegląd tego, co się dzieje w Europie. Wrażliwość estetyczna, a z drugiej strony zdolności matematyczne, nauki ścisłe – to jest to, czego nam brakuje. Tradycyjne nauki humanistyczne nie dają tego rodzaju możliwości. Także Stowarzyszenie Uniwersytetów Europejskich często na ten temat mówi.

I ostatnia sprawa, bardzo ważna. Jeśli chodzi o środki, jest mowa o możliwości wydesygnowania pewnych środków z poziomu Unii Europejskiej. Musimy postarać się o to, żeby po tym roku mieć w ręku sprawozdanie, konkretne dane, jak to wygląda w poszczególnych krajach członkowskich, czego nam brakuje, w jaki sposób możemy to porównać, bo nigdy tego rodzaju porównań nie robiliśmy w skali europejskiej, tak na poważnie. To pomoże nam w strategii lizbońskiej.

1-148

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Vážení pán komisár Figel, teším sa Vašej prítomnosti na dnešnej diskusii, pretože nás spájajú spoločné príbehy v rôznych oblastiach života.

Vychádzajúc z vlastných umeleckých skúseností môžem konštatovať, že zacielenie európskych rokov na určitú tému prispieva nepochybne k zvyšovaniu informovanosti a k aktivizácii verejnosti.

Keďže Európa musí v súčasnosti reagovať na výzvy a príležitosti globalizácie posilnením svojich tvorivých a inovačných schopností, vítam rozhodnutie Komisie, aby sa rok 2009 stal rokom tvorivosti a inovácie.

Hybnou silou inovácie sú ľudia, ich odborné, podnikateľské a spoločenské zručnosti, z tohto dôvodu je potrebné, aby sa oblasti celoživotného vzdelávania venovala osobitná pozornosť. Vítam opatrenia navrhované na podporu tvorivosti a inovačných schopností vo všetkých etapách celoživotného vzdelávania počas pracovného života až po dôchodok.

Aby sa cieľ roka 2009 v prospech inovatívnej Európy naplnil, som presvedčená, že súbor opatrení musí byť v súlade s ďalšími politikami, ktoré by mali platiť aj po skončení roka tvorivosti a inovácie.

1-149

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Declararea anului 2009 drept An european al creativității și al inovației este un angajament ferm pe care ni-l asumăm. În Uniune, 42% din întreprinderile ce activează în industrie și servicii au raportat activități inovative. În 2003, în Germania, 65% din companii au inovat și s-au înregistrat 312 patente pe milionul de locuitori, față

de 128 media europeană. În România, o cincime din companii desfășoară activități inovative. De asemenea, în anul 2006, la nivelul Uniunii, investițiile în cercetare și inovare au reprezentat doar 1,84% din produsul intern brut, față de 3% stabilit prin Strategia de la Lisabona.

Investițiile în cercetare și inovare nu au crescut în același ritm cu cel al produsului intern brut european. Consider că realizarea de sondaje, realizarea de conferințe și de campanii de informare nu sunt suficiente. Anul european al creativității și al inovației trebuie să fie anul angajamentelor împlinite. Promovarea creativității trebuie să se facă prin susținere financiară adecvată în bugetul comunitar și în bugetele naționale. Domnule comisar, împreună cu noi, Parlamentul European și împreună cu statele membre, vă angajați ca, într-adevăr, în anul 2009, creativitatea și inovarea să crească în Europa.

1-150

Dumitru Oprea (PPE-DE). – Mulțumim tuturor celor care au făcut ca o țară din zona Europei centrale și de răsărit să sărbătorească Anul creativității cu un an mai devreme, Budapesta, fiind de fapt, capitala acestui nou curent european de creativitate și inovare. Propunem ca, pe aceeași linie, universitățile de top în cercetarea științifică să aibă drept șansă de promovare a politicii europene prin organizarea, în cel puțin o universitate din fiecare țară din ultimele două valuri, a unor acțiuni speciale, în care experții și specialiștii să-și spună cuvântul. De asemenea, propunem ca primii doi-trei cercetători ai fiecărei țări din cele două valuri să facă un tur al primelor cinci universități și centre de cercetare din Europa.

1-151

Маруся Иванова Любчева (PSE). – Г-н Председател, г-н Комисар, обявяването на 2009 г. като година на творчество и иновация е една възможност за развитие на културното, научно и икономическо сътрудничество, на перспективите, които се очертават пред всяка страна за разработка на своя национална програма за насърчване на творческия потенциал на хората.

Както ученето през целия живот е важно, така и творчеството, което е в основата на всяка иновационна политика, е определящо за постигане на нова социална принадлежна стойност. Тази политика показва, че ние разчитаме и развиваме човешкия ресурс, и той се явява в центъра. Важно е да се създаде директна връзка между образованието, културата и науката. Важно е институционалното взаимодействие за разширяване на периметъра им. Творчеството и иновациите засягат всички възрасти. Важно е също да обезпечим с ресурси и с обществена подкрепа, което е насърчване на таланта. Талантът се развива, но той има нужда да бъде подкрепен, защото движещите сили в обществото са именно можещите и талантливите творчески личности.

1-152

Ján Figel', člen Komisie – Chcem veľmi pekne poďakovať za veľmi zaujímavú reflexiu, diskusiu, ktorá je potvrdením záujmu o inovácie, o tvorivosť a podpory zo strany Parlamentu pre túto agendu. Všimol som si, že dominovali poslanci z nových členských krajín, čo je tiež taký príspevok a možno dobrý signál, že rozširovanie Únie vlastne znamená aj pohľad na nové témy a realie aj v globálnom svete, ale aj v lokálnych potrebách.

Americký sociológ Richard Florida povedal, že pre inovatívnu spoločnosť treba kombinovať tri T, a to je: talent, technológia, tolerancia. Talent má každý v rôznej miere, v rôznom zábere alebo charakteristike. Technológia, to je počítač alebo hudobný nástroj, možno invalidný vozík, aby sme mohli niečo rozvíjať. A to tretie je tolerancia, umožniť všetkým, aj tým marginalizovaným, aj tým slabším, účasť na procesoch, ktoré vedú k zlepšeniam, k sociálnej inklúzii, k novým poznaniam.

Som rád, že zaznela kontinuita s rokom 2008, lebo práve o to ide, aby z kultúrnej rozmanitosti a dialógu medzi kultúrami sme rozvinuli aj ďalšiu dimenziu kultúrnej agendy, ktorou je kreatívny priemysel, tvorivý priemysel. Pomáha to vidieť kultúru ako tvorivú súčasť spoločnosti, nie ako konzumenta, nie ako niečo, niekedy, ale permanentnú účasť aj na formovaní ekonomiky. Kultúra prináša. Kultúra, to nie je spotreba. A keď budeme takto vnímať kultúru, tak sa bude dariť aj našim tvorivým priemyslom, ktoré produkujú dobré zamestnanie, výrazný hospodársky rast, a to je vlastne lisabonská stratégia. Takže nie dichotómia – buď biznis alebo kultúra, ale spojenie, samozrejme vyvážené, rozumné.

Po ďalšie, čo je veľmi dôležité pre vzdelávanie, je prenos poznatkov do praxe. Často naše vzdelávanie je izolované, fragmentované a málo relevantné pre potreby reálnej praxe. Nechcem veľa hovoriť, zaznelo tu konkrétne povzbudenie pre podnikateľskú sféru, pre vzdelávanie k podnikaniu, pre zodpovednosť nielen Európskej únie, ale aj členských štátov promovať, podporovať talenty a inovácie. To všetko je o modernizácii školstva, o celoživotnosti vo vzdelávaní.

A čím chcem uzavrieť: inovácie, to nie sú natoľko len výsledné produkty, alebo nové služby, ale hlavne nové prístupy, nové postupy, inovatívna mentalita, a o to ide pri roku 2009, aby to menilo naše vnímanie dôležitosti inovácií a hodnoty talentov a kreativity. Takže ďakujem veľmi pekne a teším sa na spoluprácu.

1-153

Κατερίνα Μπατζελή, Εισηγήτρια. – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι όλοι σ' αυτή την αίθουσα υποστηρίζουμε ομόψυχα και με πολιτική συμφωνία ότι το έτος 2009 θα είναι έτος δημιουργικότητας και καινοτομίας, και αυτήν ακριβώς την πίστη μας στην επιτυχία αυτού του προγράμματος -αυτού του έτους- προσπαθήσαμε να τονώσουμε περισσότερο και μέσω της

διαδικασίας συναπόφασης την οποία το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο διεκδίκησε έτσι ώστε να είναι μία πολιτική η οποία στηρίζεται στη διοργανική συμφωνία όχι μόνο στη λήψη αποφάσεων, αλλά και στην εφαρμογή και αποτελεσματικότητα του προγράμματος.

Και σ' αυτό το σημείο θα ήθελα να τονίσω ότι ο προβληματισμός των συναδέλφων για τον τρόπο υλοποίησης και επιτυχίας θα πρέπει να ληφθεί υπόψη εκ μέρους της Επιτροπής κατά την παρακολούθηση και κατάθεση των προτάσεων από τις εθνικές αρχές και τους ενδιαφερόμενους φορείς, έτσι ώστε αυτή η δημιουργικότητα και καινοτομία να μην να αποτελέσει το 'mainstreaming' όλων των πολιτικών αλλά να είναι και βήμα κινητικότητας στους καλλιτέχνες, στις πολιτιστικές βιομηχανίες, στους εκπαιδευτικούς, στους δασκάλους.

Απαιτείται έλεγχος πολύ περισσότερος και μεγαλύτερος από εκείνον του Διαπολιτισμικού Έτους, όπου ο προϋπολογισμός ήταν σαφής και κατοχυρωμένος στον ετήσιο προϋπολογισμό των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων. Έτσι λοιπόν, λαμβάνοντας υπόψη και το μήνυμα του κυρίου Figel' και των συναδέλφων ότι πρέπει να το παρακολουθήσουμε, τονίζω σ' αυτή την αίθουσα ότι ο διαπολιτισμικός διάλογος και το Έτος Δημιουργικότητας και Καινοτομίας πρέπει να αποτελέσει αιχμή του δόρατος της επικοινωνιακής πολιτικής μας ενόψει των ευρωεκλογών, έτσι ώστε και εμείς να βάλουμε ένα μικρό λιθαράκι στην κινητοποίηση των πολιτών για την επιχειρηματικότητα, τη δημιουργία και τον πολιτισμό.

(Χειροκροτήματα)

1-154

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-155

Bogdan Golik (PSE), na piśmie. – Zanim zostałem europoseł miałem okazję zapoznać się z zasadami funkcjonowania środowiska nauki, jak i prywatnych przedsiębiorców. Zdobyte przeze mnie doświadczenia potwierdzają, że Europie potrzebne jest rozwinięcie zdolności twórczych i innowacyjnych z powodów zarówno społecznych, jak i gospodarczych.

Wydaje mi się, że nadchodzący rok kreatywności i innowacji jest doskonałą okazją, aby zwiększyć konkurencyjność UE w świecie globalizacji. Projekty dotyczące dalszego rozwoju współpracy między państwami członkowskimi w dziedzinie edukacji, wymiany praktyk, jak i Europejskiej Wspólnoty Wiedzy i Innowacji cieszą się poparciem zarówno rządu polskiego, jak i władz unijnych. Z radością powitałem skonsolidowanie idei EIT poprzez ustanowienie jego siedziby w Budapeszcie w czerwcu 2008 r.

Aby w pełni wykorzystać ludzkie umiejętności oraz możliwości płynące z idei takich jak EIT potrzebna jest nie tylko dobrze rozwinięta infrastruktura kształcąca ludzką twórczość, ale również zaplecze zapewniające godne warunki pracy, w których dalszy rozwój będzie możliwy. Korzystając z okazji chciałbym zainteresować Państwa inicjatywą stworzenia w Polsce, a konkretnie w Łodzi, jednej z części EIT. Łódź wyróżnia się w Europie wyjątkowością i innowacyjnością zarówno w świecie nowoczesnej nauki, jak i walorami użytkowymi pomysłów wdrożonych w biznesie. Wykorzystanie sprzyjających okoliczności takich jak Rok Kreatywności i Innowacji oraz wykorzystanie niedocenianego potencjału miast takich jak Łódź może przynieść korzyści nam wszystkim!

1-156

Zita Gurmai (PSE), írásban. – A kreativitás és az innováció rendkívül fontos szerepet játszik abban, hogy Európa hatékonyan reagáljon a globalizáció jelentette kihívásokra és lehetőségekre. A tudás hatékonyabb felhasználása és az innováció fejlesztése az európai gazdaság lételeme, ezért ezekre különleges hangsúlyt szükséges fektetni. A kreativitás és innováció képességének fejlesztésére irányuló európai év erre kívánja felhívni a figyelmet.

Az európai gazdaság dinamizmusa nagymértékben függ innovatív kapacitásától. Európának mind társadalmi, mind gazdasági okokból fokoznia kell kreatív és innovációs képességét. Ezért fontosnak tartom, hogy az európai év gyakorlati intézkedésekről, az innováció fejlődésének elősegítéséről is szölgön.

A kreativitás és az innováció eredményei széles körben is ismertté kell, hogy váljanak. Ezért különleges igény van a tájékoztató és promóciós kampányok indítására, összeurópai, tagállami, regionális és helyi szinten zajló események tartására, kulcsfontosságú üzenetek megfogalmazására, valamint a jó gyakorlatok ismertetésére.

Elő kell mozdítani az innováció hajtóerejeként felismert klaszterhálózatokat, tudásháromszögek létrehozását, az oktatás különböző formáinak előretörését. Az innováció elősegítése érdekében a tagállamoknak az innovációt támogató szolgáltatások terén tett fejlesztésekre kell összpontosítaniuk, különösen a technológiaátadás céljából, továbbá az egyetemek és vállalkozások összekapcsolása révén innovációs pólusok és hálózatok megteremtésére, a tudástranszferre, a finanszírozáshoz való jobb hozzáférésre.

1-157

Nicolae Vlad Popa (PPE-DE), în scris. – Diversitatea este una dintre sursele inovației, iar politica de lărgire a Uniunii Europene a adus pentru Europa noi surse de diversitate și, deci, noi surse de inovație. Din păcate însă, pentru studenții din țările nou intrate, cum este România sau Bulgaria, costurile de participare în programul Erasmus reprezintă încă un efort prea mare, ceea ce reduce participarea lor în program.

În 1987 lua naștere programul Erasmus care urmărea să ofere studenților mobilitate pe plan european și posibilitatea obținerii unei cariere mai bune. După 21 de ani, programul nu numai că a reușit să atragă 2 milioane de studenți și 3100 de instituții de învățământ superior, dar a și contribuit activ la îmbunătățirea vieții academice a studenților, la dobândirea de abilități interculturale și de încredere în propriile forțe.

Fără a-și propune explicit acest lucru, programul Erasmus a reușit să familiarizeze studenții cu însăși esența Uniunii Europene: libertatea de mișcare în această mare familie diversă, dar unită.

De aceea, în perspectiva Anului inovației și creativității, consider că o suplimentare a bugetului pentru studenții din țările nou intrate în Uniune ar implica o mai mare participare a lor în acest program și deci o sporire a diversității ca sursă a inovației și creativității.

1-158

22 - Adaptación de determinados actos al procedimiento de reglamentación con control - Segunda parte - Adaptación de los actos jurídicos a la nueva decisión sobre comitología (breve presentación)

1-159

El Presidente. – El siguiente punto es el debate conjunto sobre

– el informe de József Szájer, en nombre de la Comisión de Asuntos Jurídicos, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se adaptan a la Decisión 1999/468/CE del Consejo, en su versión modificada por la Decisión 2006/512/CE, determinados actos sujetos al procedimiento contemplado en el artículo 251 del Tratado, en lo que se refiere al procedimiento de reglamentación con control – Segunda parte (COM(2007)0824 – C6-0476/2007 – 2007/0293(COD)) (A6-0100/2008), y

– el informe de József Szájer, en nombre de la Comisión de Asuntos Jurídicos, con recomendaciones destinadas a la Comisión sobre la adaptación de los actos jurídicos a la nueva decisión sobre comitología (2008/2096(INI)) (A6-0345/2008).

1-160

József Szájer, elöadő. – Az emberiség régi tapasztalata, hogy döntéshozó hatalmat, különösen végrehajtó helyzetben levő hatalmakat nem szabad parlamenti ellenőrzés nélkül hagyni. Manapság, különösen a Lisszaboni Szerződés előkészítése kapcsán nagyon gyakran hallhattunk az Európai Unió úgynevezett demokratikus deficitjéről, és a brüsszeli bürokráciáról is rengeteget hallhattunk.

Érdekes módon éppen azok nem támogatják ma a Lisszaboni Szerződést, akiknek leginkább szolgálná az érdekeit mindez a változtatás, azok, akik meggyőződhetnek arról, hogy a Lisszaboni Szerződés éppen hogy hatékonyabb ellenőrzést biztosít a végrehajtó hatalom, az Európai Bizottság és az úgynevezett európai bürokrácia felett. Ezt megfontolásul szánom mindazoknak, akik úgy gondolják, hogy nincsen szükség a Lisszaboni Szerződésre.

Meggyőződésem, hogy az által, hogy a polgárok által közvetlenül választott Európai Parlamentnek biztosítunk szélesebb körű jogokat az Európai Bizottság felett, ezzel mind ezt a célt szolgáljuk. Különös tekintettel akkor, amikor Európában a Parlament és a Tanács, vagyis a törvényhozó hatalom egyre több jogosítványt delegál a végrehajtó hatalomra, egyre több tekintetben bíz meg az Európai Bizottságban abban a kérdésben, hogy a részletszabályokat majd megalkotja.

Hiszen rengeteg esetben azonnali reagálásra van szükség, amikor a bonyolult európai mechanizmus, törvényalkotási, jogalkotási mechanizmus, a Tanács és a Parlament nem tud összeülni, és gyors reakcióra van szükség, és ebben az esetben nincs más lehetőség, mint az, hogy a gyors, hatékony cselekvés érdekében a Bizottságot hatalmazzuk fel ezekben az ügyekben.

Ez történik most is. Ez a két jelentés arról szól, hogy az Európai Parlament és a Bizottság között 2006-ban kötött megállapodás keretében az Európai Parlamentnek a hatáskörei és hatalma arra is kiterjed, hogy a Bizottság által végrehajtott, jogalkotói hatáskörben teljesített aktusai fölött ellenőrzést kapjon. Erre eddig csak az egyik jogalkotónak, a Tanácsnak volt meg a lehetősége.

Négy csomagot terjesztett elő az Európai Bizottság, ebből kettőt már a nyári ülésünkön elfogadtunk, most következik a harmadik, illetőleg az önálló kezdeményezésű jelentésem arról szól, hogy milyen elvek mentén kell ezt a folyamatot végrehajtani, hogyan kell ezt az ellenőrzést rögzíteni.

Ugyanakkor szeretném lerögzíteni, hogy jó kompromisszum született a tárgyalások során, azonban a Parlament részéről teljes mértékben szeretném világossá tenni, hogy ezt nem tekintjük precedensnek sem a most folyó komitológiai eljárásokban, sem pedig a jövőre nézve.

Ez az ellenőrzési jogosítvány a Lisszaboni Szerződésre tekintet nélkül fogja megilletni a Parlamentet, vagyis a Lisszaboni Szerződés, amely hasonló jogosítványokat biztosít, egy kicsit előrébb jött és ennek keretében ezeket már megvalósítjuk.

A Parlament számára ez óriási munka, és a Parlamentnek ehhez biztosítani kell a szükséges eszközöket, éppen ezért a költségvetés tekintetében is eljártam, hogy a bürokráciáktól elvéve a Parlament számára biztosítsuk azokat a lehetőségeket, amelyek ennek az új feladatnak a maradéktalan ellátásához szükségesek. Vagyis a Parlamentnek is fel kell készülnie ennek a feladatnak a maradéktalan ellátására, és azt gondolom, hogy ez által, ezzel a lépéssel az Európai Unió is demokratikusabbá, átláthatóbbá, transzparenssebbé válik, vagyis egy jelentős lépést teszünk a végrehajtó hatalomnak a törvényhozó hatalom általi, ilyen módon a népfelség általi ellenőrzése felé az európai intézményekben. Köszönöm a figyelmet.

1-161

Ján Figel, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of the Commission I welcome the two reports from Mr Szájer, and my thanks to the rapporteur for his work. *Köszönöm szépen Jóska.*

With the first-reading agreement reached on the so-called ‘second omnibus’, an additional set of legislative instruments will be brought in line to the revised comitology decision. This implies a stronger role for Parliament – for you – and closer democratic scrutiny. The Commission is really pleased to see that work has been advancing at quite a good rate and fair solutions have been reached between the three institutions – the Council, Parliament and the Commission.

With the second report, Parliament actually invited the Commission to present new proposals to adapt a further limited number of acts. I can assure you of the Commission’s intention to examine thoroughly the recommendations made in your report. Once this assessment is completed, we will be able to decide how best to respond to Parliament’s recommendations.

Finally, let me also express the hope that the examination by the Council and by Parliament of the next omnibus will also proceed rapidly and smoothly.

1-162

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

1-163

23 - Concentración y pluralismo de los medios de comunicación en la Unión Europea (breve presentación)

1-164

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Marianne Mikko, en nombre de la Comisión de Cultura y Educación, sobre la concentración y pluralismo de los medios de comunicación en la Unión Europea (2007/2253(INI)) (A6-0303/2008).

1-165

Marianne Mikko, *rapporteur*. – Mr President, EU membership has almost doubled since the beginning of 2004. Ensuring the convergence of standards for the protection of democracy and basic freedoms towards the highest existing levels is one of the main post-enlargement challenges. In this context, the report welcomes all initiatives aimed at safeguarding democracy and points out that the media remains an influential political tool which should not be treated solely on economic terms.

The report recognises the decision of the European Commission to entrust determining the reliable and impartial indicators of media pluralism to a consortium of three European universities.

In addition, this report stresses the need to institute the monitoring and implementation systems based on the indicators thus determined. The report also recognises the ongoing efforts of publishers’ and journalists’ representatives to create a charter of media freedom. In addition, the report underscores the need for social and legal guarantees for journalists and editors.

The report advocates the adoption by the multinational enterprises of the best practice for editorial and journalistic freedom in each country where they operate. It expresses concern over lower standards being applied in the Member States which acceded to the EU in 2004 and 2007.

The development and acceptance of new technologies has led to the emergence of new media channels and new kinds of content. The emergence of new media has brought more dynamism and diversity into the media landscape. The report encourages responsible use of new channels.

Weblogs: I understand and I do not understand the concern of bloggers. My entrance into cyberspace has created rapid reaction among a lot of bloggers. I shall make it clear now that nobody is interested in regulating the internet. That is why I support, as rapporteur, the compromise that has reached common understanding in the PSE, ALDE and Verts/ALE Groups and which underlines the following: 'encourages an open discussion on all issues relating to the status of weblogs' – full stop. We remain here.

The report acknowledges the challenges posed to the print outlets by the migration of the advertising revenues to the internet, but points out that the new commercial media landscape is dominated by the established public and private media content providers. It also takes the standpoint that the concentration of media ownership is approaching levels where media pluralism is not granted by the forces of the free market, especially in the new Member States.

The report recognises that the public service media needs a sizable and stable market share to fulfil its mission. It points out that, whereas in certain markets the public service media is a leading market participant, it mostly suffers from inadequate funding and political pressure.

The report recognises the need to increase media literacy in the EU, recommends the inclusion of media literacy among the nine basic competences and supports the development of the European core curriculum for media literacy.

Once again, the report welcomes all initiatives aimed at safeguarding democracy and points out that the media remains an influential political tool, which should not be treated solely on economic terms. Freedom of expression is the key of my report – for that I really stand.

1-166

Ján Figel, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like first of all to congratulate Mrs Marianne Mikko on her excellent report. The Commission shares many of the views expressed in this report. We are convinced that this resolution sends a very positive signal in favour of media pluralism to all interested parties, including Member States and European institutions, including the Commission.

Safeguarding democracy and plurality of expression – as you have said – is essential. We must maintain a good balance between the objectives of the diversity of voices in the media and the competitive strength of the media. However, earlier and intensive consultations indicated that it would be politically inappropriate for the Commission and the European Union to harmonise media ownership rules or media pluralism. Subsidiarity is effectively a strong consideration here, and a one-size-fits-all measure or model would not suit the variety of situations.

This is the reason why I think that it would be a mistake to over-regulate the very lively blogosphere. Nevertheless, I agree with you that certain legal obligations imposed on the press, such as respect for copyrights or the right of reply, must in any case be respected by websites. Putting user-generated content sites on an equal footing with any other forms of public expression seems to us to be a desirable aim. Conversely, creating a rigid and special status for blogs seems counter-productive and in contradiction to the genuine spirit of the internet.

The Commission agrees with Parliament that the European Community's competition rules themselves can only partially ensure the pluralism of the media. This is exactly the reason why media pluralism is regarded as a legitimate public interest by Article 21 of the EC Merger Regulation. Therefore, Member States may take appropriate measures to protect media pluralism by implementing additional rules beyond the Merger Regulation. They must, however, apply national and EC law.

However, as regards competition rules, I would like to nuance a little your statement on the harmful character of the concentration of ownership on media pluralism. Europe's media companies, including the written press, must be strong enough to withstand competition at global, international level. We are against over-restrictive rules on media ownership which could reduce the competitiveness of EU companies. Situations are not comparable from one Member State to another. There is a real diversity of situations.

I am, of course, in favour of more transparency of ownership and of complete information being available to the public regarding the aims and background of broadcasters and publishers. This is a *sine qua non* condition to attaining more authoritative and reliable media.

As you insist in your resolution, public service broadcasters are an indispensable element for media plurality. This is why the Commission thinks that their public-service missions must be clearly specified and their funding ensured; otherwise great uncertainty will ensue.

In this respect, Ladies and Gentlemen, we all agree that the definition of the public service remit is, in principle, a matter for Member States, rather than the Commission, to decide. Member States also decide the means of financing public service broadcasting, as indicated in the Amsterdam Protocol. In this context, the Commission's role is to minimise distortion of competition between all types of media. The Commission also appreciates your position on codes of conduct and self-regulation as instruments to support media pluralism.

1-167

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar el jueves 25 de septiembre.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-168

Κατερίνα Μπατζελή (PSE), γραπτώς. – Η συγκέντρωση και ο πλουραλισμός θα συνεχίζουν να αποτελούν το επίκεντρο των συζητήσεων σε εθνικό και κοινοτικό επίπεδο, εφόσον η σημερινή κοινωνία, οι σημερινοί πολίτες δέχονται την άμεση πληροφόρηση και την εικόνα του λόγου από τα ΜΜΕ. Σε αυτό λοιπόν το σκηνικό, η διευθέτηση και οριοθέτηση των ορίων λειτουργίας και παρεμβάσεων των δημόσιων και ιδιωτικών μέσων ενημέρωσης είναι το βασικό ζητούμενο. Σε κάθε περίπτωση, θα πρέπει να διασφαλίζεται η μη χειραγώγηση της πληροφόρησης, η μη διασύνδεση με την πολιτική εξουσία, η οικονομική ανεξαρτησία των μέσων, η διαφάνεια στην χρηματοδότησή τους, οι συνθήκες εργασίας των δημοσιογράφων, αλλά και η ποιότητα και η ποικιλομορφία της ενημέρωσης.

Σε αυτό το "άνοιγμα" του δημοκρατικού διαλόγου διαμέσου των ΜΜΕ ένα νέο μέσο αναπτύσσεται όπως αυτό των ιστολογίων, μέσο που εξατομικεύει την ανταλλαγή απόψεων. Σε πολλές όμως περιπτώσεις σε κρίσιμα ζητήματα - όπως για το περιβάλλον και την κοινωνία - η έκφραση αυτή έχει μετατραπεί σε "συλλογική διαμαρτυρία".

Οι κώδικες αυτορρύθμισης μπορούν σε αυτή την φάση να αποτελέσουν επαρκή βάση για τον αλληλοσεβασμό μεταξύ χρηστών και αναγνωστών χωρίς να τίθεται δέσμευση του δικαιώματος έκφρασης και αντίδρασης από τις δύο πλευρές. Τα ΜΜΕ και οι χώροι διαδικτυακής ανταλλαγής πληροφόρησης διευρύνονται, αξιολογούνται και ρυθμίζονται θέτοντας πάντα ως αρχή την δημοκρατική έκφραση, συμμετοχή και σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

1-168-500

Ivo Belet (PPE-DE), schriftelijk. – Mediapluralisme ligt ons na aan het hart en we staan dan ook achter de grote principes van het verslag. Het is jammer dat we niet over alle punten overeenstemming hebben kunnen vinden.

We onderschrijven volop dat de openbare omroep de ruimte moet krijgen om haar rol te vervullen in een digitale, interactieve mediaomgeving, uiteraard in balans met de commerciële zenders.

Een open discussie over weblogs moet aangemoedigd worden. Weblogs en andere zogenaamde 'user-generated content' dragen op een frisse manier bij tot een veelzijdig medialandschap en spelen een steeds grotere rol in nieuwsduiding.

De kwaliteit van een blog staat of valt echter met de auteur ervan en niet alle bloggers hebben even eerbare bedoelingen. Opdat weblogs niet zouden verworden tot anonieme bronnen van laster, moeten we nadenken over hoe we omgaan met bijvoorbeeld privacy inbreuken of recht van weerwoord. Maar we mogen als Parlement absoluut niet te betuttelend optreden.

1-168-750

Adam Bielan (UEN), na piśmie. – Chciałbym podkreślić potrzebę zapewnienia przez Unię Europejską równowagi pomiędzy mediami prywatnymi i publicznymi w Europie. Ingerowanie w treści informacyjne przez właścicieli stacji telewizyjnych i radiowych narusza standardy demokracji. Pochodzę z kraju, w którym obecny rząd niszczy niezależność mediów. Obserwujemy szereg działań mających na celu podporządkowywanie mediów publicznych ekipie rządzącej. Wyrażam poparcie dla wszystkich inicjatyw na rzecz obrony publicznych środków masowego przekazu, ponieważ są one narzędziem politycznym o dużej sile oddziaływania. Media publiczne potrzebują dodatkowej ochrony ze względu na brak dostatecznego finansowania i naciski polityczne jakim są poddawane szczególnie w nowych krajach członkowskich.

1-169

Hélène Goudin (IND/DEM), skriftlig. – EU-parlamentets utskott för kultur och utbildning verkar lida av sysselsättningsproblem och i sin iver att finna frågor att ägna sig åt skriver man betänkanden som världen hade klarat sig utan.

Betänkandet om mediernas koncentration och mångfald i EU är ett sådant exempel. Det är ett eget initiativ från utskottet och föredraganden föreslog i sitt ursprungsbetänkande en frivillig klassificering av bloggar utifrån författares och utgivares yrkesmässiga och ekonomiska ansvar och intressen. Det finns många invändningar mot en sådan idé, såväl vad gäller genomförbarhet men även, och än viktigare, dess eventuella implikationer för yttrandefriheten.

Förslaget till betänkande har förvisso modifierats under utskottsbehandlingen men innehåller fortfarande mycket onödigt och skadligt.

1-169-500

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), kirjallinen. – Moniarvoisuudesta mediassa Kiitän esittelijä Mikkosta mietinnöstä. Aihe on eurooppalaisen yhteiskunnassa tulenpalava: median rooli ja vaikutusvalta. Historia on tehnyt kristallinkirkkaaksi, ettei vallan keskittyminen ole koskaan hyväksi. Ihminen on alati altis sairastumaan valtaan - oli se minkä muotoista tahansa - ja keskitetty valta sairastuttaa koko yhteiskunnan. Tämä pätee myös neljanteen valtiomahtiin, tiedotusvälineisiin.

Unionin keskeisiä tehtäviä on kilpailun takaaminen sisämarkkinoilla. Miksei sama pätsi myös mediaan? Mietinnössä esitetty ajatus kilpailu- ja medialainsäädännön yhteenkutomisesta median omistajakeskittymien ja muun yhteiskunnallisen vallan välisten eturistiriidien välttämiseksi on perusteltu.

Silti olen enemmän huolissani median kyvystä yhteiskunnallisen hyvän vartijana, koska näidenkin kiinnostuksen kohde on yhä vahvemmin yksinomaan taloudellinen voitto.

Kirkko ei ole aikoihin ruokkinut kansan sormellaosoittelevaa moralismia; homman hoitaa tietynlainen lehdistö, koska synty, häpäisy ja tuomitseminen on sen elinehto. Nerokkaalla tavalla tämä journalismin laji osaa yhdistää moraalittomuuden ihannoinnin ja toisaalta tavattoman kapeakatseisuuden tuottavaksi bisnekseksi: yllytä, tuomitse - ja tee rahaa.

"Sanojesi perusteella sinut julistetaan syyttömäksi, ja sanojesi perusteella sinut tuomitaan syylliseksi." Näiden lauseiden sanoja osoitti tuntevansa hyvin ihmismielen. Milloin media itse herää kysymykseen, saako se toimintatavoillaan lopulta enemmän aikaiseksi yhteiskunnallista pahaa kuin hyvää?

1-169-750

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), în scris. – Pluralismul trebuie să fie, suntem de acord cu totii, un element vital în ceea ce privește mass-media. Ca element vital, el trebuie susținut și, prin adoptarea raportului Mikko, s-a făcut un pas important în această direcție.

Necesitatea unei piețe mass media echilibrate trebuie deasemenea recunoscută și susținută la nivelul Statelor Membre, acestea trebuind să se angajeze, atât separat cât și împreună, să ofere cetățenilor europeni posibilitatea unei informări corecte și variate.

Diversitatea culturală precum și nevoia în continuare de integrare a populației migrante și a minorităților, cumulate cu importanța unei bune informări a populației active, se regăsesc ca motive prioritare ale creării unei carte pentru libertatea media. În acest sens, susțin cu convingere recomandarea PE de a susține serviciile publice de media în direcția unei informări alternative celei bazate exclusiv pe criterii comerciale.

Nevoia ca cetățenii Europei să își exercite în mod activ drepturile și obligațiile, să fie informați și capabili de a înțelege și critica felul în care sunt informați, trebuie să ghideze orice masură adoptată în viitor, atât de instituțiile europene cât și de fiecare Stat Membru în parte.

1-170

Toomas Savi (ALDE), in writing. – The report of Marianne Mikko reflects very well on the general tendencies in the media in the European Union, pointing out an extremely important aspect in paragraph 35, regarding public broadcasting services.

In order to maintain sufficient media pluralism and diversity, public broadcasting corporations must also provide programmes that might not gain the highest ratings or advertising revenue. I have always been convinced that if a public service broadcaster becomes extremely popular among the people and profitable for the state, it need not be a public broadcaster at all.

The purpose of the public broadcaster is also to cater for the various needs and interests of the people, who are not always the unexacting audience of private broadcasters that tend to go with the mainstream. The public service broadcasters across the European Union should not neglect high-quality niche programmes in order to compete with privately owned broadcasters.

One of the principles of providing public goods is solidarity. Public broadcasting services should operate in solidarity with viewers of more demanding or fastidious tastes as well.

1-171

Inger Segelström (PSE), in writing. – The report concerns an important subject, media diversity, which is an important element in safeguarding democracy and the right of citizens to have access to reliable and independent media. Countries where economic, religious or political interests control the media have difficulties offering their citizens a variety of means of gathering information, which creates large gaps in their ability to absorb information and guarantee free and impartial elections.

Now we in the European Parliament are voting on a report concerning these important issues. We Swedish Social Democrats had really hoped to be able to vote for this report. But as it stands today, we will not do this. There is great purpose in the compromise proposal reached, but there remain several ambiguities, mainly around issues that affect web-blogger status. We do not want to contribute to the European Parliament equating web-blogging with traditional media by questioning and proposing discussions on web-blogs status, as proposed. This is not required for other groups, so why the web-bloggers? However, we share the view, with many web-bloggers, that violations and slander are equally punishable on web-blogs as in other media. Therefore, we will vote against this report.

1-172

Daniel Stroj (GUE/NGL), v písemné formě. – Zpráva o koncentraci a pluralitě sdělovacích prostředků v Evropské unii, kterou parlament předkládá z vlastního podnětu, je velmi závažná, potřebná a na mnoha místech přesně popisuje situaci, která už řadu let panuje v České republice. Důrazně z toho místa upozorňuji především na dva aspekty, jež zpráva právem obecně kritizuje a požaduje nápravu. Tím prvním je téměř úplná koncentrace denního tisku v rukou zahraničních, konkrétně německých koncernů, jejichž ekonomické a politické zájmy jdou očividně proti objektivně daným zájmům České republiky, především pak pokud jde o názorovou pluralitu a nezávislost médií. Ta se stala v českém prostředí pouhou fikcí. Realitou je naopak ostře pravicová tendence a bezbřehá manipulace. Druhým aspektem je počínání veřejnoprávní televize, která slouží výhradně zájmům současné pravicové vlády a jejíž zpravodajství i publicistika je natolik tendenční, že o tzv. veřejnoprávnosti už nelze mluvit. Doporučuji proto orgánům a institucím, které se problematikou koncentrace a plurality sdělovacích prostředků v EU zabývají, aby v tomto ohledu věnovaly zvýšenou pozornost právě České republice.

1-173

24 - Seguimiento de la Conferencia de 2002 en Monterrey sobre la Financiación para el Desarrollo (breve presentación)

1-174

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Thijs Berman, en nombre de la Comisión de Desarrollo, sobre el seguimiento de la Conferencia de Monterrey sobre la Financiación para el Desarrollo de 2002 (2008/2050(INI)) (A6-0310/2008).

1-175

Thijs Berman, Rapporteur. – Voorzitter, op dit moment wordt in New York door de VN vergaderd over de millenniumdoelstellingen. Als er niets verandert, halen wij die niet in 2015. Dan is de armoede niet met de helft teruggebracht, dan is de moedersterfte niet ingrijpend gedaald, dan gaan niet alle kinderen naar de lagere school. Hier en daar klinkt zelfs de roep om de millenniumdoelen maar opzij te schuiven. Het lukt toch niet. *Aid fatigue* heet dat. Het is een ander woord voor cynisme en kortzichtig eigenbelang. Te weinig hulp kan geen resultaat leveren. En ja, hulpprojecten mislukken vaak. En dat is het probleem. Te weinig hulp lukt niet. Het is alsof een voetbaltrainer aan zijn ploeg alleen rechterschoenen geeft. Na tientallen wedstrijden zegt hij: jullie verliezen van iedereen, dit wordt nooit wat. Ik houd ermee op, de schoenen mag je houden en zoek het zelf verder maar uit.

Er zijn genoeg landen waar hulp wél succes heeft. De omvang van de hulp is belangrijk. In Rwanda is veel hulp gegeven na de genocide. Het land is zelf op bewonderenswaardige wijze opgestaan. Er is veel kritiek mogelijk - en die heb ik ook op Kagame - maar toch, Rwanda geeft na de verschrikking van 1994 een levensles aan de hele wereld. Zonder de hulp zou deze economische groei echter minder groot zijn geweest. Ook in Mozambique heeft de hulp succes en er zijn vele andere voorbeelden. Sinds de millenniumdoelen zijn vastgelegd hebben 29 miljoen kinderen de weg naar de lagere school gevonden. Als de wereld zijn eigen afspraken nu eens nakwam zou er nu geen voedselcrisis zijn. Als elk welvarend land 0,7 % van zijn bruto nationaal product zou besteden aan ontwikkelingshulp, zou het aantal ondervoede kinderen nu niet opnieuw stijgen na jaren van daling.

Het Europees Parlement zal daarom met dit verslag een scherpe oproep doen aan de lidstaten om hun eigen beloften na te komen, vooral de lidstaten die achterblijven, zoals Frankrijk, Duitsland, het Verenigd Koninkrijk en Italië, om alleen die grote lidstaten te noemen. De hulp moet omhoog tot 2015, in een helder tijdschema, in gelijke stappen. Geen *backloading*, want een late inhaalslag na een serie kleine stapjes omhoog, ontnemt de arme landen 17 miljard euro hulp tot 2015.

Eén ding moet duidelijk zijn: met publieke middelen alléén komt de ontwikkeling er niet en komt er niet genoeg op gang. Daar is meer voor nodig. De Europese Unie moet blijven investeren in vrede en veiligheid, in goed bestuur en in respect voor mensenrechten. In Kenia is dat gelukt dankzij Europese druk, Raila Odinga is nu premier. In Oost-Tsjaad is het veel moeilijker voor EUFOR. Maar het is nu essentieel om privé-geldstromen te gaan binden aan publieke doelen. Toegang tot leningen is het sleutelwoord. Leningen zijn zelden voor de armsten weggelegd en dat moet veranderen. Met ontwikkeling als doel, gelijke toegang voor vrouwen en mannen, geen woekerrentes, investeren in kansen voor kleine ondernemers die sterke netwerkers zijn, verbonden met lokale organisaties. Privébanken denken uit zichzelf niet aan deze voorwaarden en geven vrouwen minder snel een lening dan mannen. De Europese Unie kan hier een enorme invloed hebben met kredietgaranties. De Europese Investeringsbank zal ook veel meer dan nu steun moeten verlenen aan microkredietinstellingen. Daarmee krijgen mensen pas echt de kans om hun capaciteiten te tonen en hun eigen bestaan op te bouwen als autonome zelfstandige burgers. In het IMF moeten de arme landen ook meer invloed krijgen.

Daarnaast moet er meer geld komen voor de gevolgen van klimaatverandering met een deel van de veilingen van CO²-rechten. De vervuiler betaalt, de arme landen zijn niet verantwoordelijk voor de opwarming van de aarde. De hulp zal zich daarnaast moeten richten op duurzame energie.

Ontwikkelingsbeleid hoort in het hart van de Europese Unie thuis. De Europese Unie moet een solidaire speler zijn op het wereldtoneel, elke lidstaat op eigen wijze, maar in samenhang en met 0,7% van het bruto nationaal product. Dát is millenniumdoel 8 en het nakomen van die achtste belofte brengt die andere doelen een stuk dichterbij.

Tot slot, tijdens het uitspreken van deze tekst zijn er tachtig mensen van honger omgekomen en stierven vijftig kinderen onder de vijf aan eenvoudig te genezen ziektes.

1-176

Ján Figel, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to express gratitude especially to Mr Thijs Berman for his report. It is very thorough and forward-looking.

I think this report is very timely and can make an impact especially in two areas. One is the UN negotiations in New York on the outcome document of the Doha Review Conference on Financing for Development which should start at the end of November. Secondly, the EU position for the negotiations in the United Nations and Europe's own contribution to a successful outcome of the Doha conference. This position is being currently developed.

In 2002, as you said, Monterrey was a success; the developed and developing countries joined forces and committed themselves to a concrete set of actions, the so-called 'Monterrey Consensus'. The role of the European Union was strong and decisive in order to bring about this successful outcome. I think Europe has been serious in following up the commitments made in Doha, and the Commission has assessed the progress in our Member States annually. In 2005 the EU reviewed and further strengthened our commitments.

The most prominent EU commitments are the time-bound targets to increase the volume of official development assistance with a view to spending, by 2015, 0.7% of the EU's gross national income for development. I think you all know that we decided to get there step by step with the first immediate target in 2006 – collectively reached by the EU. The next deadline is 2010, when our aid should collectively reach 0.56% of GDP.

In June this year (2008) the European Council strongly reconfirmed those commitments, a welcome and essential measure since EU aid levels dropped last year, for the first time since Monterrey. This was a rather negative signal. Against this background, the Commission remains confident that the European Union aid levels will increase again as of 2008 – this year. Multiannual rolling timetables illustrating how each EU Member State wants to achieve the agreed targets are an important tool in this context. We need to see the overall picture but also a country-by-country mosaic.

Since Monterrey, the European Union has also achieved progress on its other commitments. The aim of the Doha Conference is to assess progress made, reaffirm commitments, identify obstacles, but also find ways to overcome these obstacles. It should also be about new challenges, for example climate change and high and volatile food, fuel and commodity prices in the light of the global economic downturn and even financial crisis.

The Commission hopes that at Doha the international community will reconfirm the global partnership on financing for development based on shared responsibilities between developed and developing countries. Therefore it is not one way, but a two-way process.

Doha should lead to an action-oriented forward-looking outcome that facilitates an effective implementation of the Monterrey Consensus in all its dimensions, including mobilising domestic resources, foreign direct investment for development, international trade, external debt of developing countries, financial and technical cooperation and global governance.

The report that you are going to adopt tackles a number of the issues at stake and provides a welcome contribution to the international debate. Thank you for your report and for your attention.

1-177

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-177-500

Sirpa Pietikäinen (PPE-DE), kirjallinen. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, haluaisin kiittää Bermania ansiokkaasta raportista, joka kiteyttää hyvin EU:n kehityspolitiikan suunnan: kehitystä on tapahtunut, mutta paljon on vielä tekemistä.

EU julkaisi aivan hiljattain tutkimuspaperin Millenium Development Goals at midpoint, jossa tarkasteltiin vuosituhattavoitteiden toteutumista ja unionin roolia tavoitteiden saavuttamisessa. Raportista välittyy niin positiivista kehitystä kuin parannusta kaipaavia seikkoja.

EU on maailman suurin kehitysavun antaja 60 prosentin osuudellaan kaikesta maailman kehitysavusta. Vuonna 2006 EU ylsi viralliseen tavoitteeseensa luovuttaen 0.31 prosenttia unionin yhdistetystä bruttokansantuotteesta kehitysapuun.

Vuoden 2006 tavoitteen toteutumisesta huolimatta avun määrä on riittämätön ja vuoden 2007 ennusteiden mukaan sen määrä on hälyttävästi vähenemässä. Suurin osa EU-maista ei ole kasvattanut kehitysavun määrää edellisvuoden aikana ja joidenkin avun määrä on pudonnut jopa yli 100 prosentilla. Millenium Development Goal -tavoitteisiin sitoutuneilla EU-mailla on siis vielä huomattavasti parannettavaa.

EU:n omaksumien tavoitteiden mukaan avun prosenttiosuuden tulee kasvaa 0.7 prosenttiin BKT:stä vuoteen 2015 mennessä. Kehitys- ja köyhyysongelmat eivät poistu automaattisesti 0.7 prosentin mukana, vaan tarvitaan kipeästi myös suunnittelua, rakenteita ja seurantaa. Mutta ilman rahaa ei kuitenkaan tapahdu mitään ja onkin ensiarvoisen tärkeää, että edes tästä tavoitteesta ja lupauksesta pidetään kiinni.

1-178

25 - Cuadro de Indicadores del mercado único (breve presentación)

1-179

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Charlotte Cederschiöld, en nombre de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor, sobre el Cuadro de indicadores del mercado interior (2008/2056(INI)) (A6-0272/2008).

1-180

Charlotte Cederschiöld, föredragande. – Herr talman! Jag är väldigt glad över att konstatera att stora framsteg har gjorts sen vi röstade igenom vårt inremarknadsbetänkande i utskottet. I den nya resultattavla som presenterades i juli framkom att medlemsstaterna nått sitt bästa resultat någonsin när det gäller att införliva inremarknadsreglerna i den nationella lagstiftningen. Stats- och regeringschefernas uppsatta mål om en procents genomsnittligt införlivandeunderskott har uppnåtts och vi har en vinnare med noll procent försenade införlivanden, Bulgarien. *Chapeau*, hatten av! Låt oss hoppas att den här positiva trenden fortsätter och att våra medborgare tillåts dra full nytta av vår inre marknad framöver.

Vi måste fästa ökad vikt vid ett korrekt genomförande. I vårt betänkande uppmanar vi ledamöter av Europaparlamentet och kommissionen att inkludera nya och förfinade verktyg och fler och fördjupade parametrar för att ge medborgarna metoder att mäta och komma till rätta med de förluster de och näringslivet lider av på grund av att medlemsstaterna inte alltid gör det de ska i tid eller på ett korrekt sätt.

I all synnerhet måste vi utveckla kontrollen och hur implementeringen går till och göra det i direkt anslutning till det nationella genomförandet. Alla vinner nämligen på att man på det sättet undviker rättsliga domstolsförfaranden. Vi måste hitta sätt att i första hand undvika och i andra hand skynda på processen vid överträdelser. Genom implementeringsgrupper och nätverk kan skillnader i genomförande liksom onödigt *gold plating* undvikas. Genom ett välfungerande Solvit och genom sektorsgenomgångar från kommissionen kan kvarvarande problem upptäckas i ett tidigt skede. Solvit bör och kommer att bli ett allt starkare instrument.

En av de stora frågorna under diskussionen här i parlamentet har varit relationen till konsumentresultattavlan. Jag vill gärna ta tillfället i akt här och nu att understryka att vi inte bör skynda på med något beslut ännu. Som vi märkt fyller inremarknadsresultattavlan sin funktion i form av påtryckningsmedel, och det finns fortfarande stora utvecklingsmöjligheter. Till vidare är det lämpligt att låta de två växa separat, så att var och en utvecklar sina kvaliteter. Därefter får vi närmare undersöka värdet av att sannolikt, eventuellt, slå dem samman. Konsumentresultattavlan är ju fortfarande en helt omogen produkt, medan inremarknadsmotsvarigheten redan fungerar mycket pådrivande för en

harmoniserad EG-lagstiftning. Trots dess kraft i det avseendet är medlemsstaterna mycket positiva till den. Det är med andra ord ett väldigt effektivt instrument, som vi ska bevara men kanske också överföra längre fram på andra områden.

Jag ska också nämna vilka områden som är svårast. Det är miljö-, skatt-, tull-, energi- och transportområdena som ligger sämst till. Här tror jag att man ska försöka med nya modeller och kanske plocka upp tjänstedirektivsmodellen, genomförandet där, det vill säga ett väldigt nära samarbete med kommissionen. Det är att rekommendera. Jag hoppas att det kommer fler tillfällen att diskutera det här oerhört viktiga ämnet framöver, på årliga inre marknadsforum, förstärkta nätverk, administrativa samarbeten, kanske ett nytt inre marknadsråd på rådet, det skulle jag uppskatta. En återkommande uppdatering är ju en metod som bidrar till att utveckla det här området. Jag ska be att få tacka alla som har varit engagerade i den här frågan, för jag är övertygad att det som vi gjort lägger grunden till ett EU-samarbete i framtiden.

1-181

Ján Figel, *Member of the Commission*. – Mr President, we have a series of reports under this new system, and I am pleased to be able to congratulate Charlotte Cederschiöld on her report, because this is an area which is not so easy to evaluate. The report is very important in terms of its detail and also of the further steps for the future it proposes. It is a report on the internal market scoreboard, although Mrs Cederschiöld has just been speaking about other areas, and contains many very interesting and useful ideas on the content and focus of the scoreboard in the years to come.

Late or incorrect transposition of EU legislation by Member States deprives our citizens and businesses of their rights under Community law. It also undermines the trust and credibility of the EU as a Community based on the rule of law. Therefore, timely and correct transposition and application of EU law in our States is of key importance. This report confirms and reinforces the importance attached to this issue, which the Commission very much welcomes.

The Member States' track record on timely and correct transposition of EU law has improved substantially in recent years, which is good news. Today, 18 Member States have already achieved the 1% threshold or lower transposition deficit target for 2009, agreed by our Heads of State and Government in March 2007. Other Member States are very close to this target of 1% maximum. It means that the average transposition deficit is at 1% already, which is well in advance of the 2009 deadline. These are very positive developments and the Commission hopes that in 2009 the trend will be further confirmed.

The internal market scoreboard has already played a very important role in supporting Member States' efforts. It will continue to do so in the future. There is a momentum, and this scoreboard is generating peer pressure among the Member States to improve performance.

However, as the rapporteur said, good implementation of EU law does not stop with timely and correct transposition of directives. Those directives must be applied effectively on the ground by the authorities. Moreover, national authorities must ensure that citizens and businesses can exercise their rights under the Treaty itself, efficiently and effectively.

I agree with Mrs Cederschiöld that the time has come to examine whether the scope of the scoreboard could be widened, and to look at other aspects of the application of EU law, beyond mere transposition.

With its increased focus on infringements of Community law other than late transposition, including more information on individual sectors, the latest scoreboard of July 2008 represents a first step in this direction, and we are starting to take a broader view. The Commission is currently exploring whether more qualitative data on the application of EU law can be presented, possibly with a special focus on sectors where problems of good application of EU law appear to be the most acute including – as was mentioned – the energy and transport sectors.

The ambition is to publish a more comprehensive scoreboard in the first quarter of 2009. I believe that this is very much in line with the suggestions made by Mrs Cederschiöld in her report.

I also take note of the line taken and presented in the report on the relationship between the internal market scoreboard and the consumer scoreboard, and that the scoreboards should be kept separate.

Thank you once again for the report and your attention.

1-182

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-183

Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Nevyhnutným predpokladom účinného fungovania vnútorného trhu je kvalita právnych predpisov Spoločenstva a ich včasné vykonávanie. Správna transpozícia a správne uplatňovanie smerníc v oblasti vnútorného trhu ovplyvňujú konkurencieschopnosť, hospodársku a sociálnu rovnováhu v EÚ.

Napríklad smernica o stavebných výrobkoch, ktorú by sme mali nahradiť nariadením, na ktorom v súčasnosti pracujem ako tieňová spravodajkyňa EPP-ED, bola trasponovaná takým spôsobom, že označenie CE je v 4 členských štátoch nepovinné a v ostatných povinné. Vo výrobnom odvetví táto situácia spôsobuje veľké problémy.

Nejasné ustanovenia a nesprávne vykonávanie sekundárnych právnych predpisov veľakrát končí podaním na Európskom súdnom dvore.

Za veľmi dôležitý krok pokladám zriaďovanie jednotných kontaktných miest, kde európski občania dostanú pomoc v prípade akýchkoľvek právnych a praktických záležitostí, ktoré súvisia s ich pohybom na vnútornom trhu.

V záujme otvoreného a konkurenčného vnútorného trhu sú potrebné cielenejšia a prísnejšie nástroje na skvalitnenie boja proti falšovaniu a pirátstvu. Dávam do pozornosti PÍSOMNÉ VYHLÁSENIE č. 67/2008, ktoré sme pripravili spolu s kolegyňami, aby sme upozornili na falšovanie a pirátstvo, ktoré predstavujú čoraz väčšiu hrozbu v oblasti európskeho hospodárstva, zamestnanosti a tvorivosti.

Našu prioritnou úlohou musí byť ochrana spotrebiteľov, ktorí si často omylom zakúpia napodobeniny výrobkov, mysliac si, že sú pravé, čím môžu ohroziť svoje zdravie a bezpečnosť.

1-184

Rovana Plumb (PSE), în scris. – Punerea în aplicare la timp, transpunerea corectă și aplicarea corectă a directivelor privind piața internă reprezintă condiții fundamentale pentru funcționarea eficientă a pieței interne, a protecției consumatorilor, având consecințe asupra competitivității și echilibrului economic și social în cadrul UE.

Tabloul de bord este un important instrument de elaborare de politici, sens în care se solicită Comisiei să aprofundeze gama informațiilor și a indicatorilor cuprinși în acesta, inter alia calitatea, condițiile sociale ale lucrătorilor, precum și impactul asupra mediului și schimbările climatice.

România ocupă locul 7 în cadrul UE în ceea ce privește transpunerea directivelor pieței interne, înregistrând un deficit mediu de transpunere de 0,8% în decembrie 2007, față de obiectivul de 1% stabilit de șefii de stat și guvern pentru anul 2009. Raportul subliniază și faptul că întârzierea sau aplicarea incorectă a normelor europene afectează consumatorii și întreprinderile și solicită statelor membre să depună mai multe eforturi pentru a promova serviciile rețelei SOLVIT (SOLVIT este o rețea de soluționare a problemelor, în cadrul căreia statele membre ale UE conlucrează pentru a soluționa, fără utilizarea procedurilor legale, problemele survenite datorită aplicării necorespunzătoare a legislației privind piața internă, de către autoritățile publice).

Felicit raportoarea pentru munca depusa.

1-185

26 - Mejorar la calidad de la formación de profesores (breve presentación)

1-186

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Maria Badia i Cutchet, en nombre de la Comisión de Cultura y Educación, sobre «Mejorar la calidad de la formación del profesorado» (2008/2068(INI)) (A6-0304/2008).

1-187

Maria Badia i Cutchet, Ponente. – Señor Comisario, creo que podemos estar de acuerdo en que es una buena noticia el aprobar un informe de un tema tan actual y clave como es el de la calidad de la formación del profesorado, que, en realidad, no tiene otro objetivo que el de mejorar la formación de los alumnos para dotarles de unos conocimientos que les aporten madurez intelectual y sentido crítico, a la vez que les dan las competencias necesarias para participar en una sociedad cada vez más competitiva y exigente.

Se trata de una preocupación que comparten muchos actores, desde los propios alumnos hasta los padres, el cuerpo docente o el empresariado, entre otros. En Europa hay en la actualidad más de seis millones de profesores y profesoras que desempeñan este papel clave en el desarrollo de conocimientos y capacidades de los jóvenes en la sociedad y contribuyen de una manera determinante a la mejora de las posibilidades de crecimiento económico y de mejora de la competitividad.

Las condiciones de trabajo que tiene en la actualidad este sector son más complejas y tienen mayores exigencias: aulas más heterogéneas —desde un punto de vista social y cultural—, docencia enfocada al aprendizaje individual —donde los

profesores han pasado de impartir las clases ex cátedra a ser también gestores en el aula— y exigencia de un buen dominio de lenguas extranjeras y de las tecnologías de la información y la comunicación —las llamadas TIC— no sólo para transmitir los conocimientos, sino para aplicar estas nuevas herramientas en la docencia.

Los datos de que disponemos nos muestran que existen deficiencias en la calidad docente, fenómeno que obedece a la mayor complejidad de la profesión, como he dicho, y que hace imprescindible una mayor inversión en la formación del profesorado, tanto en la fase inicial como en la continua, y un mayor apoyo en los primeros años de docencia.

Existe también todo un abanico de cuestiones conexas que es necesario tomar en consideración: notables diferencias de salarios entre países y también respecto a la media dentro de un mismo país, elevada presencia de trabajadores de edad avanzada, condiciones de trabajo poco motivadoras en algunos casos, escasa atracción de candidatos a ejercer la profesión, etc.

Este es el contexto en el que se inscribe este informe, el cual propone diversas recomendaciones que resumiré a continuación:

Primero, se trataría de atraer a los mejores candidatos para el ejercicio de la profesión, lo cual está muy vinculado a la mejora del reconocimiento social y de la remuneración de la profesión docente. Se trata aquí de mejorar las condiciones de trabajo del cuerpo docente formulando propuestas para apoyar a los profesores en sus primeros años de experiencia; los profesores jóvenes podrían servirse, a su vez, del conocimiento de profesores de edad más avanzada, y éstos podrían reducir sus horas de contacto con el alumnado y dedicar más tiempo a la investigación aplicada y a la transmisión de conocimientos.

También se trataría de invertir en la formación inicial y continua de los profesores, adecuar la formación universitaria al desarrollo profesional y facilitar la mejora de cualificaciones y competencias al profesorado en ejercicio.

Tercero, impulsar el intercambio de buenas prácticas a través del refuerzo de programas de movilidad, especialmente en el marco del programa Comenius, igualmente positivo para la actualización de competencias lingüísticas.

Y cuarto, promover la toma de decisiones a nivel escolar; es decir, una mayor autonomía, teniendo en cuenta los diferentes contextos de cada escuela y los diferentes actores implicados en cada comunidad escolar: padres, equipamientos culturales del barrio, etc.

Este informe, señor Comisario, de acuerdo con las disposiciones previstas en el artículo 149 del Tratado de la Unión, relativo a la educación y a la formación, no será vinculante para los Gobiernos de los Estados miembros. Se trata de una resolución que, no obstante, sería muy conveniente que se tuviera en cuenta.

Cuestiones fundamentales, como las que afectan a la educación, tienen mucho que ver también con los valores de la Europa del futuro, con la ciudadanía europea y, por todo ello, pido a la Comisión que abandere este informe, que emana de la Comisión de Cultura, y que ejerza todo su empeño en la defensa de sus propuestas delante del Consejo.

Señoras y señores diputados, a menudo destacamos en nuestras conversaciones la importancia de pensar en qué país vamos a dejar a nuestros hijos. Deberíamos también pensar en los ciudadanos que vamos a dejar a nuestros países, y en ello la educación tiene un papel fundamental.

1-188

Ján Figel, *Member of the Commission*. — Mr President, distinguished Members of Parliament, I warmly welcome this report, especially as I am the Commissioner responsible for education. I would like to thank Mrs Maria Badia i Cutchet and the Committee on Culture and Education for their work.

Like you, the Commission believes that all Member States face significant challenges as they seek to improve their educational and training systems, especially vis-à-vis higher quality. We have talked repeatedly – and I remind you again – of the importance of key competences as well as equity and efficiency in our systems. These challenges cannot be met or reflected in a full sense without a high quality in the teaching profession, which is key to all of this. The quality of teachers is the critical factor for the modernisation of our education system and the achievement of equity and efficiency. Without such teachers, it is difficult to achieve any improvement.

The particular challenges faced by teachers are increasing as economic, social and educational contexts become more complex and schools and classrooms become more heterogeneous and more diverse. In the debate on the first report this evening we spoke of creativity and innovation. We can only achieve higher creativity and innovation in pupils if we have creative and innovative teachers in our schools.

We need to attract the very best candidates into the teaching profession. We need to give them the best possible preparation for their career and – most importantly – we need to continue training and developing all our teachers throughout their careers. This is – as you said, Mrs Badia i Cutchet – about the recruitment and salaries of teachers.

Every teacher must also be an autonomous learner, constantly reflecting on the way she or he teaches, learning from her or his peers and seeking new ways to develop knowledge and skills and to meet the individual needs of pupils. Every teacher must also be a lifelong learner. He or she cannot teach lifelong learning if he or she is not a lifelong learner. An initial education of three or four years can never be enough to equip a teacher for a lifetime of teaching. Only if teachers continue to learn can they keep up to date and provide learning that is truly relevant to their pupils.

I was very pleased to note that there is such a large consensus on these issues – as indeed there was in the Council among Ministers last November.

We must now work to build on these good intentions and this consensus to put in place real improvements in teacher education. We need to encourage Member States to invest more in developing their teaching staff. Three or four days of in-service training per year is simply not enough. Induction support for new teachers also needs to be improved and extended. We need to encourage Member States to improve the quality of in-service training and ensure that it provides the kinds of practical teaching skills that teachers really need today and tomorrow.

We need to promote school leadership. Schools these days are major organisations affecting the lives of hundreds of thousands of people. They need to be well-administered and well-managed, but most of all they need to be well-led by a leadership team with a clear vision of high quality education for all of its pupils.

Thank you once again for your report and your commitment. I look forward to continuing not only our discussions, but especially our cooperation on this important issue.

1-189

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-190

Nicodim Bulzesc (PPE-DE), in writing. – The report was based on the European Commission's communication 'Improving the Quality of Teacher Education' (SEC(2007)0931) and stresses the need for the Member States to reform the national education systems in order to improve teachers' training.

The rapporteur has pointed out some very important facts such as the difficulty of keeping the best candidates for the teaching profession, the low payment of teachers in many countries, the poor social status of teachers, teachers' low level in foreign language learning and many more.

In order to solve these problems, we should have a coherent, complex and complete strategy all over the EU. We should have more training programmes for teachers, and these programmes should be structured in such a way that the qualifications obtained in the end are recognised in all the Member States. In order to achieve this, we need to share the responsibility with the national governments, as we may have the desire but they have the competence to reform the education system.

I hope this report will be the first step in a long process that will end with a real improvement of the quality of teachers' education across the European Union.

1-191

Livia Járóka (PPE-DE), in writing. – European Roma have been subjected to low-quality education in the form of segregated education and gypsy-only classrooms, not only in the post-communist countries but in Europe as a whole. Roma children encounter difficulties in receiving quality education in new and old Member States alike. Geographical segregation of Roma is a major obstacle to equality in education. The living conditions of Roma make it difficult to take the steps necessary in the long battle to eliminate gypsy-only classrooms. Making progress on this fight depends on highly-qualified teachers from Roma and non-Roma backgrounds to ensure the essential development of Roma children and to change the status quo. Providing highly-qualified teachers to give Roma children the challenges found in mainstream schools is of huge relevance to the education future teachers receive in teacher-training colleges. If we are to expect results from our children we must provide our teachers with exemplary training. The knowledge about progressive teachings in multiculturally diverse classrooms must be a main focus in future teacher training. The goal of equalising the quality of education between schools, stopping early drop-outs, and making sure Roma children make it to university and that they are prepared to face life's challenges is not one taken lightly but one we must endeavour to fight for.

1-192

27 - El Proceso de Bolonia y la movilidad estudiantil (breve presentación)

1-193

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Doris Pack, en nombre de la Comisión de Cultura y Educación, sobre el proceso de Bolonia y la movilidad estudiantil (2008/2070(INI)) (A6-0302/2008).

1-194

Doris Pack, Berichterstatterin. – Herr Präsident, lieber Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe ja sehr, dass die Tatsache, dass wir heute Abend wieder *in camera* tagen, nicht Rückschlüsse auf das gibt, was wir wirklich von Bildung halten.

Der Bologna-Prozess ist die wohl tiefgreifendste Hochschulreform der letzten Jahre. Wissen soll in der heutigen Zeit ja wahrlich keine Landesgrenzen mehr kennen. Darum ist es im Grundsatz auch zu begrüßen, dass sich die Länder und die Universitäten bereitgefunden haben, unabhängig vom Subsidiaritätsprinzip, das sie ansonsten immer so hochhalten, in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Das begrüße ich. Aber ich stelle auch fest, dass dies an jedem Parlament vorbeiging. Das Europäische Parlament wurde nicht kontaktiert, keines der 46 nationalen Parlamente wurde kontaktiert.

Das Schlimme ist, dass wir als Abgeordnete draußen ständig zu diesem Bologna-Prozess gefragt werden. Wenn etwas schief läuft, zeigt man mit dem Finger auf uns. Nur, wir haben damit gar nichts zu tun, noch nicht einmal die Kommission hatte damit etwas zu tun! Gott sei Dank ist sie jetzt dabei und hilft diesem Bologna-Prozess im Rahmen unserer Programme, die wir ja im Bildungsbereich haben, auf die Beine. Also, die Geburtswehen waren schwierig, und es ist noch nicht ausgestanden. Man hätte gut daran getan, wenn man die Parlamente einbezogen hätte.

Wir wollen bis 2010 einen europäischen Hochschulraum schaffen. Das ist klar. Die Studierenden müssen ein großes Spektrum, eine große Auswahl von Studiengängen mit hoher Qualität haben. Der Bologna-Prozess sieht hierfür drei vorrangige Aktionsbereiche vor: die Einführung des dreigliedrigen Systems – des Bachelors, des Masters und des Doktors –, die Qualitätssicherung und die Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten.

Dabei soll der Mobilität der Studierenden sowie der Qualität der Bildung großer Vorrang eingeräumt werden. Aber gerade der Bologna-Prozess und gerade der mit heißer Nadel gestrickte Bachelor-Prozess hat dazu geführt – das haben die von uns durchgeführten Anhörungen ergeben –, dass weniger Studenten es wagen, in der Zeit des Bachelors auswärts zu gehen und einen Teil ihrer Studien im Ausland zu machen, weil man diesen Bachelor-Studiengang mit viel zu viel Lehrstoff überfrachtet hat. Man kann nicht fünf Jahre an der Universität plötzlich in drei Jahre Bachelor hineinstecken. Das hat man zum Teil getan. Dann kommt dabei heraus, dass die Studierenden gar nicht mehr rausgehen können, also gar kein Studium auswärts aufnehmen können. Das ist schade! Das Erasmus-Programm ist so ein tolles Programm, und alle Möglichkeiten darüber hinaus, ins Ausland zu gehen, sollten genutzt werden. Man sollte eigentlich wirklich einen Mobilitätsstudiengang als Pflicht einführen.

Ich finde, das Creditsystem funktioniert nicht. Es kann nicht sein, dass man in einem Land drei Punkte für ein bestimmtes Modul bekommt und im anderen Land nur einen Punkt. Es muss einen europäischen Rahmen geben, in dem alle gleich behandelt werden. Insofern muss da noch nachgearbeitet werden. Ich finde die Idee also gut, die Umsetzung ist nicht besonders gut.

Wir sollten auch dafür sorgen, dass die Universitäten alles daran setzen, finanzielle Möglichkeiten auszuschöpfen, um allen Studierenden, die es wünschen, die Mobilität zu erleichtern. Deswegen müssen die Universitäten oft auch aus ihrem Elfenbeinturm herauskommen und mit dem Business in Verbindung treten. Wie viele große Unternehmen würden es als Ehre ansehen, ein Doktorat oder einen Master-Studiengang zu unterstützen! Wenn da meinetwegen Mercedes oder Sony oder etwas anderes an diesem Master-Studiengang dran stünde, dann sollte es dranhängen. Aber das Geld, das da hinein fließt, hilft den Studierenden. Es geht nicht darum, dass irgendeiner hier den Inhalt der Lehre vorgibt, sondern es geht darum, dass man wirklich Finanzquellen findet, die es ermöglichen, allen Interessierten ein Auslandsstudium zu ermöglichen. Wenn wir da mit Hilfe der Kommission weiterkommen, wären wir alle sehr zufrieden.

1-195

Ján Figel, Member of the Commission. – Mr President, I especially want to thank Doris Pack again. She is one of the founding mothers of the lifelong learning programmes, which are very popular programmes for student mobility. This report on the Bologna Process and student mobility is a very concrete contribution towards even better and even more mobility.

As we all know, the Bologna Process is well advanced and will soon have existed for a decade, having become continent-wide. It started because we had already had a mobility scheme, called Erasmus, since 1987, and most of its instruments became part of the Bologna Process. The two are mutually supportive and make a very important policy contribution. It is not just mobility for mobility's sake, but for modernisation and openness and the internationalisation of our universities. The report provides a very comprehensive overview of what further actions are needed in this field.

Your conclusions are in line with the findings and recommendations of the special group I invited to work with the Commission, which was the high level expert forum led by former Minister Maria João Rodrigues, who reported to me in June this year. Both reports suggested we need substantial and concerted action to increase student mobility and, if I may add, mobility of young people in general: pupils; young people in training; young artists; and young entrepreneurs. I would like to see a mobility period introduced into all degree programmes to encourage students to go abroad, and for mobility to be seen as the standard rather than as a special case.

I agree with you that the Bologna reforms should be used to open up our higher education systems, and not become new obstacles to mobility. Your ideas on flexible formats for courses in some study areas would be compatible with the Bologna rules and deserve to be explored. I also agree that we should invest better and more, which means more effectively, in the mobility of our citizens. We need to combine public, private, national and European funds.

I welcome the suggestion that 'strengthening the financial envelope provided for the programmes in the field of education and notably for Erasmus grants could be considered.' That would be very beneficial not only for education but also, for example, for citizenship – to feel like Europeans in Europe, and to have access and opportunity and a real experience of Europe.

I am sure that Parliament will take its responsibility in full in this respect. Once again I offer my congratulations and thanks and recommend adoption of this report to the House.

1-196

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-196-500

Roberta Alma Anastase (PPE-DE), în scris. – Doresc să salut elaborarea acestui raport, care vine cu recomandări pertinente privind implementarea eficientă a obiectivelor Procesului de la Bologna și de creare a unui spațiu european al învățământului superior până în 2010. Anul acesta este important să analizăm obstacolele, ce persistă în această direcție, dar și posibilitățile de consolidare continuă a procesului după 2010.

Din numeroasele propuneri ale raportorului, aș dori să punctez importanța a două elemente. În primul rând, este urgent să fie intensificate eforturile în vederea armonizării sistemelor naționale de educație, recunoașterii reciproce și complete a cursurilor formate și echivalenței între diplomele obținute. Consider că diferențele încă existente în acest domeniu constituie principalul obstacol în tratamentul egal al studenților.

În al doilea rând, doresc să atrag atenția tuturor instituțiilor europene că mobilitatea este încă inaccesibilă multor studenți, cercetători și cadre didactice, în particular în cazul noilor state membre din cauza granturilor insuficiente. În consecință, este prioritar să se acorde o atenție deosebită finanțării corespunzătoare a proiectelor în noile state membre. Numai în acest mod obiectivul de mobilitate europeană va putea fi realizat coerent și echilibrat.

1-197

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), în scris. – Tinerii, și în special studenții, reprezintă un punct prioritar pe agenda activității mele politice, deci nu pot decât să salut adoptarea raportului doamnei Pack legat de Procesul Bologna și mobilitatea tinerilor.

Consider că principiul de reciprocitate al schimbului de studenți și bursieri, precum și implementarea unui cadru european de referință în ceea ce privește calitatea și recunoașterea diplomelor, trebuie să rămână două aspecte prioritare în cadrul acestei politici, cu atât mai mult cu cât s-a observat o mobilitate redusă a studenților înspre noile state membre.

Schimbul de bune practici între statele membre se constituie într-o modalitate foarte eficientă de îmbunătățire a cadrului european al mobilității tinerilor și de aceea trebuie extins și susținut în mod constant. Faptul că acest raport are și o dimensiune socială, prin exprimarea preocupării față de tinerii provenind din medii defavorizate, este lăudabil.

Dincolo de orice alte considerente, trebuie promovată calitatea și excelența, atât în rândul studenților, cât și al profesorilor, acest lucru neputându-se realiza decât printr-un sprijin constant, atât la nivel politic cât și investițional, al mobilității în cadrul învățământului, acest sprijin trebuind să se realizeze atât la nivel european, cât și la nivel național.

1-198

Mihaela Popa (PPE-DE), în scris. – Doresc să mă refer la dimensiunea socială a mobilității, care este extrem de importantă: ea furnizează tinerilor în primul rând o experiență de o mare bogăție în sensul diversității academice, culturale și sociale, de aceea o felicit pe dna Pack pentru elaborarea acestui raport.

Ca europarlamentar român, am propus în acest raport amendamentul ca toți studenții statelor membre să primească o Legitimă unică de student european. Sunt convinsă că acest card unic va încuraja mobilitatea tinerilor pe teritoriul european, ceea ce va conduce la schimbul de idei între studenți și, implicit, la schimbarea mentalității, la deschiderea față de alte culturi, stimulând creativitatea și capacitatea pentru inovare.

Din punctul meu de vedere, această măsură se încadrează perfect atât în obiectivele Anului European al Dialogului Intercultural 2008, cât și ale Anului Creativității și Inovației 2009.

1-199

28 - Situación y perspectivas de la agricultura en las regiones de montaña (breve presentación)

1-200

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Michl Ebner, en nombre de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural, sobre la situación y las perspectivas de la agricultura en las regiones de montaña (2008/2066(INI)) (A6-0327/2008).

1-201

Michl Ebner, Berichterstatter. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meiner Freude Ausdruck verleihen, dass der Herr Kommissar sich auch dieses Themas annimmt – und ich hoffe, nicht nur in seiner kurzen Ansprache, sondern auch in der Kommission –, weil wir natürlich sehen müssen, dass die Europäische Kommission unsere Wünsche und Vorstellungen auch entsprechend umsetzt.

Wenn man den Titel meines Berichts bzw. des Berichts des Agrarausschusses, der ihn ja einstimmig genehmigt hat, liest – "Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Berggebieten" –, so muss man feststellen, dass er nur einen Teil dessen wiedergibt, was in Wirklichkeit in diesem Bericht enthalten ist.

In diesem Bericht ist enthalten, dass wir eine Politik für ein Gebiet machen müssen, das in manchen Mitgliedstaaten bis zu 50 % der Gesamtfläche bedeckt, und zwar z.B. in Italien, in Österreich und in Spanien, in manchen Mitgliedstaaten über ein Drittel der Gesamtfläche, und in dem in der Europäischen Union insgesamt 19 % der Bevölkerung leben. Ein Gebiet, das man als multifunktional einzigartig benachteiligt und extrem sensibel bezeichnen kann. Ein Gebiet, das z.B. in den Alpen die Klimaerwärmung weit mehr verspürt als die Gebiete in der Ebene.

Berggebiete sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt: aufgrund ihrer Steil- und Hanglage, aufgrund von Witterungsbedingungen, der Erosion, der Höhenunterschiede, der Höhenlage, der Felsvorkommen. Wir brauchen aus diesem Grunde für diese Berggebiete eine Gesamtstrategie und nicht nur eine Landwirtschaftspolitik, die ihre Früchte getragen hat, die man verstärken muss, aber die alleine für die Berggebiete nicht ausreichend ist.

Alte, bewährte Rezepte müssen also beibehalten werden, aber neue und alte Rezepte müssen zusammengefügt werden, um die Landwirtschaft als Lebensader der Berggebiete zu erhalten, und auch andere wichtige Bereiche müssen eingebunden werden: die nachhaltige Naturnutzung in verschiedenster Form, die Schaffung und Verbesserung der Transportnetzwerke, nicht nur des physischen Transports, sondern auch des Datentransfers, also Internet und Kommunikationswesen, die Verbesserung und Verstärkung der kommunalen und lokalen Dienstleistungen – die in diesen Bereichen umso schwieriger sind wegen der Streusiedlungen –, die Stärkung des Sozialgefüges.

Neues muss integriert werden, wie z.B. in einer verstärkten Form die Aus- und Weiterbildung, die Sensibilität für den Artenreichtum im Naturbereich, die bereits angesprochene Anpassung im Klimawandel. In 13 Erwägungen und 72 Ziffern wird in diesem Bericht, der einstimmig im Landwirtschaftsausschuss angenommen wurde, darauf eingegangen. Es soll ausgehend von den bisherigen sektorellen Bemühungen eine Rahmenstrategie entwickelt werden. Aus diesem Grunde wurde die Europäische Kommission im Text aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und in Zusammenarbeit mit nationalen Aktionsplänen der Mitgliedstaaten sowie der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine Gesamtstrategie mit verschiedensten Instrumenten auszuarbeiten und umzusetzen.

Ich hoffe, dass die Zustimmung des Plenums in ähnlicher Weise erfolgt wie im Agrarausschuss, und ich bitte den Kommissar, bei der Kommission entsprechend zu intervenieren und darauf hinzuweisen, dass die Leistung der Bergbevölkerung eine Leistung für die Gesamtbevölkerung ist, die entsprechend Früchte tragen und honoriert werden muss, eine Leistung in ökologischer und in touristischer Hinsicht, die berücksichtigt werden muss, weil sie die Garantie dafür bildet, dass keine Entvölkerung entsteht, wie z.B. im Piemont, in der Lombardei, in Teilen Spaniens oder Frankreichs.

1-202

Ján Figel', Member of the Commission. – Mr President, this is the last but not the least, of the reports. I can assure Mr Ebner, the rapporteur, of the importance of the recommendations in the report. I want to express my gratitude to him and to the Committee on Agriculture and Rural Development for this report, which really highlights the importance of hill and mountain farming to the European Union – he spoke of a percentage of territories – but also the importance of farming

contributing to environmental protection, delivering quality products and maintaining cultural landscapes as part of our European heritage.

This is the reason why mountainous regions receive specific support under the common agricultural policy. This support is provided to compensate farmers for the handicaps related to natural conditions. Furthermore, these regions benefit from several other rural-development measures, such as agri-environmental payments, for maintaining transhumance and pastoralism practice; support for quality agricultural products and promotion of on-farm diversification like farm tourism.

The Commission's recent proposals, especially the health check, also address disadvantaged areas like mountain areas. In the context of the phasing-out of the milk quota scheme, special support can be maintained in economically vulnerable or environmentally sensitive areas in the dairy, beef, sheep and goat sectors.

The report calls on the Commission to create a global strategy for mountain regions and hill and mountain farming.

We all know that there is a large diversity of mountainous areas with differences in the economic and social situations. It would, therefore, be very difficult to define a comprehensive Community strategy and a detailed action plan addressing all these diverse situations.

However, the EU support schemes on rural development and cohesion policy provide an appropriate and coherent framework in which Member States define their own territorial priorities and the most suitable schemes to the strengths and weaknesses of their regions. This decentralised approach of the European Union allows Member States to have programmes properly tailored to mountain regions while ensuring, on the other side, overall strategic coherence.

Distinguished Members, I cannot address all the suggestions in the report now, but I can reassure you that the Commission will examine the conclusions of the report in greater detail.

I should like to thank once again Michl Ebner, the committee and all of you.

1-203

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

1-203-500

Bernadette Bourzai (PSE), par écrit. – L'agriculture en zone de montagne constitue un enjeu tout à fait central, à la fois pour le développement économique local et pour la protection de l'environnement (lutte contre le changement climatique, biodiversité, fourniture d'espaces de détente et de tourisme ouverts et sécurisés...).

Les désavantages spécifiques liés à l'altitude, à la topographie, au climat auxquels sont confrontés les agriculteurs de montagne, justifient le versement d'une indemnité compensatoire de handicap naturel et la perception d'une aide directe au revenu visant à les indemniser des surcoûts de production et aussi du rôle croissant de gestionnaire de l'espace qu'ils occupent.

Selon moi, les questions majeures sont les suivantes : éviter le découplage total des aides agricoles notamment dans le secteur de l'élevage car il risque de conduire à des pertes d'emplois, aider le secteur laitier qui joue un rôle central dans les zones défavorisées, renforcer le soutien à l'installation des jeunes agriculteurs et encourager une solidarité entre l'aval et l'amont concernant notamment la gestion de l'eau.

Par ailleurs, je soutiens la mise en place d'une véritable stratégie européenne intégrée en faveur de la montagne qui devrait se fonder sur l'intégration des spécificités des massifs montagneux dans l'élaboration des différentes politiques européennes.

1-203-750

Urszula Gacek (PPE-DE), na piśmie. – Sprawozdanie o Sytuacji i Perspektywach Rolnictwa na Obszarach Górskich Parlamentu Europejskiego słusznie zobowiązuje Komisję Europejską do przedstawienia strategii dla terenów górskich w ciągu 6 miesięcy.

Jest to konkretny krok do uwzględnienia szczególnych warunków, w których żyje i pracuje 19% wszystkich obywateli UE.

Propozycja Parlamentu Europejskiego, która odnosi się do codziennych problemów mieszkańców polskiego Podhala zasługuje na nasze poparcie.

Dotychczasowe wytyczne dla terenów górskich opierały się prawie wyłącznie o politykę rolną. To sprawozdanie również podkreśla potrzebę wspierania rolnictwa poprzez opłaty wyrównawcze i wsparcie produktów o wysokiej jakości.

Natomiast obszary górskie mają o wiele innych problemów do rozwiązania, w które powinna się zaangażować UE, ponieważ obejmują one szerokie spektrum spraw gospodarczych, społecznych i bytowych. Dlatego dobrze, że sprawozdanie odnosi się do problemów związanymi z dostępem do sieci transportu i internetu. Ponadto należy wspierać gminy finansowo oraz poprzez konkretne rozwiązania na szczeblu regionalnym, tak aby poprawić poziom usług komunalnych.

Jednocześnie pamiętać musimy o aktywności "ludzi gór" w ochronie tradycji narodowych i przyrody. Na podkreślenie zasługuje znaczenie trwałych struktur społecznych i potrzeby zrównoważonego wykorzystanie środowiska.

Najlepszym przykładem "dobrych praktyk" w tym zakresie jest bezwątpienia Podhale.

1-204

Ιωάννης Γκλαβάκης (PPE-DE), γραπτώς. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, θα ήθελα να συγχαρώ τον κ. Ebner για την έκθεσή του. Οι ορεινές περιοχές έχουν ιδιαίτερη σημασία στην ΕΕ αφού σε ορισμένα κράτη μέλη καλύπτουν τμήμα μεγαλύτερο από το 50% της επικράτειας τους ενώ ο αγροτικός πληθυσμός παραμένει σημαντική συνιστώσα.

Τα ιδιαίτερα φυσικά χαρακτηριστικά των περιοχών αυτών (απότομες πλαγιές, υψομετρικές διαφορές), τις καθιστούν μειονεκτικές έναντι άλλων τις Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι δύσκολες συνθήκες παραγωγής για τη γεωργία, το αυξημένο κόστος των μεταφορών, το ελλιπές δίκτυο μεταφορών και επικοινωνιών αλλά και το κόστος της μεταφοράς προσώπων και υπηρεσιών επηρεάζουν την οικονομία αλλά και την καθημερινότητα των πολιτών που ζουν στις ορεινές περιοχές.

Από την άλλη πλευρά, οι παραγωγοί των περιοχών αυτών διακρίνονται για την παραγωγή ποιοτικών αγροτικών προϊόντων και την εμπειρία τους στην αειφόρο εκμετάλλευση δασικών εκτάσεων και λιβαδιών. Αυτά τα χαρακτηριστικά συνεπώς πρέπει να ενισχυθούν και να αξιοποιηθούν για την ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας τους αλλά και της πολιτιστικής τους ταυτότητας.

Απαιτείται λοιπόν μια στρατηγική που θα λαμβάνει υπόψη τις ιδιαιτερότητες των συγκεκριμένων περιοχών και θα δίνει έμφαση στην αντιμετώπιση των νέων προκλήσεων, στην ανάπτυξη εναλλακτικών μορφών απασχόλησης, στην διατήρηση του πληθυσμού, αλλά θα προβλέπει και ειδική μέριμνα για τις περιοχές που έχουν πληγεί, όπως είναι οι πυρόπληκτες ορεινές περιοχές.

1-205

Rumiana Jeleva (PPE-DE), in writing. – In my opinion, people in small and isolated rural communities, and especially in mountainous areas, are disadvantaged and confronted with constraints and difficulties in everyday life. Their needs should be high on our list of priorities, as basic necessities, such as access to services, are often lacking. They are under constant pressure from daily financial and practical problems, which create feelings of anxiety. Looking at the situation in my country, Bulgaria, I would say that predominantly the basic human needs seem to occupy the minds of the majority of rural inhabitants. Therefore, long-term development strategies are often lacking.

Further, it becomes clear that rural policies still lag behind and do not correspond to the reality in rural areas. Regional and rural development policies and measures should be decentralised in order to be adapted to local conditions. Thus, there is the need to develop concrete, flexible and tailored regional and local programmes for employment and social benefits. We thus need to focus on human resources development and capacity building, with a special focus on young people, women, and minorities; and on the development of more rational policies in small and remote villages, taking into account the existing local natural and human resources as well as people's needs.

1-206

Sepp Kussstatscher (Verts/ALE), schriftlich. – In diesem Bericht ist alles Erdenkliche enthalten, wirklich "Kraut und Rüben", gleichsam das Resultat eines schnellen Brainstormings zu Landwirtschaft und Berggebiete. Es ist ein Wunsch- und Forderungskatalog mit Worthülsen und Gemeinplätzen, mit Wiederholungen und Widersprüchen, dem man nicht zustimmen kann, obwohl jede/r etwas Schönes darin finden kann.

Der größte Widerspruch besteht zwischen den ökosozial verbrämten Aussagen und der knallharten Politik des Kollegen Michl Ebner und seiner Partei im Alltag.

Im Mittelpunkt einer zukunftsfähigen europäischen Agrarpolitik muss eine wirklich nachhaltige Wirtschafts- und Ernährungsweise stehen. Wer Wasser, Böden und biologische Vielfalt zerstört, muss nach dem Verursacherprinzip zur Kasse gebeten werden. Gefördert werden muss eine Landwirtschaft, die wirklich das Klima schützt und die bei Vermarktung und Konsum gesunder Lebensmittel für die Erhaltung der Vielfalt sorgt. Die Ökolandwirtschaft muss heraus aus der Nische. Wir Grüne unterstützen nicht eine Subventionspolitik für die Großen auf dem Weltmarkt. Wir wollen lokale und regionale Lebensmittelmärkte stärken, den Bäuerinnen und Bauern ein anständiges Einkommen sichern sowie den Verbraucher/innen frische und gesunde Lebensmittel garantieren. Diese Form der Bewirtschaftung ist auch der beste Schutz für Kulturlandschaft und Umwelt.

1-206-500

Véronique Mathieu (PPE-DE), par écrit. – Le rapport Ebner sur la situation et les perspectives de l'agriculture dans les régions montagneuses met en lumière les caractéristiques et les besoins de ces régions qui représentent 40% du territoire européen.

Ces régions rencontrent des difficultés naturelles qui rendent la production plus difficile et limite leur accès. Elles méritent donc une attention particulière.

Je demande donc la mise en place d'un plan global de la Commission qui s'inscrirait dans la continuité des mesures prises jusqu'à présent mais les intégrerait les unes aux autres afin d'augmenter leur efficacité. Il s'agirait de continuer de promouvoir les paiements compensatoires exclusivement axés sur la compensation des handicaps naturels, de soutenir financièrement les jeunes agriculteurs et d'accorder une importance particulière au secteur laitier. Les activités humaines doivent être maintenues dans les zones de montagne classées "Natura 2000". Enfin, il faut souligner le rôle de la chasse et de la pêche dans l'entretien des espaces.

Une telle stratégie permettra à ces régions de relever les défis de compétitivité et de développement durable car elles ne sont pas seulement des viviers potentiels de croissance économique, elles sont aussi gardiennes de traditions productives de qualité et contribuent à préserver nos paysages.

1-206-750

Cătălin-Ioan Nechifor (PSE), în scris. – Regiunile montane ocupă o pondere importantă în structura geografică a Uniunii Europene, fiind un spațiu în care tradițiile, cultura și limba sunt păstrate poate în cele mai bune condiții, în comparație cu alte zone de pe teritoriul celor 27 de state membre. Din păcate, guvernele naționale nu derulează în prezent strategii de dezvoltare regională integrate, fiind înregistrate, din acest punct de vedere, multiple disparități care contribuie, încet dar sigur, la o depopulare a acestor regiuni. Plecând de la sloganul Uniunii "Unitate în diversitate", consider salutară decizia Parlamentului de a solicita Comisiei Europene să elaboreze o strategie integrată pentru dezvoltarea durabilă și utilizarea resurselor zonelor montane, care să poată oferi șanse egale pentru cetățenii europeni care au ales să trăiască în condițiile de viață mai grele ale zonelor montane. Având în vedere faptul că în prezent există discuții pentru decuplarea plăților compensatorii și în zonele montane, consider că obligația noastră ca membri ai Parlamentului European, este să susținem ca în zonele montane să fie menținut sprijinul financiar existent și pentru perioada viitoare. Muntele va putea deveni, în acest fel, o zonă protejată, capabilă să își asigure o dezvoltare sustenabilă și să se constituie într-o adevărată oază pentru turiștii europeni și internaționali.

1-207

Rareș-Lucian Niculescu (PPE-DE), în scris. – Statul pe care îl reprezintă - România - este acoperit în proporție de o treime de munți, iar locuitorii zonelor montane sunt defavorizați în raport cu alte categorii de locuitori din mediul rural.

Propunerile conținute în raportul Ebner sunt binevenite și îmi exprim convingerea că o strategie coerentă a Uniunii Europene pentru zonele montane - care este esențială și urgentă - ar contribui în mare măsură la creșterea nivelului de trai din aceste zone.

În același timp, subliniez faptul că se impun, la fel de urgent, reglementări mai bune în ceea ce privește fondurile comunitare pentru dezvoltare rurală.

De exemplu: autoritățile din România a lansat programe pentru sprijinirea micro-întreprinderilor și a turismului, finanțate din FEADR. Micile întreprinderi și pensiuni sunt deosebit de importante pentru revitalizarea zonelor de munte.

Ghidurile solicitantului pentru aceste măsuri, care impun formalități complexe, au fost făcute publice cu o singură zi înainte de lansarea sesiunii, cu toate că erau redactate încă din luna august.

Acest fapt reprezintă o încălcare clară a principiului asigurării corecte și transparente a informării potențialilor beneficiari.

Consider că legislația comunitară ar trebui să impună măsuri pentru evitarea unor astfel de situații, care fac inutil efortul financiar al Uniunii.

1-207-500

Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Horské regióny umožňujú kvalitnú poľnohospodársku produkciu, väčšiu rozmanitosť poľnohospodárskych produktov na európskom trhu, preto je potrebné lepšie koordinovať rozvoj vidieka a štruktúrálnej pomoci.

V horských regiónoch je potrebné rozvíjať trvalo udržateľné, modernizované a multifunkčné poľnohospodárstvo. Využívanie biomasy a agroturistika umožnia zvýšenie príjmov miestneho obyvateľstva. Zachovanie určitých rastlinných a živočíšnych druhov, ochranu tradícií, a hlavne cestovný ruch pomôžu v boji proti zmenám klímy prostredníctvom ochrany biodiverzity a zachytávaním CO₂ trvalými trávnatými plochami a lesným porastom. Trvalo udržateľné využívanie lesov umožní vyrábať energiu z dreveného odpadu.

Vážení kolegovia

dovoľte mi, aby som zdôraznila dôležitosť otázky hospodárenia s vodou v horských regiónoch. Je potrebné, aby Komisia povzbudzovala miestne a regionálne orgány k rozvoju všestrannej solidarity medzi oblasťami v horných a dolných úsekoch povodí, a aby primeranými finančnými prostriedkami podporovala udržateľné využívanie vodných zdrojov v týchto regiónoch.

Tieto regióny sú osobitne ohrozené dôsledkami zmeny klímy, preto je potrebné presadzovať bezodkladné vykonávanie opatrení na ochranu pred živelnými pohromami v týchto regiónoch, predovšetkým pred lesnými požiarimi.

Som presvedčená, že horské oblasti potrebujú nové nástroje na ochranu územia pred povodňami s dôrazom na protipovodňovú prevenciu, pričom poľnohospodári a lesníci by mohli protipovodňové opatrenia zabezpečovať prostredníctvom priamych platieb na plochu, ktoré dostávajú v rámci spoločnej poľnohospodárskej politiky.

1-208

Theodor Dumitru Stolojan (PPE-DE), în scris. – Salutăm raportul domnului Ebner. Zona montană din România ocupă 33% din suprafața țării. Ca și în alte țări europene, zona montană prezintă riscul depopulării și al reducerii activităților economice specifice al acestor zone.

Avem nevoie de o strategie europeană integrată pentru dezvoltarea durabilă a zonei montane. Solicităm punerea unui accent desorbit pe susținerea agriculturii, a produselor ecologice, a agro-turismului și a căilor de acces și comunicații în zona montană. Totodată, susținem încurajarea familiilor tinere în realizarea de ferme agro-turistice de tip familial, astfel încât zona montană să redevină o zonă de interes economic.

1-209

Душана Здравкова (PPE-DE), в писмен вид. – Като представител на държава с ясно очертани проблеми в областта на земеделието, и по-специално в планинските райони, искам да изкажа своята подкрепа за доклада на г-н Ebner относно състоянието и перспективите на селското стопанство в тези райони, което е от особено значение за нас.

В България, както е подчертано в доклада, съществува риск от обезлюдяване и спад на обществената активност на местното население, което може да доведе дори до прекратяване на селскостопанската дейност. За тези райони общите политики за подпомагане на земеделието са трудно приложими (например изискването за минимален брой животни). Ето защо е необходима както специална финансова помощ за млекопроизводителите, така и конкретни допълнителни финансови мерки, които следва да бъдат предприети в изпълнение на предложенията в доклада. Само така може да бъде запазен генният фонд при животните, човешкият потенциал и като цяло уникалността на тези райони, с оглед на изключителното им значение не само за отделните държави, но и за ЕС. Така ще се стимулират и другите секторни политики - екология, туризъм, малък и среден бизнес, и образование. Ето защо настоявам да се установят общи правила за схеми за директно подпомагане в рамките на Общата селскостопанска политика и за установяване на специални схеми за подпомагане на тези райони.

1-210

29 - Orden del día de la próxima sesión : véase el Acta

1-211

30 - Cierre de la sesión

1-212

(Se levanta la sesión a las 22.30 horas)